Berner Fachhochschule
Wirtschaft

Monetative – Mutmassliche ökonomische und ethische Auswirkungen auf die Zukunft von Schweizer Geschäftsbanken

Bachelor Thesis

eingereicht im Rahmen des Studienganges	**Bachelor of Science in Business Administration**
vorgelegt von	**Sonja Hofer (8z)** sonja.hofer@students.bfh.ch, Tel. 079 416 04 90
im Fachgebiet	**Bachelor Thesis (BTHE)**
Referent	**Prof. Dr. Josef Naef**
Ko-Referent	**Prof. Dr. Sandro Bächli**
Datum des Einreichens	**15. Mai 2014**

Management Summary

Seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 befindet sich der Finanzplatz Schweiz in einer schwierigen Situation. Zunehmende Regulierungsvorschriften, Eingriffe ausländischer Regierungen und die Risikoaversion der Anleger im Nachgang zur Finanzkrise, haben ihre Spuren hinterlassen. Um die Fehler der Vergangenheit nachhaltig beheben und zur Stabilität des Finanzsystems beitragen zu können, sind mehrere Reformvorhaben in der Schweiz entstanden. Dazu gehört auch die Vollgeld Initiative, welche bei erfolgreicher Unterschriftensammlung ab 2016 lanciert werden kann. Hinter der Initiative steht der im 2011 in der Schweiz gegründete Verein Monetäre Modernisierung (MoMo). Nach Auffassung der Initianten ist die gravierendste Fehlfunktion des heutigen Finanzsystems die Art und Weise, wie das Geld entsteht und in Umlauf gelangt; nämlich durch die Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken. Um diese Funktionsprobleme der Geldschöpfung lösen zu können, sieht der Vorschlag des Vereins MoMo vor, das alleinige Recht der SNB, Geld auszugeben, vom Münz- und Notengeld auf das bisher durch Geschäftsbanken geschöpfte Buchgeld auszuweiten. Dazu soll eine monetäre staatliche Gewalt unter dem Namen Monetative geschaffen werden. Um die damit verbundenen Aufgaben erfüllen zu können, soll das staatliche Monopol der Geldschöpfung zudem in der Bundesverfassung explizit verankert werden.

Der Reformansatz führt zu radikalen Veränderungen im Finanzsystem. Deshalb wird mit der vorliegenden Arbeit das Hauptziel verfolgt, die mutmasslichen Auswirkungen der Monetative auf die Schweizer Geschäftsbanken aufzuzeigen. Methodische Schwerpunkte liegen hierbei in der Praxisabklärung mittels Experteninterviews mit Kritikern sowie Befürwortern der Vollgeld Initiative sowie in Theorieabklärungen mit Hilfe von wissenschaftlichen Quellen. Tatsächlich in der Öffentlichkeit geäusserte Kritik zum Thema gibt es zum derzeitigen Zeitpunkt noch wenig. Proaktive Umsetzung von Massnahmen, die befürwortenden Argumente der Initianten an die Bevölkerung zu richten, hingegen schon. Die Initianten betonen Vorteile wie die „Bank-run-Problematik“, welche dank Vollgeld und damit 100 Prozent sicherem Geld, künftig der Vergangenheit angehören würde. Ausserdem propagieren sie Geldschöpfungsgewinne, welche nicht mehr den Geschäftsbanken, sondern dem Staat und damit dem Volk zufliessen würden. Sie betonen auch, dass durch die neue demokratische Gerechtigkeit Finanzblasen und Bankenrettungen durch den Staat verhindert werden könnten. Kritiker hingegen rechnen mit einem zu starken Eingriff in die Geschäftsfelder der Banken und damit mit negativen Auswirkungen auf den internationalen Wettbewerbsmarkt. Auch von einem veränderten Hypotheken- und Immobilienmarkt wird ausgegangen, wobei das Risiko einer Kreditklemme kaum abgewendet werden könnte. Hinsichtlich Folge- und Effizienzkosten würden Bankkunden künftig wesentlich höhere Dienstleistungspreise bezahlen.

Danksagung

Das Thema Monetative beschäftigt mich seit Herbst 2013; seit einer zufälligen und spannenden Diskussion zwischen mir und dem Dozenten Prof. Dr. Josef Naef im Fachmodul Wirtschaftsethik an der Berner Fachhochschule für Wirtschaft. Er sprach damals im Rahmen der wirtschaftsethischen Theorie „Ordoliberalismus“ die Vollgeld Initiative und Monetative an. Da ich seit fast neun Jahren im Finanzsektor tätig bin, hätte eine Annahme dieser Initiative (frühstens im Jahr 2016), direkten Einfluss auf meinen Arbeitgeber UBS und alle anderen Schweizer Geschäftsbanken sowie die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz. Deshalb begann ich seit dieser ersten Begegnung mit der Vollgeld-Thematik, mich vertieft damit auseinander zu setzen.

Bei der Ausarbeitung der Bachelor Thesis wurde ich durch mehrere Personen begleitet. An dieser Stelle möchte ich mich deshalb gerne bedanken. Ein besonderer Dank gilt meinem Referenten, Prof. Dr. Josef Naef, der mich nicht nur auf die Thematik aufmerksam gemacht hat, sondern auch ein ständiger Begleiter der Arbeit war und mich mit wertvollen Tipps unterstützt hat. Im Weiteren danke ich meinem Ko-Referenten Prof. Dr. Sandro Bächli für seine Bereitschaft zur Unterstützung bei der thematischen Auseinandersetzung.

Ein weiterer Dank richtet sich an die Experten, welche sich für ein Experteninterview zum Thema Monetative zur Verfügung gestellt und damit wesentlich zum Erfolg der Bachelor Thesis beigetragen haben. Namentlich sind dies Prof. em. Dr. Ernst Baltensperger (Schweizer Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern), Dr. Martin Hess (Leiter Wirtschaftspolitik und Direktionsmitglied der Schweizerischen Bankiervereinigung), Fabian Schnell (wissenschaftlicher Mitarbeiter allgemeine Wirtschaftspolitik und Bildung economiesuisse), Ivo Muri (Zeitforscher und Inhaber Zeit AG) und Thomas Brändle (Freischaffender Schriftsteller und Vorstandsmitglied Verein Monetäre Modernisierung MoMo). Prof. Dr. Rudolf Minsch (Vorsitzender der Geschäftsleitung a.i. economiesuisse und Chefökonom), hatte sich für ein Interview bereit erklärt, musste jedoch kurzfristig absagen, weshalb sich an seiner Stelle Fabian Schnell zur Verfügung gestellt hat.

Schliesslich gilt mein Dank meinem Lebenspartner und meiner Familie, die mich während der gesamten Ausarbeitungsphase motiviert haben und hilfsbereit zur Seite gestanden sind. Es war eine anstrengende aber sehr spannende und wertvolle Zeit meines Lebens.

Inhalt

1. Einleitung ... 6
1.1. Ausgangslage ... 6
1.2. Problemstellung ... 7
1.3. Zielsetzung der Arbeit ... 7
1.4. Ab- und Eingrenzung ... 8
1.5. Methodische Vorgehensweise ... 9
2. Finanzkrise ... 11
2.1. Entstehung ... 11
2.2. Ursachen und deren Auswirkungen ... 12
2.2.1. Expansive Geldpolitik und Marktversagen ... 12
2.2.2. Risikomanagement der Geschäftsbanken ... 13
2.2.3. Regulierungsversagen ... 13
2.2.4. Vertrauen unter Banken ... 14
2.2.5. Moral Hazard und falsche Anreize ... 14
2.2.6. Psychologisches Verhalten ... 15
2.3. Reformbedarf ... 16
3. Vollgeld und Monetative ... 17
3.1. Geld in der Schweiz ... 17
3.1.1. Allgemeiner Geldbegriff ... 18
3.1.2. Geldaggregate M0, M1, M2 und M3 ... 18
3.2. Geldschöpfungssystem der Schweiz ... 20
3.2.1. Die Rolle der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ... 20
3.2.2. Die Rolle der Schweizer Geschäftsbanken ... 21
3.2.3. Funktionsprobleme der Geldschöpfung ... 22
3.3. Der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) ... 26
3.4. Reform der Geldschöpfung als Monetative ... 26
3.4.1. Ziele der Vollgeld Initiative ... 27
3.4.2. Monetative als neue vierte Staatsgewalt ... 27
3.4.3. Gesetzliche Verankerung ... 28
3.4.4. Giral- bzw. Buchgeld wird zu Vollgeld ... 28
3.4.5. Neue Geldschöpfung und originäre Seigniorage ... 29
3.5. Vorteile der Vollgeld Initiative gemäss den Initianten ... 30
3.6. Ähnliche Reformansätze ... 31
3.6.1. „Chicago Plan“ und „100%-Money“ ... 31
3.6.2. Internationale Vernetzung ... 33
3.7. Bezug zur ökonomischen Lehre ... 33
4. Kritik und Gegenargumente Vollgeld und Monetative ... 34
4.1. Gegner und Befürworter der Vollgeld Initiative ... 34
4.1.1. Politische Parteien ... 34
4.1.2. Ökonomie als Wissenschaft ... 36
4.1.3. Schweizer Geschäftsbanken ... 36
4.1.4. Wirtschaftsverbände ... 37
4.1.5. Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) ... 37
4.2. Kritik der Gegner und Gegenargumente der Befürworter ... 38
4.2.1. Zusammenhang zur Finanzkrise ... 38
4.2.2. Geldschöpfung der Geschäftsbanken und die heutige Rolle der SNB ... 39
4.2.3. Die Rolle der SNB als Monetative ... 41
4.2.4. Die Unabhängigkeit der SNB als Monetative ... 42
4.2.5. Sicherheit des Geldes ... 42
4.2.6. Wert des Geldes und Festlegung der Geldmenge ... 43
4.2.7. Umgehungsmöglichkeiten der neuen gesetzlichen Vorgaben ... 44
4.2.8. Geldschöpfungsgewinne und der Zahlungsverkehr ... 45
4.2.9. Reformbedarf ... 46
4.2.10. Verständnis der breiten Bevölkerungsmasse ... 47
4.3. Nachteile der Vollgeld Initiative gemäss den Kritikern ... 47
4.4. Schlussfolgerungen Kritik und Gegenargumente ... 48

5. Mutmassliche Auswirkungen Vollgeld und Monetative ... 50
5.1. Ökonomische Auswirkungen ... 50
5.1.1. Beendigung der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken ... 50
5.1.2. Geldschöpfungsgewinn nicht an Geschäftsbanken, sondern an den Staat ... 50
5.1.3. Bank runs gehören dank sicherem Geld der Vergangenheit an ... 50
5.1.4. Veränderter Wettbewerb unter inländischen Geschäftsbanken ... 51
5.1.5. Künftige internationale Positionierung von Geschäftsbanken ... 51
5.1.6. Kleineres Aufgabengebiet für Geschäftsbanken ... 52
5.1.7. Veränderter Hypothekarmarkt und Risiko einer Kreditklemme ... 52
5.1.8. Negativverzinsung als Steuerungsinstrument ... 53
5.1.9. Handhabung des Zahlungsverkehrs und mögliche Kostenfolgen ... 53
5.2. Ethische Auswirkungen ... 54
5.2.1. Verantwortung ... 54
5.2.2. Gerechtigkeit ... 54
5.2.3. Ungleichheit ... 55
5.2.4. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ... 55
5.3. Schlussfolgerungen zu mutmasslichen Auswirkungen ... 56
6. Persönliches Fazit ... 57
7. Kritische Würdigung der Arbeit ... 59
8. Deklaration ... 61
9. Quellen ... 62
9.1. Literatur ... 62
9.2. Internet ... 63
9.3. Gesetzestexte ... 69
9.4. Interne Dokumente ... 69
9.5. Interviews ... 69
10. Darstellungsverzeichnis ... 71
11. Abkürzungsverzeichnis ... 71
12. Glossar ... 72
13. Anhang ... 74
13.1. Chronologie der wichtigsten Ereignisse seit Ausbruch der Finanzkrise ... 74
13.2. Auswirkungen der Finanzkrise auf die Schweiz ... 75
13.3. Initiativtext Vollgeld Initiative ... 77
13.4. Interviewleitfaden Kritiker ... 79
13.5. Interviewleitfaden Befürworter ... 82
13.6. Elektronischer Anhang ... 86

1. Einleitung

Die vorliegende Bachelor Thesis wurde im Rahmen des Studiengangs Bachelor of Science in Business Administration an der Berner Fachhochschule für Wirtschaft verfasst. Ziel der Arbeit ist es, ein anwendungsorientiertes Projekt mit betriebswirtschaftlichem Hintergrund und nach wissenschaftlichen Kriterien umzusetzen. Das nachstehende Thema wurde ohne Einbezug eines internen oder externen Auftraggebers durch die Studierende frei gewählt und präzisiert.

1.1. Ausgangslage

Nach vielen Jahren kräftigen globalen Wirtschaftswachstums markierte das Jahr 2007 eine Wende in der internationalen Wirtschafts- und Finanzwelt. Eine massive Kreditausweitung in den USA, insbesondere bei der Vergabe von Subprime-Hypotheken, löste eine Blase am amerikanischen Immobilienmarkt aus. Finanzprodukte, welche mit Subprime-Hypotheken unterlegt waren, erlitten ab Mitte 2007 hohe Wertminderungen. Schockartig übertrugen sich damit die Probleme am US-Immobilienmarkt auf die Geldmärkte der wichtigsten Währungen, welche zu grossen Verlusten bei international tätigen Finanzinstituten und Anlegern führten.[1]

Gefolgt von einem abrupten Vertrauensverlust unter den Banken, stand auch die gegenseitige Finanzierung durch Interbanken-Kredite vor dem Zusammenbruch, was zu erheblichen Liquiditätsproblemen bei den Geschäftsbanken führte. Die durch negative Rückkoppelungen auf den Bankensektor und die Finanzmärkte zugespitzte Finanzkrise, brachte das weltwirtschaftliche Wachstum zeitweise zum Erliegen.[2]

In weiten Teilen der Welt sahen sich Regierungen und Zentralbanken gezwungen, einmalige Unterstützungsmassnahmen zu ergreifen und damit das globale Finanzsystem zu stabilisieren und konjunkturelle Einbrüche zu begrenzen.[3] Auch die Schweiz wurde von den Turbulenzen der Finanzkrise nicht verschont, wobei besonders die Grossbanken UBS und Credit Suisse betroffen waren. Ein mutmasslicher Tiefpunkt für die Schweiz bildete im Herbst 2008 das Massnahmenpaket, welches die Eidgenossenschaft, Finanzmarktaufsicht (FINMA) und die Schweizerischen Nationalbank (SNB) zur finanziellen Stützung der UBS verabschieden mussten.[4]

---

[1] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schweizerische Nationalbank (2008).
[2] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schweizerische Nationalbank (2013).
[3] Schweizerische Nationalbank (2010a).
[4] Schweizerische Nationalbank (2010b).

1.2. Problemstellung

Obwohl seit Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 weitreichende Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und der Konjunktur ergriffen wurden, bleibt aber sowohl in der Schweiz als auch international die Notwendigkeit und Dringlichkeit für die Umsetzung von Massnahmen zur nachhaltigen Sicherung einer stabilen Weltwirtschaft. Da sich jedoch der Finanzsektor, die Konjunktur sowie die Staatsfinanzen gegenseitig beeinflussen, kann Nachhaltigkeit nicht ohne wachstums- und beschäftigungsfördernde Reformen erreicht werden. Ein Ansatz, welcher dabei verfolgt wird, ist die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors zu stärken. Da hierbei Verbesserungen der Bankenregulierung eine wesentliche Rolle spielen, sind besonders Geschäftsbanken in das Zentrum des öffentlichen Interessens gerückt.[5]

Der erwähnte Reformbedarf wird seit 2007 durch die Öffentlichkeit ermittelt und überprüft. Einige Massnahmen wie erhöhte Eigenmittelkapitalanforderungen für Geschäftsbanken gemäss dem Basel-III-Abkommen wurden bereits umgesetzt.[6] Ein anderer aktueller und konkreter Ansatz wird nachfolgend dargestellt und für die vorliegende Arbeit als zentrales Element weiterverfolgt.

1.3. Zielsetzung der Arbeit

Im Mai 2011 wurde der überparteiliche Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) gegründet. Der Verein bezweckt die öffentliche Diskussion über die Vollgeldreform nach dem deutschen Ökonomieprofessor Joseph Huber. Es wird das Ziel verfolgt, die Fehlfunktion des Geldwesens zu korrigieren und auf diese Weise einen Beitrag zur Gesundung des Finanzsystems zu leisten. Durch die geplante Lancierung einer entsprechenden Volksinitiative soll das Monopol der Geldschöpfung an die SNB übertragen und somit eine vierte Gewalt, die Monetative, geschaffen werden.[7] Das Hauptziel der vorliegenden Arbeit wird deshalb wie folgt definiert:

Darstellung 1: Hauptziel der Arbeit

Vollgeld Initiative:

Mutmassliche ökonomische und ethische Auswirkungen der Monetative auf die Zukunft von Schweizer Geschäftsbanken herleiten und aufzeigen.

Quelle: Eigene Darstellung (2014).

[5] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schweizerische Nationalbank (2013).
[6] Peukert (2011).
[7] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013).

Die Schwerpunkte liegen dabei in Theorie- sowie Praxisabklärungen. Der Weg zur Erreichung des Hauptzieles wird mit Subzielen und somit einzelnen Meilensteinen unterstützt:

Darstellung 2: Subziele der Arbeit

Reformbedarf:

Durch Aufzeigen von mutmasslichen Ursachen der Finanzkrise sowie der gegenseitigen Abhängigkeit von Geschäftsbanken und dem Staat, soll der Reformbedarf hergeleitet werden.

Reformansatz:

Die Idee und die Hintergründe der Vollgeld Initiative sollen auf einer wissenschaftlichen Basis vorgestellt werden, um ein breites Verständnis zu schaffen.

Reformanalyse:

Expertenmeinungen über Argumente und Gegenargumente sowie mutmassliche Auswirkungen der Vollgeld Initiative, sollen eine eigene Meinungsbildung ermöglichen. Dabei wird zwischen ökonomischen und ethischen Aspekten unterschieden.

Sensibilisierung der Bevölkerung:

Die Öffentlichkeit soll bewusst mit der Problematik der Geldschöpfung konfrontiert werden, um eine aktive Auseinandersetzung mit der Thematik zu fördern. Wichtig dabei ist, die hohe Komplexität der Materie reduzieren zu können.

Quelle: Eigene Darstellung (2014).

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die vorliegende Arbeit den Charakter eines Grundrisses aufweist. Das heisst, sie soll einen Überblick zur Thematik ermöglichen und nicht tiefgründige finanztechnische Details hervorbringen.

1.4. Ab- und Eingrenzung

Im Zentrum der Bachelor Thesis steht die Vollgeldreform des überparteilichen Vereins MoMo, welche als Volksinitiative geplant ist. Die Idee geht teilweise auf den direkten Vorläufer des Vollgeldansatzes „100%-Money“[8] nach Irving Fisher in den 1930er Jahren zurück, stützt sich aber im Wesentlichen auf das Buch „Monetäre Modernisierung“[9] von Joseph Huber. Ähnliche Reformansätze, welche international diskutiert werden und somit grenzüberschreitende Verankerungen vorsehen, werden im Rahmen der Arbeit nur kurz thematisiert und nicht weiter ausgeführt.

[8] Fisher (1935).
[9] Huber (2013).

Obwohl die Vollgeldreform eine explizite Verankerung des staatlichen Monopols der Geldschöpfung in der Bundesverfassung vorsieht, werden rechtliche Aspekte und mögliche Gesetzesanpassungen zur Reduzierung der Komplexität nicht diskutiert.

Die Untersuchungen der Auswirkungen der Schaffung einer Monetative beziehen sich auf Schweizer Geschäftsbanken mit nationaler und internationaler Geschäftstätigkeit. Auswirkungen auf den Finanzplatz und die Volkswirtschaft der Schweiz als Ganzes werden bewusst weggelassen oder nur ansatzweise aufgegriffen.

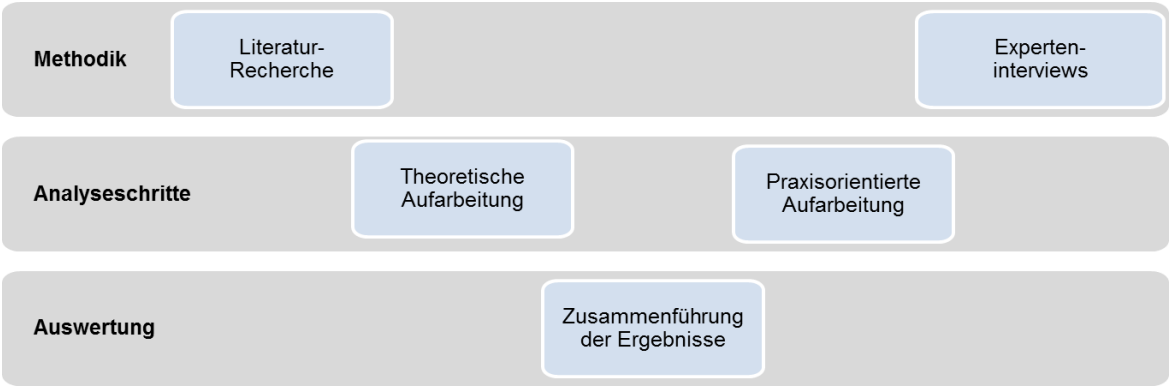
Da sich hinter der gesamten Problematik und Lösungsfindung auch Handlungsweisen von einzelnen Akteuren verbergen, werden ökonomische Aspekte im Rahmen der Arbeit vereinzelt ethisch beleuchtet und beurteilt. Bei allen Ausführungen, wobei es um die subjektive Wahrnehmung geht, vertraut die Autorin auf die Urteilskraft der Leserschaft. Natürlich wird angestrebt, eine Balance zwischen positiven und negativen Aspekten herzustellen.

Die Staatsschuldenkrise, die einen Zusammenhang zur Finanzkrise erahnen lässt, wird nicht näher betrachtet, da diese prioritär eine Kombination aus einer tiefen Rezession und den damit verbundenen Unterstützungsmassnahmen für den Finanzsektor und die Konjunktur ist. Ausserdem verschlimmerte sich aufgrund der Finanzkrise in vielen Industrieländern die ohnehin schon fragile Lage der öffentlichen Haushalte, womit die Staatsschuldenkrise nicht als expliziter Auslöser für den Reformbedarf gilt.

1.5. Methodische Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit stellt theoretische Aspekte zur Thematik auf wissenschaftlicher Basis dar, indem einschlägige Literatur konsultiert und mit Inhalten aus Expertengesprächen ergänzt wird.

Darstellung 3: Methodik der Arbeit



Quelle: Eigene Darstellung (2014).

Der erste Teil der Arbeit umfasst die Ausgangslage und Problemstellung, welche der Arbeit zu Grunde liegt. Weiter wird festgelegt, welche Ziele mit der Arbeit verfolgt werden und wo die thematische Abgrenzung vorgenommen wird.

In Kapitel 2 werden Fakten und Hintergründe zur Finanzkrise beleuchtet und durch mutmassliche Ursachen und Auswirkungen ergänzt. Anschliessend wird der daraus entstandene Reformbedarf aufgezeigt. Die in Kapitel 3 aufgearbeitete Theorie zur Vollgeld Initiative beruht auf einer Literaturanalyse und soll helfen, die Hintergründe der Problemstellung besser zu verstehen. Ausserdem dient das Kapitel als Basis für die Kritik und Gegenkritik in Kapitel 4 sowie für die Erarbeitung der mutmasslichen Auswirkungen der Monetative, welche Teil des 5. Kapitels sind.

Als Ergänzung zu den theoretischen Grundlagen werden für Kapitel 4 und 5 Expertengespräche geführt. Ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl der Experten sind deren vorhandenes bereichsspezifisches Wissen und deren fachliche Kompetenz. Andere Wissensbereiche oder Allgemeinbildung werden dabei als irrelevant betrachtet. Der Erstkontakt für die Interviewanfrage mit den Experten erfolgt schriftlich per E-Mail. Dabei sind eine aussagekräftige Darstellung von Inhalten zur Bachelor Thesis und dem Ziel des Experteninterviews zentral. Bei erfolgreicher Terminvereinbarung findet das Interview grundsätzlich beim Experten vor Ort statt oder nach Absprache an einem anderen Ort. Opponenten der Vollgeldreform erhalten vorgängig den Interviewleitfaden zur entsprechenden Übersicht und Vorbereitung. Die Fragestellungen sind fachlich tiefgreifend, jedoch offen und neutral gestaltet, damit der Experte ein klares Meinungsbild wiedergegeben kann. Die durch Experten geäusserten Kritiken werden anschliessend den Befürwortern vorgelegt. Diese können in einem persönlichen Interview spontan dazu Stellung nehmen und versuchen, die Gegenargumente sachlich zu entkräften. Befürworter erhalten die kritischen Stellungnahmen der Kritiker bewusst nicht vor dem Interview, da sie sich bereits vertieft mit der Thematik auseinandergesetzt haben und damit einen klaren Vorteil in der Argumentation zu Vollgeld mitbringen. Die Interviews werden unter Einvernehmen mit einem Diktiergerät aufgenommen und als digitaler Anhang der Arbeit beigelegt. Mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse, werden die Experteninterviews ausgewertet und Meinungen einander gegenübergestellt.

Abschliessend wird ein persönliches Fazit erstellt, welches die freie Meinungsäusserung und Stellungnahme der Autorin zur Vollgeldthematik zulässt. Zum Schluss rundet die kritische Würdigung mit metakognitiven Überlegungen die Bachelor Thesis ab.

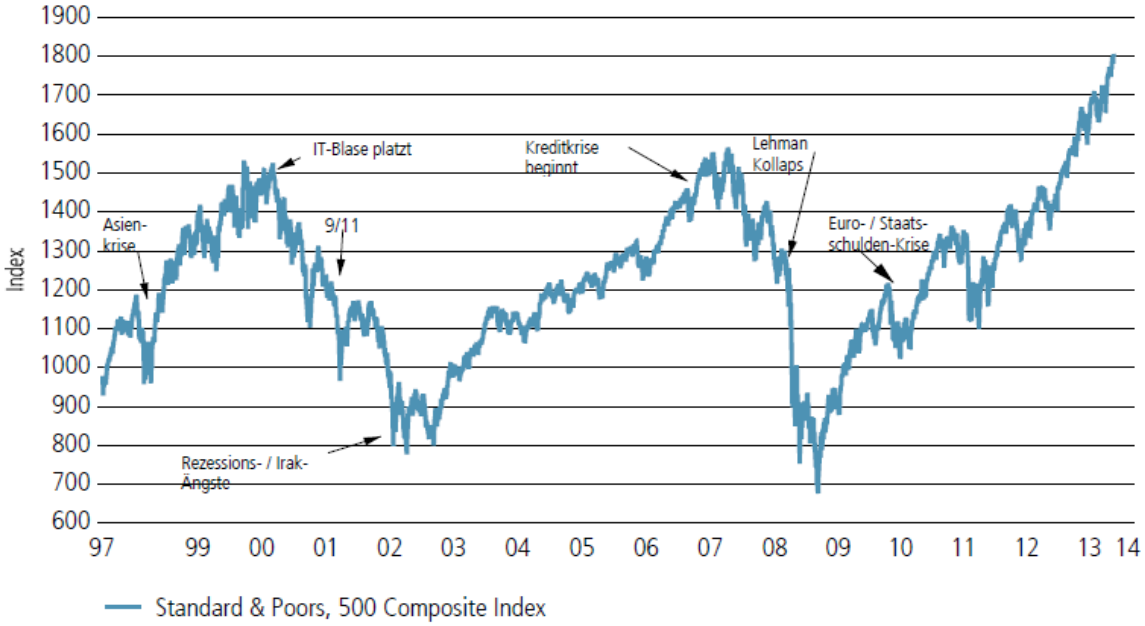
2. Finanzkrise

Die Weltwirtschaft befindet sich bereits im siebten Jahr nach der Finanzkrise. Nachfolgend wird aufgezeigt, wie die langjährige Finanzkrise entstanden ist, welche Ursachen dafür verantwortlich sein könnten und welche Auswirkungen sowie zukünftigen Herausforderungen daraus entstanden sind.

2.1. Entstehung

Besondere Ereignisse und Krisen widerspiegeln sich oft in Aktienmarktbewegungen, wie am Beispiel des Index Standard & Poors 500[10] verdeutlicht wird:

Darstellung 4: US-Aktien: Was treibt die Märkte?



Quelle: Thomson Reuters, UBS CIO Research (2013).

In der Zeit von Mitte der 1980er-Jahre bis 2007 blickte die Welt auf stabile wirtschaftliche Verhältnisse, welche von moderaten Konjunkturschwankungen, rückläufiger und stabiler Inflation und einer vorhersehbaren Geld- und Fiskalpolitik gekennzeichnet waren. Auch Ereignisse wie der Irak-Krieg oder die Terroranschläge von 09/11 widerspiegelten sich kaum in makroökonomischen Daten. Das Platzen der Dotcom-Blase (auch IT-Blase oder New-Economy-Blase genannt) zu Beginn der Jahrtausendwende führte zwar zu Einbrüchen der Aktienkurse, endete jedoch „lediglich“ in einer milden Rezession. Dennoch besteht ein Zusammenhang zwischen der IT-Blase und der anschliessenden Finanzkrise, welcher im Rahmen der nachfolgenden Kapitel ausgeführt wird.[11]

[10] Amerikanischer Index, welcher die Wertentwicklung der 500 grössten und wichtigsten nordamerikanischen Aktiengesellschaften abbildet.

[11] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2012, S. 14-16).

Fakt ist heute, was ursprünglich bei einer US-Immobilienkrise begann, weitete sich rasch zu einer weltweiten Bankenkrise aus, schaffte eine globale Wirtschaftskrise und mündete schliesslich in der heutigen Staatsverschuldungskrise in Europa. Ereignisse, welche zu einer derartigen Kettenreaktion geführt haben, werden nicht näher ausgeführt. Eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse seit Ausbruch der Finanzkrise ist jedoch im Anhang Kapitel 13.1. zu finden.

2.2. Ursachen und deren Auswirkungen

Ökonomische wie auch ethische Auswirkungen der Finanzkrise verdeutlichen heute die gegenseitige Abhängigkeit von Geschäftsbanken und dem Staat sowie die Rolle des Finanzsektors. Seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 werden deshalb unzählige Analysen und Berichte über mögliche Ursachen verfasst. Unter den weltweiten Experten wird grundsätzlich eine grosse Meinungsdivergenz festgestellt. Trotzdem wird nachfolgend versucht, einige der möglicherweise bedeutungsvollsten Ursachen sowie deren Auswirkungen aufzuzeigen. Die direkten Auswirkungen auf die betroffenen Schweizer Geschäftsbanken sowie die indirekten Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft sind nicht Bestandteil dieses Kapitels, können jedoch dem Anhang Kapitel 13.2. entnommen werden.

2.2.1. Expansive Geldpolitik und Marktversagen

Die amerikanische Zentralbank Federal Reserve (Fed) hat bereits nach dem Zusammenbruch der Dotcom-Blase und den Anschlägen vom 11. September 2001 mit einer drastischen Senkung der Leitzinsen reagiert. Die tiefen Zinsen wirkten sich positiv auf die Attraktivität des amerikanischen Immobilienmarkts aus.[12]

Denn spätestens seitdem diese New-Economy-Blase geplatzt ist, suchten Investoren eine sichere und rentable Alternative. Diese schien im amerikanischen Immobilienmarkt mit kontinuierlich steigenden Häuserpreisen und tiefen Hypothekarzinsen gefunden zu sein. Die plötzliche Investitionslawine setzte eine selbstverstärkende Spirale von überdurchschnittlichen Preisanstiegen in Gang und führte zu einer Preisblase[13] auf dem US-Immobilienmarkt. Durch die im Vergleich zu Europa expansive Geldpolitik der Fed wurde zudem ein wesentlicher Beitrag zum Entstehen der Spekulationsblase geleistet.[14]

---

[12] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Bundeszentrale für politische Bildung (2009).

[13] Die Faktoren zur Erklärung der Entstehung einer Preisblase werden hier nicht weiter ausgeführt, da sie den anschliessenden Preiseinbruch auf dem US-Immobilienmarkt nicht abschliessend erklären.

[14] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2012, S. 32).

2.2.2. Risikomanagement der Geschäftsbanken

Entscheidend für das Platzen der Immobilienblase und somit für den Preiseinbruch war unter anderem die fehlende Rechtfertigung der hohen Immobilienpreise, welche letztendlich auf die schlechte Qualität der Hypothekarkredite zurückzuführen war. Qualitätsmängel entstanden durch die Lockerung der üblichen bankenseitigen Prüfung bei der Hypothekarvergabe. Diese führte dazu, dass Kredite an Personen vergeben wurden, die in normalen Zeiten als kreditunfähig eingestuft würden. Die damals stark anwachsende risikobehaftete Schuldnerkategorie wurde als „subprime“ bezeichnet. Da ein Grossteil der Subprime-Hypotheken mit einem variablen Zins vergeben wurden, führte der Anstieg der Leitzinsen ab dem Jahr 2005 zu einem Anstieg der Hypothekarzinsen, was wiederum zur Zahlungsunfähigkeit von vielen Schuldnern und somit zur Verwertung von Liegenschaften führte. Dadurch verschob sich die Marktsituation von einer steigenden Nachfrage mit steigenden Immobilienpreisen zu einem Überangebot an Immobilien und somit sinkenden Immobilienpreisen.[15]

2.2.3. Regulierungsversagen

Vor der Finanzkrise glaubten Regulierungsbehörden an die Validität der Geschäftsmodelle und somit an die Selbstregulierung der Märkte. Doch bereits in den 1990er-Jahren begannen Geschäftsbanken in den USA Zweckgesellschaften zu gründen. Da diese formaljuristisch unabhängig von den Banken sind, wurden sie auch nicht im gleichen Umfang reguliert. Diese Möglichkeiten, die sich aus der Bildung von Zweckgesellschaften ergaben, wurden durch den Staat zu wenig beachtet, was zu fehlenden notwendigen Anpassungen der staatlichen Regulierung führte.[16]

Als Folge dieser regulatorischen Fehlleistungen wurden ausserbilanzielle Zweckgesellschaften gegründet, welche aufgrund der fehlenden regulatorischen Grenzen sehr tiefe Eigenkapitalunterlegungen aufwiesen und zu folgenden Handlungen führten: Um die Risiken eines Subprime-Kredits bei Geschäftsbanken abzuschwächen, wurden die Forderungen nach der Kreditvergabe an die Zweckgesellschaften ausgelagert. Mittels Verbriefungen konnten die einzelnen Hypotheken zu sogenannten Asset-backed-Security-Wertpapieren (ABS) gebündelt und auf internationalen Finanzmärkten weiterverkauft werden. Durch das Platzen der Blase auf dem Immobilienmarkt entstand eine Kettenreaktion, welche die ABS-Preise innerhalb eines guten Jahres um 70 Prozent einstürzen liess. Aufgrund der internationalen Handelbarkeit solcher Papiere wurde das ursprünglich lokale Problem zu einer weltweiten Bedrohung für den Finanzsektor.[17]

---

[15] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2012, S. 41-42).
[16] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schmidt (2010, S. 110-112).
[17] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2012, S. 37-38).

2.2.4. Vertrauen unter Banken

Als die Verluste auf den ABS-Positionen seit Mitte 2007 ständig anwuchsen, mussten Banken zwangsweise Abschreibungen vornehmen, was das Eigenkapital der Banken entsprechend reduzierte. Dies führte zu hoher Verschuldung und zu unvermeidbaren Insolvenzrisiken für Geschäftsbanken. Aufgrund dieser Situation nahm das Vertrauen der Geschäftsbanken, dass die Gegenparteien jederzeit zahlungsfähig sind, schlagartig ab. Spätestens mit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 verschlechterte sich die Lage auf den Finanzmärkten so stark, dass es für Banken schliesslich fast unmöglich wurde, auf dem Geldmarkt das kurzfristige Fremdkapital zu erneuern. Die Gefahr eines Zusammenbruchs des internationalen Kreditsystems war aufgrund der weltweiten Vernetzung und gegenseitigen Abhängigkeit der Finanzinstitute gravierend. Das ordentliche Instrumentarium der Leitzinssenkung war mit dem Erreichen der Nullzinsgrenze nahezu komplett ausgereizt. Um die Austrocknung des Interbankenmarktes zu verhindern, mussten Zentralbanken zu unkonventionellen Massnahmen wie Ankäufe von Staatsanleihen und Devisenkäufe greifen.[18]

Auch die SNB griff mit Deviseninterventionen, dem Kauf von Schweizer Franken, Obligationen inländischer Schuldner, der Erhöhung der Giroguthaben und dem Mindestkurs von 1.20 Franken gegenüber dem Euro zu ausserordentlichen Massnahmen.[19]

2.2.5. Moral Hazard und falsche Anreize

Das Geschäftsverhalten der Banken bezüglich der Hypothekarvergabe an eigentlich kreditunwürdige Personen wurde scharf kritisiert. Dennoch spielten die Marktteilnehmer über Jahre mit, ohne sich der zunehmenden problematischen Qualität der US-Hypothekarkredite wirklich bewusst zu sein. Diesem Verhalten liegen möglicherweise falsch gesetzte Anreize bei den Beteiligten zu Grunde.[20] Nachstehend einige Beispiele:

Broker vermittelten zwischen Banken und Haushalten und versuchten aufgrund ihrer erfolgsabhängigen Provision so viele Haushalte wie möglich von der Aufnahme einer Hypothek zu überzeugen. Durch ihre Vermittlertätigkeiten gingen sie dabei keinerlei persönliche Risiken ein. Auch die Kreditnehmer mussten trotz des hohen Eigenrisikos wenig befürchten, da das US-amerikanische Recht zu diesem Zeitpunkt erlaubte, bei privater Zahlungsunfähigkeit das Haus einfach der Bank zu übergeben und somit ohne weitere rechtliche Konsequenzen davonzukommen. Die Geschäftsbanken hatten ebenfalls kaum Anreize auf die Schuldnerqualität zu achten, da sie die Forderungen aus risikobehafteten

[18] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Avenir Suisse (2013, S. 7-10).
[19] Schweizerische Nationalbank (2013).
[20] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2012, S. 42).

Hypotheken nach der Vergabe an Zweckgesellschaften bzw. Investmentbanken weiterverkauften. Im Gegenteil ergaben sich beim Eingehen dieser Risiken noch hohe Gewinne, wurde sogar der Anreiz geschaffen, bewusst wegzuschauen. Die Investmentbanken wiederum zweifelten zwar die Qualität der Hypotheken an, glaubten jedoch durch die starke Diversifikation geschützt zu sein.[21]

Im Zusammenhang mit den falschen Anreizen wird im angelsächsischen Raum oftmals der Begriff „Moral Hazard“ verwendet. Damit ist kurz gesagt die Asymmetrie im Bankensystem gemeint. Auf der einen Seite sind die Banken für das Funktionieren der Volkswirtschaft notwendig und erfüllen damit öffentliche Aufgaben. Auf der anderen Seite sind sie privatwirtschaftlich organisiert, weshalb sie nach Gewinn streben, der wiederum die eigene Organisation begünstigt. Da sich Banken ihrer öffentlichen Aufgaben bewusst sind und damit im weitesten Sinne von staatlicher Unterstützung in Krisensituationen ausgehen, konnten risikoreiche Geschäfte mit hohen Gewinnausschüttungen eingegangen werden, ohne schwerwiegende Konsequenzen befürchten zu müssen.[22]

2.2.6. Psychologisches Verhalten

Tiefgründige Ursachen, die das Entstehen von spekulativen Blasen unterstützen, können in menschlichen Charaktereigenschaften wiedergefunden werden. Dazu gehören beispielsweise Gier, Neid, die systematische Unterschätzung von Risiken und die Überzeugung, dass der Einzelne schlauer ist als der Markt.[23]

Ein ebenfalls wichtiger psychologischer Aspekt als Ursache für Krisen könnte der menschliche Charakterzug der Imitation und des sich am anderen orientierenden Verhaltens sein, welches auf den evolutionären Überlebensmechanismus und Lernprozess des Menschen zurückgeht. Dieses sogenannte Herdenverhalten kann dazu führen, dass das möglicherweise fehlerhafte Verhalten des Vorangehenden auf das Verhalten des Nachfolgenden wirkt. Auf diese Weise werden eigene Informationen zunehmend ausgeblendet und im Entscheidungsfindungsprozess eine nachrangige Rolle einnehmen. Aus Sicht der Sozialpsychologie könnten solche oder ähnliche sich verstärkende Verhaltenshinweise auch als eine Ursache der Finanzkrise gedeutet werden.[24]

---

[21] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2012, S. 43-46).
[22] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schmidt (2010, S. 73).
[23] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Bertelsmann Stiftung (2009).
[24] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Treacy/Wiersma (1995).

2.3. Reformbedarf

Der Finanzsektor erwirtschaftete im Jahr 2007 rund 12 Prozent der Schweizer Wertschöpfung und beschäftigte fast 6 Prozent der Arbeitnehmer der Schweiz. Die Bilanzsummen der beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse entsprachen zusammen knapp einem Fünffachen des Schweizer Inlandprodukts. Als sich die finanzielle Situation der UBS im Oktober 2008 deutlich verschlechterte, musste ein Massnahmenpaket zur Rettung der Grossbank umgesetzt werden, was die internationale Verflechtung des Finanzsystems verdeutlichte.[25]

Daraus entstand ein öffentlich diskutierter Reformbedarf, welcher die Problematik der Systemrelevanz von Schweizer Grossbanken untersuchte und zum Too-big-to-fail-Regulierungsvorhaben mittels Basel-III-Abkommen führte. Dieses umfasst strengere Eigenkapitalanforderungen und Notfallpläne, welche durch die Banken ausgearbeitet werden und die darlegen müssen, welche Funktionen im Krisenfall systemrelevant sind und in künftige Einheiten ausgelagert werden müssen. Seit November 2013 xgehören nicht nur die UBS und Credit Suisse, sondern auch die Zürcher Kantonalbank (ZKB) auf Verfügung der SNB zu den systemrelevanten Instituten, welche strengere Eigenkapitalanforderungen erfüllen müssen. Es dürfte absehbar sein, dass neben der ZKB auch die Raiffeisengruppe und die Postfinance in Zukunft zur Gruppe der systemrelevanten Banken gehören werden.[26]

Seit März 2012 ist ausserdem das revidierte Bankengesetz zur Stärkung der Stabilität im Finanzsektor in Kraft getreten, welches die SNB dazu legitimiert, eine Bank dann als systemrelevant zu erklären, wenn deren Ausfall die Schweizer Volkswirtschaft und das schweizerische Finanzsystem erheblich schädigen könnte.[27]

Zweifellos ist durch stärkere Regulierungsmassnahmen bereits ein wichtiger Schritt für die Stabilisierung des Finanzsektors gemacht worden. Seine Stabilisierung ist Voraussetzung, jedoch nicht eine Garantie, dass die Weltwirtschaft zu einem nachhaltigen Wachstum wie vor Ausbruch der Finanzkrise zurückkehrt. Damit Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors erreicht werden kann, sind einige Stimmen überzeugt, dass bereits begonnene strukturelle Reformen weitergeführt werden müssen. Folglich wird aus heutiger Sicht immer noch ein starker Reformbedarf in der Öffentlichkeit diskutiert.[28]

---

[25] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Eidgenössische Finanzverwaltung (2008).
[26] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Neue Zürcher Zeitung (2013a).
[27] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Bankengesetz (BankG), Art.7ff.
[28] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schweizerische Nationalbank (2013).

3. Vollgeld und Monetative

Ein aktueller Reformansatz, welcher die Ursachen der Finanzkrise beheben und die Stabilität des Geldes gewährleisten soll, wird unter dem Namen Vollgeld Initiative diskutiert. Um das Verständnis der Strukturreform aufbauen zu können, wird zunächst dargelegt, wie Geld definiert wird und wie das Geldsystem der Schweiz funktioniert. Dabei werden Funktionsprobleme der heutigen Geldschöpfung beleuchtet, welche zum Reformbedarf für die Weiterentwicklung des modernen Geldsystems geführt haben. Anschliessend wird der eigentliche Reformansatz beleuchtet. Dabei werden auch reformähnliche Ansätze angesprochen und ein Bezug zur ökonomischen Lehre hergestellt.

3.1. Geld in der Schweiz

Geld war schon immer eine treibende Kraft des Fortschritts der Menschheit. Die heutige Finanzwelt ist lediglich das Ergebnis einer viertausendjährigen Evolution der Wirtschaft. Der Aufstieg des Geldes war ein komplexer Prozess von Innovationen, Vermittlungen und Integration. Zugleich verlief die Entwicklung des Geldes nie gradlinig, sondern war schon früh geprägt von Aufschwüngen und Abstürzen, Blasen und Pleiten, Schocks und Crashs.[29]

Ab dem 19. Jahrhundert beherrschten Metallwährungen wie Gold und Silber das Geldsystem. Die Verankerung der Preisstabilität wurde damals durch die Bindung des Geldes an ein begrenzt verfügbares Gut gewährleistet. Während des Industrialisierungsprozesses, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, entwickelte sich in der Schweiz ein Bankensystem mit Universal- und Kantonalbanken. Die 36 verschiedenen Banken betrieben unabhängig voneinander die Geldversorgung, was zunehmend mit Problemen verbunden war. Erst 1907 mit der Gründung der SNB wurden Ineffizienzen ausgemerzt und die Einnahmen aus der Geldschöpfung flossen neu an den Staat. Mit dem Zusammenbruch des Gold-Devisen-Standards (auch Bretton-Woods-System genannt) fiel 1973 die Bindung an Metallwährungen zu Gunsten eines Systems reiner Papierwährungen (auch Fiat-Money-System genannt) ganz weg. Seither kann die SNB ohne Rücksicht auf Goldreserven Banknoten drucken.[30]

[29] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Ferguson (2008, S. 302-303).
[30] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Economic and Social History online (2014).

3.1.1. Allgemeiner Geldbegriff

Eine einheitliche Definition, was unter dem allgemeinen Geldbegriff verstanden wird, gibt es nicht. Die SNB definiert Geld als das vom Publikum allgemein akzeptierte Zahlungs- und Tauschmittel, welches der Wertaufbewahrung und als Recheneinheit (Wertmassstab) dient. In der Schweiz wird das Bargeld (Banknoten und Münzen) sowie das Buchgeld als Geld bezeichnet.[31] Bargeld wird als gesetzliches Zahlungsmittel verwendet. Gemäss dem Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel gelten in der Schweiz vom Bund ausgegebene Münzen, von der SNB ausgegebene Noten sowie die auf Schweizer Franken lautenden Sichtguthaben (auch Giroguthaben genannt) der Geschäftsbanken bei der SNB als gesetzliche Zahlungsmittel.[32] Buchgeld hingegen ist ein Guthaben, das auf Bank- oder Postkonten geführt wird und auch unter dem Namen Giralgeld bekannt ist.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit scheint besonders wichtig, dass eine Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Geldaggregaten der Schweiz gemacht wird, da diese zentrale Bestandteile für das Verständnis der Vollgeldreform darstellen. Im Folgenden wird deklariert, welches Geldverständnis dieser Arbeit zu Grunde liegt.

3.1.2. Geldaggregate M0, M1, M2 und M3

Die aktuelle Geldmengendefinition der SNB basiert auf der Definition von 1995. Je nach Liquiditätsgrad werden die verschiedenen Geldformen den Geldmengen M0, M1, M2 oder M3 zugeordnet.

Darstellung 5: Zusammensetzung Geldaggregate: M0, M1, M2 und M3

	Zusammensetzung der Geldmengen
	Bargeldumlauf (Noten und Münzen, ohne Bestände bei Banken, Post und Bund)
+	Giroguthaben von Handel und Industrie sowie Deponenten bei der SNB
=	**Geldmenge M0**
+	Inländische Sichteinlagen und Transaktionskonten bei Banken
+	Postguthaben (ohne Guthaben von Banken und Bund)
=	**Geldmenge M1**
+	Spareinlagen bei Banken
=	**Geldmenge M2**
+	Termineinlagen
=	**Geldmenge M3**

Quelle: In Anlehnung an die Schweizerische Nationalbank (1995).

[31] Schweizerische Nationalbank (2014).
[32] Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG), Art.2.

Die Geldmenge M0 umfasst das von der SNB geschaffene Geld und wird auch als Notenbankgeldmenge bezeichnet. Es beinhaltet nebst den von der SNB ausgegebenen Banknoten auch Giroguthaben der Geschäftsbanken bei der SNB. Auf diese Geldmenge hat die SNB einen direkten Einfluss. Die Geldmenge M1 umfasst jenes Geld, das jederzeit als Zahlungsmittel eingesetzt werden kann. Konkret beinhaltet M1 die Geldmenge M0 und die auf Schweizer Franken lautenden Sichteinlagen bei den Banken und der Post. Diese sogenannten Sichtgelder und Transaktionskonten können sofort und ohne Beschränkung auf ein anderes Konto überweisen oder in Bargeld umgetauscht werden. Zählt man zur Geldmenge M1 zusätzlich die Spareinlagen in Schweizer Franken dazu, wird die Geldmenge M2 erklärt. Spargelder können innerhalb einer Rückzugslimite einfach und rasch in Bargeld umgewandelt werden. Die Geldmenge M3 setzt sich aus der Geldmenge M2 und zusätzlich aus den Termineinlagen (Termingelder) in Schweizer Franken zusammen. Termingelder sind Gelder, welche für eine bestimmte Laufzeit bei einer Bank angelegt werden. Bis zum Ablauf der vereinbarten Frist kann der Anleger über diese Gelder in der Regel nicht mehr verfügen. Im Unterschied zur Notenbankgeldmenge M0 bestehen die Geldmengen M1, M2 und M3 hauptsächlich aus Geld, das durch Geschäftsbanken geschaffen wird.[33]

[33] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schweizerische Nationalbank (1995).

3.2. Geldschöpfungssystem der Schweiz

Nach dem geistigen Vater der Vollgeldreform, Joseph Huber, wird Geldschöpfung folgendermassen definiert: „Geldschöpfung ist der Vorgang, durch den neues Geld geschaffen und an einen Erstbenutzer herausgegeben wird.“[34] Zu den wichtigsten Akteuren im Geldschöpfungssystem gehören die SNB, die Geschäftsbanken und das Publikum (Nichtbanken). Das Publikum setzt sich aus privaten Haushalten, Firmen und sonstigen privatrechtlichen institutionellen sowie öffentlichen Haushalten zusammen.[35] Obwohl ein historischer Hintergrund zum Verständnis des heutigen Geldschöpfungssystems beitragen kann, wird dieser vorliegend nicht ausgeführt. Als essenziell wird jedoch aus Sicht der Autorin die genauere Betrachtung der unterschiedlichen Rollen der SNB und der Geschäftsbanken innerhalb des Finanzsystems eingestuft und deshalb nachstehend ausgeführt.

3.2.1. Die Rolle der Schweizerischen Nationalbank (SNB)

Die SNB ist eine unabhängige staatliche Institution mit besonderen Kompetenzen und Aufgaben, welche sie im Gesamtinteresse des Landes erfüllt. Vor 1999 konzentrierte sich die Geldpolitik der SNB stark auf das Zwischenziel der Geldmengenentwicklung. Durch die Konvertibilitätsverpflichtung war die Geldschöpfung jedoch limitiert, da nur soviel Geld neu geschöpft werden konnte, dass 40 Prozent der Banknoten mit Gold gedeckt waren. Mit der Totalrevision der Bundesverfassung im Jahre 1999 wurde die Golddeckung aufgehoben, weshalb das heutige Fiat-Money-System[36] geschaffen wurde. Seither orientiert sich das geldpolitische Konzept der SNB am Inflationsziel, welches drei wesentliche Punkte umfasst: ein explizites Ziel in Form einer Definiton der Preisstabilität (Inflation unter 2 Prozent), eine Inflationsprognose, welche die Entscheidungsgrundlage darstellt und die Ankündigung eines Zielbandes für den Dreimonats-Libor für Schweizer Franken als operatives Ziel, das die SNB mit sehr kurzfristigen Offenmarktgeschäften anstrebt.[37]

Ausserdem obliegt der SNB gemäss schweizerischer Bundesverfassung das alleinige Recht, Münzen und Banknoten auszugeben.[38] Zu den Befugnissen des Bargeldmonopols gehören ebenfalls die Bestimmung der Währungseinheit und die Bezeichnung der gesetzlichen Zahlungsmittel. Dass Münzen, Banknoten und Sichtguthaben (Giroguthaben) bei der SNB gesetzliche Zahlungsmittel sind, wird in Artikel 2 des

---

[34] Huber (2013, S. 17).
[35] Huber (2013, S. 14).
[36] Sinngemäss übertragen auf die heutigen Geldschöpfungsverhältnisse ist damit Geld gemeint, welches ohne materiellen Gegenwert geschaffen werden kann.
[37] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2009, S. 329-333).
[38] Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV), Art.99, Abs.1.

Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel festgehalten.[39] Bezüglich der Geldschöpfung in Form von Sichtguthaben (auch Giral- oder Buchgeld genannt), stellt sich jedoch die Frage nach der gesetzlichen Verankerung. Der verfassungsrechtliche Geldbegriff „Buchgeld“, welcher im Gegensatz zu Guthaben bei der SNB einem Solvenzrisiko unterworfen ist, wird auf Gesetzesebenen nicht erfasst.

3.2.2. Die Rolle der Schweizer Geschäftsbanken

Durch die Entgegennahme von Kundengeldern und die Kreditvergabe erfüllen Geschäftsbanken eine wichtige Funktion als Vermittler zwischen Sparern und Kreditnehmern. Ausserdem sorgen sie zusammen mit der Post für den bargeldlosen Zahlungsverkehr und erbringen Dienstleistungen bezüglich Finanzierungs- und Anlagegeschäften. In ihrer Funktion haben Geschäftsbanken aufgrund der oben erwähnten lückenhaften Gesetzesbestimmungen die Möglichkeit, Buchgeld frei zu schöpfen. Das durch sie neu geschaffene Geld wird in der Regel als Kredit weitergegeben. Dadurch erhöht sich die Geldmenge, die für Zahlungszwecke zur Verfügung steht. Die Höhe der Kreditvergabe richtet sich entsprechend nach Angebot und Nachfrage, die ihrerseits von Zinsniveau, Risikobereitschaft, Konjunkturlage und vielen weiteren Faktoren abhängig ist.[40]

Die Möglichkeiten der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken können mittels Rechtsetzungskompetenz des Bundes eingeschränkt und reguliert werden. Beispielsweise auf Grundlage von gesetzlichen Vorschriften über die Mindestreserven sowie im Bankengesetz vorgesehenen Vorschriften betreffend Eigenmittel und Liquidität. Die gesetzliche Pflicht Reserven zu halten, bindet Geschäftsbanken an die SNB.[41]

Diese Reserven stellen gleichzeitig das Bindeglied zwischen Geschäftsbanken und der SNB dar. Um Reserven aufstocken zu können, müssen Geschäftsbanken Kredite bei der SNB aufnehmen. Zu diesem Zweck und für die Abwicklung von bargeldlosen Zahlungen ihrer Kunden, mittels dem gemeinsamen Überweisungssystem Swiss Interbank Clearing (SIC), halten sie ein sogenanntes Girokonto bei der SNB. Die SNB wird häufig als „Bank der Banken“ bezeichnet, weil sie den Geschäftsbanken Kredite gewährt und sie mit Reserven versorgt.[42]

---

[39] Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG), Art.2.
[40] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schweizerische Nationalbank (2006).
[41] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Nationalrat (2012).
[42] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Schweizerische Nationalbank (2006).

3.2.3. Funktionsprobleme der Geldschöpfung

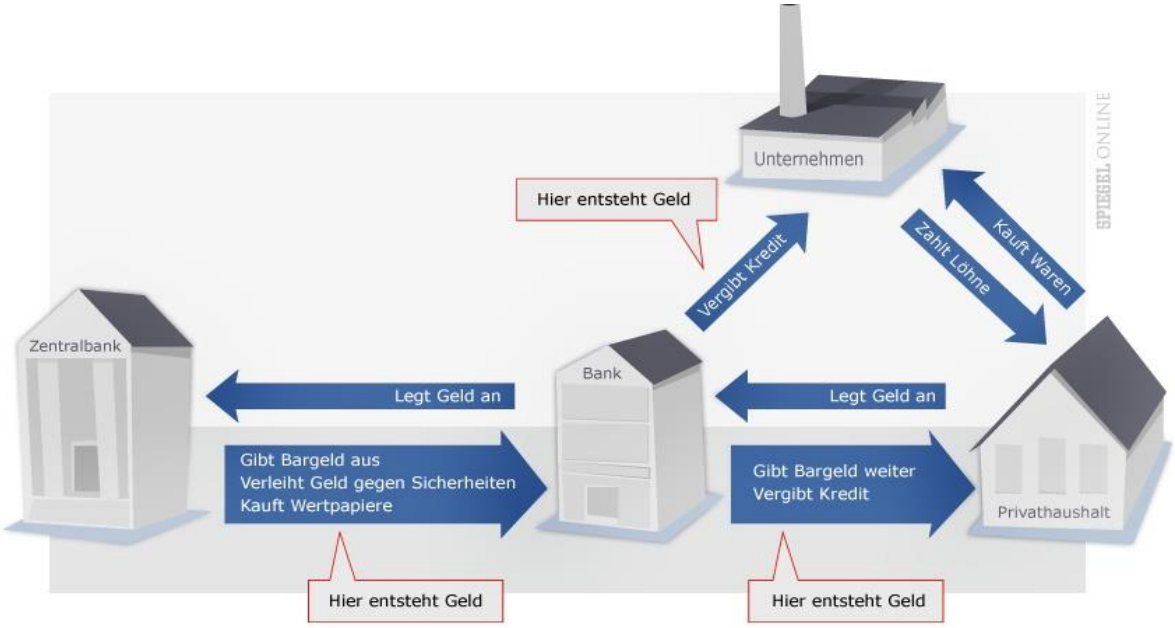
Die nachfolgend behandelten Aspekte der heutigen Geldschöpfung beziehen sich grösstenteils auf Fehlfunktionen, die mit der Vollgeldreform gelöst werden sollen und behandeln deshalb nur einen Teil der möglichen Funktionsprobleme.

Unklarheit über die Art und Weise der Geldschöpfung

Die Ergebnisse aus einer Umfrage der Southampton University aus dem Jahre 2012 zeigen, dass 84 Prozent der Befragten fälschlicherweise der Meinung sind, dass die Regierung oder die Zentralbanken das Geld produzieren und über die Allokation entscheiden.[43]

Es ist davon auszugehen, dass ebenfalls ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung davon ausgeht, dass Geschäftsbanken lediglich zwischen Sparenden und Kreditnehmenden vermitteln, indem sie nur Geld, welches als Spareinlagen vorhanden ist, in Form von Krediten weitergeben. Würden die Geschäftsbanken nur Geld weitergeben, welches sie bereits besitzen, würde kein neues Geld geschöpft und damit würde auch die Verschuldung nicht ansteigen.[44] Durch die Entwicklung des Bankwesens, bestehen heute jedoch lediglich 15 Prozent des zirkulierenden Geldes aus staatlich geschöpftem Geld. Die restlichen 85 Prozent des Geldes werden somit elektronisch in Form von Buchgeld durch Geschäftsbanken geschaffen und als Kredite weitergegeben.[45] Nachfolgende Darstellung soll die Funktionsweise der heutigen Geldschöpfung verdeutlichen:

Darstellung 6: Geldschöpfung: Zusammenspiel der Wirtschaftsakteure



Quelle: Spiegel online (2012).

[43] Dohmen (2013).
[44] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brown (2008, S. 210).
[45] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 10).

Inflationäre Geldmengenentwicklung

Um das Problem dieses überschiessenden Geldmengenwachstums aufzeigen zu können, dient das Grundkonzept der monetären Analyse, die Quantitätsgleichung, als Ausgangslage. Die vom amerikanischen Ökonomen Irving Fisher massgeblich entwickelte Quantitätstheorie des Geldes lässt sich anhand der folgenden Gleichung erläutern:[46]

Darstellung 7: Quantitätstheorie: Gleichung

P x Q = M x V

Preisniveau x reales Bruttoinlandprodukt = Geldmenge x Geldumlaufgeschwindigkeit

Quelle: Eigene Darstellung (2014).

Die Multiplikation des Preisniveaus **P** mit dem realen Bruttoinlandprodukt (BIP) **Q** entspricht dem nominalen BIP[47] beispielsweise in Schweizer Franken ausgedrückt. Um dies in Geldeinheiten bewerten zu können, wird auf der rechten Seite der Gleichung die Geldmenge **M** mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes[48] **V** multipliziert. Eine real wachsende Wirtschaft (Q steigt) benötigt mehr Geld (M steigt um den gleichen Betrag). Damit keine inflationäre Tendenz entsteht, darf demnach die Geldmenge jeweils nur im Tempo des realen BIP-Wachstums erhöht werden und nicht stärker.[49] Aufgrund der Quantitätstheorie ist zu erwarten, dass die Geldmenge sich deshalb langfristig ungefähr im gleichen Mass ausdehnt wie die Wirtschaft. In Anbetracht monetärer Statistiken fällt jedoch auf, dass die Kreditsummen und Geldmengen über Jahre hinweg viel stärker wachsen als die Wirtschaft.[50] Von 1992 bis 2008 ist das nominale BIP der Schweiz um 37 Prozent gewachsen. Die Geldmenge M1 hingegen erhöhte sich im gleichen Zeitpunkt um 121 Prozent.[51] Die Vollgeld Initianten des Vereins MoMo erklären diese grosse Wachstumsdifferenz mit der Ausbreitung einer selbstbezüglichen Finanzwirtschaft über die Realwirtschaft hinaus.[52]

Sie fügen dem hinzu, dass Geschäftsbanken wie auch jeder andere Wirtschaftsakteur prozyklisch und eigeninteressiert handeln. Prozyklisch heisst konform mit Konjunktur- und Börsenzyklus, also expansiv in Aufwärts- und Hochphasen und restriktiv in Abwärts- und Tiefphasen. Eigeninteressiert bedeutet in diesem Zusammenhang auf den grösstmöglichen Eigennutzen ausgerichtet. Als Folge des überschiessend expansiven bzw. kontraktiven Geldangebots der Geschäftsbanken wird monetär bedingte Inflation bzw. Deflation erzeugt.[53]

---

[46] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Brunetti (2009, S. 281 und S. 285-286).
[47] Das nominale BIP ist die Wertschöpfung der Ökonomie in einer bestimmten Zeitperiode, oft p.a. (Brunetti 2009, S. 281).
[48] Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes stellt die Anzahl Transaktionen dar, die mit einer Einheit Geld in einer Periode durchgeführt werden. (Brunetti 2009, S. 281).
[49] Brunetti (2009, S. 281 und S. 285-286).
[50] Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 34).
[51] Neue Zürcher Zeitung (2014b).
[52] Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 35).
[53] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 70-71).

Fehlende Kontrolle durch SNB

Das vorgängig erwähnte Verhältnis des Bankengeldes (Giralgeld) zum verfügbaren Nationalbankengeld M0, lässt ein hohes Mass an Verselbstständigung der Geschäftsbanken vermuten.[54] Da Geschäftsbanken das Geld in einem System der partiellen Reservehaltung schöpfen, kann die SNB mittels geldpolitischen Instrumenten indirekt die Geldmenge kontrollieren.[55] Zur Umsetzung der in Kapitel 3.1.2. erläuterten Strategie der SNB, stehen ihr drei grundsätzliche Formen der Geldpolitik zur Verfügung:

Darstellung 8: SNB: Geldpolitische Instrumente

Offenmarktpolitik:

Kauf und Verkauf von Aktiva (hauptsächlich Wertschriften) durch die SNB.

Diskontpolitik:

Der Diskontsatz ist der Zinssatz, den die SNB von den Geschäftsbanken einfordert, wenn sie ihnen Liquidität zur Verfügung stellt. Er beeinflusst das Geldschöpfungsverhalten der Geschäftsbanken.

Mindestreservepolitik:

Vorschriften hinsichtlich des Betrags, den eine Bank als Sicherheit für Kundenguthaben bei der SNB hinterlegen muss.

Quelle: In Anlehnung an Brunetti (2009, S. 315-318).

Auch wenn die SNB durch diese geldpolitischen Instrumente einen Einfluss auf das Geldangebot ausüben kann, gelingt es ihr nicht, die Geldmenge vollständig zu kontrollieren. Dabei hat sie mit zwei wesentlichen Problemen zu kämpfen, die aufgrund des zweistufigen Finanzierungssystems (SNB und Geschäftsbanken) und der partiellen Reservehaltung entstehen. Erstens kann die SNB nicht diejenige Geldmenge kontrollieren, welche durch private Haushalte als Einlagen im Banksystem gehalten werden, da die Geldschöpfung vom Geldschöpfungsmultiplikator (Kehrwert des Reservesatzes) abhängt. Das heisst, je höher die Einlagen der Sparer sind, desto mehr Geld kann geschöpft werden und umgekehrt. Beispielsweise führt ein starker Vertrauensverlust in das Bankensystem dazu, dass Menschen einen Grossteil ihrer Einlagen auflösen und stattdessen bar halten. Im Bankensystem kann daraufhin weniger Geld geschöpft werden, sodass das Geldangebot reduziert wird, ohne dass die SNB eingreifen kann. Das zweite Problem der Kontrolle liegt in den Überschussreserven, welche Geschäftsbanken zusätzlich über die geforderten Mindestreserven hinaus bei der SNB halten können. Diese hängen stark vom Verhalten der Einleger und Geschäftsbanken ab und beruhen oft auf Einschätzungen zur ökonomischen Situation. Da die SNB das Verhalten nicht exakt steuern und vorhersagen kann, vermag sie hier das Geldangebot nicht vollständig zu kontrollieren.[56]

[54] Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 68).
[55] Mankiw/Taylor (2008, S. 724).
[56] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Mankiw/Taylor (2008, S. 720 und S. 724-725).

Buchgeld ist unsicheres und instabiles Geld

Wie bereits erwähnt stellt die Mindestreservepolitik der SNB ein geldpolitisches Instrument zur Steuerung der Geldmenge dar. In der Schweiz schreibt das Nationalbankgesetz vor, dass Geschäftsbanken ihre Verbindlichkeiten (unter anderem Sicht-, Termin- und Spargelder) zu einem Mindestsatz von 2.5 Prozent[57] mit Reserven in Form von Giroguthaben bei der SNB hinterlegen müssen. Als Folge können Geschäftsbanken nur einen kleinen Teil des virtuellen Geldes in gesetzliches Zahlungsmittel tauschen, was es zu nicht vollwertigem Geld macht.[58]

Die Geschäftsbanken treffen somit die Entscheidung selbst (unter Berücksichtigung der Mindestreserven), ob sie neues Buchgeld schöpfen wollen oder nicht. Nach Joseph Huber ist eine solche Geldordnung, die auf privaten Entscheidungen beruht und die private Kreditvergabe mit der Geldschöpfung verknüpft, kompliziert und undurchsichtig. Ein solcher Kontrollverlust ist deshalb ein Problem, weil die Schweizerische Nationalbank öffentlichen Interessen verpflichtet ist, während Geschäftsbanken ihre eigenen privatwirtschaftlichen Interessen wie die Gewinnmaximierung verfolgen.[59]

Extragewinne aus der Geldschöpfung für Banken

Extragewinne, welche Geschäftsbanken aus der Geldschöpfung erzielen, werden originäre Seigniorage genannt. Diese Gewinne errechnen sich aus der Differenz zwischen den Produktions- und Bereitstellungskosten der Zahlungsmittel einerseits und der Kaufkraft andererseits. Die Seigniorage aus der Münzprägung gehört vollumfänglich dem Staat, da die schweizerische Münzprägestätte dem Bund gehört. In Bezug auf die Schöpfung von Banknoten fällt die Seigniorage in die Hände der SNB und damit an die privaten und staatlichen Anteilseigner. Dieser Extragewinn ist wesentlich höher als bei der Münzprägung, da die Produktionskosten tiefer und die Nennwerte von Banknoten viel höher sind als bei Münzen. Bei der Buchgeldschöpfung fallen die Extragewinne um ein vielfaches höher aus, wobei dem Staat keine direkten Geldschöpfungsgewinne zufallen, sondern lediglich indirekt mittels Steuern.[60] Die Geschäftsbanken hingegen erwirtschaften bei der Buchgeldschöpfung einen Extragewinn, welcher die Frage nach der ethischen Legitimation aufwirft.[61]

Mit den ansatzweise aufgezeigten Funktionsproblemen ist die Geldschöpfung durch Geschäftsbanken, insbesondere seit Ausbruch der Finanzkrise, heftig in Kritik geraten. Diese Kritik hat in der Schweiz zur Gründung des Vereins MoMo geführt.

---

[57] Verordnung zum Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank (NBV), Art.15, Abs.1.
[58] Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 86).
[59] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2010, S. 73).
[60] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2010, S. 19).

3.3. Der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

Der überparteiliche Verein MoMo wurde im Mai 2011 gegründet. Geistiger Vater der Idee ist der ordoliberale deutsche Ökonomieprofessor Joseph Huber. Dazu kommt ein wissenschaftlicher Beirat, der die Arbeit des Vereins MoMo aus interdisziplinärer Sicht begleitet. Mitglieder des Beirats sind sowohl Vereinsmitglieder, wie auch Aussenstehende. Der Verein bezweckt, die Finanzwirtschaft in den Dienst der Realwirtschaft und das Geldsystem in den Dienst der Menschen zu stellen. Für die Verwirklichung des Zwecks ist der Verein auf folgende Arten in freier Zusammenarbeit mit Menschen und Organisationen im In- und Ausland tätig:[62]

Darstellung 9: Verein MoMo: Aufgaben im Zusammenhang mit der Zweckerfüllung

Aufgaben des Vereins MoMo:

- Zusammentragen von Informationen über das bestehende Geldsystem und Alternativen
- Erarbeiten von Reformvorschlägen und Neukonzeptionen des nationalen Geld- und Finanzsystems
- Informieren von Politik und Öffentlichkeit; Kommunizieren und Propagieren der Vorschläge
- Vorbereitung und Unterstützung von politischen Vorstössen, insbesondere einer Volksinitiative

Quelle: In Anlehnung an den Verein Monetäre Modernisierung (2011).

3.4. Reform der Geldschöpfung als Monetative

Die Initianten des Vereins MoMo wollen die in Kapitel 3.2.3. dargelegten Funktionsprobleme der gegenwärtigen Geldschöpfung von Grund auf angehen und haben deshalb eine Reform der Geldschöpfung lanciert.[63]

Eine entsprechende Volksinitiative ist geplant. Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative wird nach aktuellen Erkenntnissen zwischen Mitte und Ende Mai 2014 starten. Erst mit Erreichen von 100‘000 amtlich bestätigten Unterschriften von Schweizer Stimmbürger/-innen, findet über den Verfassungsvorschlag der Vollgeld Initiative eine Volksabstimmung statt. Für die Sammlung haben die Initianten im Übrigen 18 Monate Zeit, weshalb vermutlich frühestens ab Anfang 2016 mit einer Abstimmung gerechnet werden kann.[64]

[61] Huber (2010, S. 86).
[62] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2011).
[63] Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 11-13).
[64] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Mayer (2014).

3.4.1. Ziele der Vollgeld Initiative

Die Vollgeld Initiative zielt auf eine neue Vollgeldordnung anstelle des heutigen Fiat-Money-Systems ab. Die darin enthaltenen Absichten können in drei wesentlichen Punkten zusammengefasst werden:[65]

1. Ausdehnung des Banknoten- und Münzmonopols der SNB auf das durch Geschäftsbanken geschöpfte Giral- bzw. Buchgeld mittels Schaffung einer neuen vierten staatlichen Gewalt namens Monetative und gesetzlicher Verankerung.

2. Beendigung der bankenseitigen Giralgeldschöpfung durch Ausgliederung von Girokonten aus den Bankbilanzen und Umstellung auf individuelle Vollgeldkonten der Kunden.

3. Geldschöpfungsgewinne (originäre Seigniorage) der Monetative als laufende Ausgaben an das Schweizer Volk weitergeben.

3.4.2. Monetative als neue vierte Staatsgewalt

Eine mögliche Ursache der Finanzkrise, wird wie bereits aufgezeigt, in der multiplen Geldschöpfung durch Geschäftsbanken gesehen. Um 100 Einheiten Giralgeld zu schöpfen, benötigt das Bankensystem als Zahlungsreserve im Schnitt lediglich zwei Einheiten Bargeld und sechs Einheiten unbares Nationalbankengeld.[66] Aus diesem Grund soll das staatliche Geldregal uneingeschränkt wiederhergestellt werden, indem das heutige Banknoten- und Münzmonopol der SNB auf das durch Geschäftsbanken geschöpfte Giralgeld ausgeweitet wird. Die SNB würde damit zur neuen vierten Gewalt im Staat, zur Monetative. Der Ausdruck Monetative wurde in Analogie zu Exekutive, Legislative und Judikative vom emeritierten Professor für Volkswirtschaftslehre Bernd Senf geprägt.[67]

Darstellung 10: Verein MoMo: Logo Vollgeld Initiative

VOLLGELD INITIATIVE

FÜR KRISENSICHERES GELD: **GELDSCHÖPFUNG** ALLEIN DURCH DIE NATIONALBANK!

Quelle: In Anlehnung an den Verein Monetäre Modernisierung (2014).

Die SNB würde mit Schaffung der Monetative zur unabhängig gestellten obersten Geld- und Währungsbehörde, die alleine berechtigt ist, alle gesetzlichen baren und unbaren Zahlungsmittel zu schöpfen und die Menge des umlaufenden Geldes zu kontrollieren. Den

[65] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).
[66] Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 39).
[67] Senf (2004).

Geschäftsbanken hingegen wäre es untersagt, via Kreditgewährung Geld zu schöpfen. Banken würden fortan nur noch wirtschaftliche Aktivitäten (Geldwechsel, Zahlungsverkehr, Kredite, Wertpapierplatzierungen etc.) auf Grundlage zirkulierenden Geldes finanzieren, also das, wovon die breite Bevölkerung heute bereits ausgeht. Weil die Aktien der SNB zu 55 Prozent von Kantonen und Kantonalbanken und zu 45 Prozent von Privatpersonen gehalten werden, müssten die privaten Aktienanteile durch die Verstaatlichung der SNB in vollem Umfang in staatliches Eigentum übergehen. Als einzige Instanz, welche Geld schöpfen darf, würde die SNB nicht mehr nur „Bank der Banken“, sondern auch „Bank des Staates“ sein.[68] Das heisst, sie ist unabhängig sowohl gegenüber anderen staatlichen Organen als auch gegenüber Geschäftsbanken. Entsprechend würde auch die Trennung von Geld- und Fiskalpolitik dazu gehören.[69]

3.4.3. Gesetzliche Verankerung

Eine gesetzliche Verankerung für die Ausweitung des Geldmonopols der SNB auf das Buchgeld setzt Modifikationen in einzelnen Gesetzesparagraphen voraus. Davon betroffen sind Artikel 99 der Bundesverfassung und Artikel 4 des Schweizerischen Nationalbankgesetzes. Der aktuell verfügbare Entwurf des Verfassungstextes vom 8. Januar 2014 ist im Anhang Kapitel 13.3 „Initiativtext Vollgeld Initiative“ aufgeführt. Der definitive Titel samt Verfassungstext zur Vollgeld Initiative wird erst anlässlich der Generalversammlung vom 9. Mai 2014 vorgestellt und kann aufgrund von zeitlichen Überschneidungen nicht mehr in der Arbeit aufgenommen werden.[70]

3.4.4. Giral- bzw. Buchgeld wird zu Vollgeld

Durch die Schaffung der Monetative würde die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken beendet und künftig wäre nur noch sogenanntes Vollgeld, anstelle des heutigen Giralgeldes in Umlauf. Im Unterschied zu Giralgeld, welches lediglich einen Geldanspruch darstellt, ist Vollgeld unmittelbar voll gültiges Geld in eigenem Recht. Somit würde das bestehende Giralgeld im Wert von etwa 300 Milliarden Schweizer Franken[71] in Vollgeld umgewandelt. Es wäre fortan vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel, welches von der unabhängigen Monetative herausgegeben wird und rechtlich den gleichen Status wie Bargeld hätte. Damit wären auch die Guthaben auf den individuellen Geldkonten der Kunden zu 100 Prozent gesichert und jederzeit in Bargeld umwandelbar, was aus Sicht der Bankkunden durchaus wünschenswert sein könnte. Das Vollgeld kann also den Inhaber wechseln, verschwindet jedoch nicht aus einer Bankbilanz und bleibt somit existent.[72]

---

[68] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 102-103).
[69] Huber (2013, S. 145).
[70] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014a).
[71] Die Geldmenge betrug von 2003 - 2012 im Schnitt 340 Milliarden CHF. Die SNB schöpfte davon 40 Milliarden Bargeld und die Banken 300 Milliarden elektronisches Giralgeld gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2013).
[72] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 45).

In Geldaggregaten gesprochen würden die Begriffe Geldmenge M0 und M1 verschwinden und das Vollgeld neu als homogene Geldmenge M bezeichnet. Die Geldaggregate M2 und M3 wären im Vollgeldsystem sogenannte Wertspeicher bzw. Wertaufbewahrung von Vermögenswerten in Form von Sparanlagen, Aktien und anderen Wertpapieren. Für die Geschäftsbanken bedeutet es, dass sie im Vollgeldsystem vollumfänglich auf Einlagen von Kunden oder Kredite der SNB angewiesen sind. Jedoch übernehmen sie weiterhin die Kreditvergabe an Unternehmen und Private. Auch Kontoführung, Zahlungsverkehr, Sparkonten und Vermögensverwaltung blieben Dienstleistungen der Geschäftsbanken.[73]

Nach Joseph Huber kommen verschiedene Wege und Varianten in Frage, wie das Giralgeldregime der Geschäftsbanken aufgehoben und der Übergang zu einer Vollgeldordnung vollzogen werden kann. Variante 1 besteht darin, die Girokonten der Kunden aus den Bankenbilanzen auszugliedern und separat als Vollgeldkonten der Kunden aufzustellen. Die 2. Variante beruht auf der britischen Geldreform Initiative Positive Money und sieht vor, die Girokonten der Kunden ebenfalls wie bei Variante 1 aus den Bankenbilanzen herauszunehmen, jedoch nicht als individuelle Geldkonten, sondern als kollektives Transaktions-Sammelkonto der Kundengelder bei der SNB zu führen. Mit Variante 3 sollen nicht nur individuelle Geldkonten bei der SNB geführt, sondern auch die Abwicklung des Zahlungsverkehrs an die SNB übertragen werden. Der favorisierte Ansatz von Joseph Huber liegt jedoch bei der Variante 1 mit den individuellen Geldkonten der Kunden.[74] Deshalb wurde bisher und nicht nachfolgend von diesem Weg ausgegangen.

3.4.5. Neue Geldschöpfung und originäre Seigniorage

In einem ersten Schritt wird das neue Vollgeld von der SNB als Monetative geschöpft. Dabei obliegt ihr alleine die Entscheidung, wie viel Geld sie zusätzlich in Umlauf bringen oder vorübergehend dem Umlauf entziehen will. Die entsprechenden Geldbeträge bei der Geldschöpfung werden anschliessend auf einem dafür vorgesehenen Regierungskonto zur Erstverwendung für öffentliche Ausgaben als originäre Seigniorage zinsfrei und unbefristet gutgeschrieben.[75] Seigniorage aus Vollgeld stellt den Geldschöpfungsgewinn dar und besteht aus einem neu geschöpften Geldbetrag, der durch realwirtschaftliche Erstverwendung in Umlauf gebracht wird, abzüglich der Kosten für die Bereitstellung des Geldbetrages. Dieser Regelmechanismus der originären Seigniorage soll langfristig in einem Vollgeldsystem den grössten Teil der Ausweitung der Geldmenge ausmachen. Wäre es jedoch aus wichtigen Gründen erforderlich, könnte die SNB ausnahmsweise auch Geld per kurz- und mittelfristigem Kredit an die Geschäftsbanken weitergeben.[76]

---

[73] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 56).
[74] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 106-118).
[75] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 126).
[76] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 49-50).

3.5. Vorteile der Vollgeld Initiative gemäss den Initianten

Eine Vollgeldreform würde nach Aussagen der Initianten unmittelbare Vorzüge für die gesamte Wirtschaft haben. Diese werden nachfolgend kurz zusammengefasst:

Darstellung 11: Vollgeld Initiative: Vorteile auf einen Blick

Sicherstes Geld der Welt

- Weil das Vollgeld ausserhalb der Bankbilanz geführt wird, gehört es bei Insolvenz einer Bank nicht mehr in deren Konkursmasse, sondern ist sicheres Geld des rechtmässigen Besitzers. Somit gerieten auch Regierungen weniger in Zugzwang, Banken zu retten.

Monetäre Souveränität

- In einer Demokratie sind die Bürger/-innen der Souverän. Deshalb gehört das moderne frei schöpfbare Geld in die demokratisch kontrollierte öffentliche Hand. Zu diesem Zweck muss die Monetative gesetzlich verankert sein. Daraus resultiert eine gerechte Machtverteilung.

Finanzblasen werden verhindert

- Eine Über- und Untersteuerung des Geldangebots durch Geschäftsbanken wird von der Monetative verhindert, da sie die alleinige Kontrollbefugnis hat. Auf diese Weise kann sie konjunkturelle Schwankungen glätten. Der Geldfluss verstetigt sich, womit Konjunktur- und Börsenzyklen moderater verlaufen. Stabilere Finanzmärkte und eine stabilere Realwirtschaft werden möglich.

Wachstumsdruck wird reduziert

- Indem die SNB als Monetative die lückenlose Kontrolle über die Zunahme der Geldmenge hat, kann sie sich am Potenzial des realwirtschaftlichen Wachstums orientiert. Somit entfällt der Wachstumszwang aus Geld mehr Geld zu machen.

Geldschöpfungsgewinne fürs Volk

- Die Erhöhung der Geldmenge aus der Geldschöpfung kommt den öffentlichen und privaten Haushalten (z.B. in Form von Steuersenkung) ungeschmälert zugute und wird nicht länger als ungerechtfertigter Extragewinn den privaten Banken überlassen.

Abbau von Staatsschulden

- Das Vollgeldsystem erreicht einen massiven Abbau von privaten als auch öffentlichen Schulden. Einerseits trägt die zinsfreie Geldbasis zusammen mit der kontrollierten Ausgabe von zinsfreiem Neugeld dauernd zur Senkung der Kapitalkosten bei, anderseits bietet die Umstellung auf Vollgeld einen einmaligen Zufluss aus der Übergangs-Seigniorage, welcher die Schulden entscheidend reduzieren kann.

Quelle: In Anlehnung an den Verein Monetäre Modernisierung (2014).

3.6. Ähnliche Reformansätze

Die aktuelle Reformdebatte verweist auf eine Vielzahl von Massnahmen zur Lösung der Banken- und Finanzproblematik. Da sich die anderen Reformen wie die Abzocker-Initiative, die 1:12 Initiative und die Grundeinkommen-Initiative in der Schweiz jedoch stark von der Vollgeld Initiative unterscheiden und unabhängig vom vorliegenden Reformvorhaben sind, werden sie nicht weiter ausgeführt.[77]

Auf internationalen Ebenen werden hingegen ähnliche Vollgeld-Ansätze verfolgt. Auch historische Ansätze finden sich in der aktuellen Vollgeldreform wieder. Denn die bisherige Geldreformbewegung blickt auf eine mehr als hundertjährige Geschichte mit verschiedenen monetären Ansätzen und bekannten Namen wie Silvio Gsell (Urheber der Freigeld-Theorie aus den 1910er-Jahren), C.H. Douglas (Idee des „Social Credit“ und „National Dividend“ aus den 1920er-Jahren) zurück.[78] Nachfolgend soll daher ein kurzer Abriss des geschichtlichen Hintergrunds der Vollgeld Initiative gemacht werden.

3.6.1. „Chicago Plan“ und „100%-Money“

Die Problematik der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken ist nicht neu. Die angestrebte Vollgeldreform des Vereins MoMo beruht teilweise auf einem historischen Vorläufer aus den 1930er-Jahren. Unter dem Eindruck der damaligen Wirtschaftskrise machten sich verschiedene Ökonomen Sorgen um die Stabilität des Finanzsektors. Sie waren überzeugt, dass die Tendenz zu übermässiger Geldschöpfung und monetärer Instabilität auf die private Giralgeldschöpfung zurückzuführen war. Deshalb wollten sie diese Freiheiten der Geschäftsbanken unterbinden, indem die Einlagen der Bankkunden zu 100 Prozent durch Bargeld oder Zentralbankreserven gedeckt werden sollten. Entsprechend der akademischen Herkunft der Ökonomen Henry Simons, Frank Knight und Milton Friedman sprach man damals vom „Chicago-Plan“ und Irving Fisher’s „100%-Money-Konzept“.[79]

Das Interesse an den monetären Reformansätzen ging jedoch in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg stark zurück. Die Sorge um die Stabilität des privaten Finanzsektors wich der Überzeugung, dass Zentralbanken über hinreichende Kontrollinstrumente verfügen, um die private Geldschöpfung durch Geschäftsbanken zu begrenzen.[80] Erst in den 1990er-Jahren hat Joseph Huber mit der Entwicklung eines neuartigen Ansatzes zur Überwindung des aktuellen Geldsystems unter dem Namen Vollgeld begonnen.

---

[77] Die ausgegrenzten Reformansätze können bei Bedarf in der Literatur Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 34-39) nachgelesen werden.

[78] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 46).

[79] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 47).

[80] Neue Zürcher Zeitung (2014c).

Der Chicago-Plan wie auch die Vollgeldidee von Joseph Huber wollen der Zentralbank die volle Kontrolle über die Geldschöpfung gewähren. Im Unterschied zum 100%-Money-Ansatz benötigt Vollgeld keine Reserve, da es Zentralbankgeld darstellt und damit die Reserve selbst ist.[81] Nachfolgend weitere Gemeinsamkeiten und Unterscheidungen:

Darstellung 12: Vollgeld und 100%-Money: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Vollgeld	100%-Money
Gemeinsamkeiten: Kritik am fraktionalen Reservesystem Kritik am Geldschöpfungsmultiplikator Trennung zwischen Geldschöpfung und der Kreditvergabe Öffentliche Geldschöpfung statt Geldschöpfung durch Geschäftsbanken	
Unterschiede: ▪ Vollgeld ist gleich Reserve ▪ 1 Geldkreislauf mit einem gesetzlichen Zahlungsmittel ▪ 1 Geldmenge M (ehemals M0 + M1) ▪ Organisation: Etablierung einer Monetative ▪ Einmalige Extra-Übergangs-Seigniorage ▪ Geldumlauf: Schuld- und zinsfreie Geldschöpfung in Form von öffentlichen Ausgaben und/oder als Bürgerdividende	**Unterschiede:** ▪ 100%-Money braucht Reserven ▪ 2 Geldkreisläufe mit gesetzlichem Zahlungsmittel und nicht gesetzlichem Bankengeld ▪ 3 Geldmengen (M1, M2, M3) ▪ Organisation: Unveränderte Nationalbank ▪ Übergangsprobleme ungeklärt ▪ Geldumlauf: über Banken mittels Kredit und gegen Zins

Quelle: In Anlehnung an den Verein Monetäre Modernisierung (2012a).

Joseph Huber kritisiert am 100%-Money-Ansatz vor allem die Identität des Geldes, welche nach ihm nicht genau definiert ist und gedanklich immer noch in einem Reservesystem, in welchem Geld durch Geld gedeckt ist, haften bleibt. Es sei sinnlos, ein aus dem Nichts geschöpftes Buchgeld durch ein aus dem Nichts geschöpftes Papier- und Münzgeld decken zu wollen. Ausserdem bestehe gerade der Fortschritt des Fiat-Money-Systems darin, dass für die Geldschöpfung keine Reserven mehr benötigt werden.[82] Nach Huber handelt es sich bei dem 100%-Money-Ansatz im Vergleich zum Vollgeldsystem somit lediglich um eine zweitbeste Lösung.[83]

Dennoch enthält die Vollgeldreform zentrale Elemente des 100%-Money-Ansatzes. Dies bestätigte auch das im 2012 publizierte Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds (IWF). Ausgangspunkt der IWF-Ökonomen stellte der Chicago-Plan aus den 1930er Jahren dar. In der Studie wurden nämlich die Vorteile einer der Vollgeldreform sehr ähnlichen monetären Reform geliefert und die damit verbundenen positiven Folgen bestätigt.[84] Deshalb kann Vollgeld als moderne Variante des 100%-Money-Ansatzes betrachtet werden.

[81] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 47).
[82] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (1998, S. 274).
[83] Huber (2013, S. 13).
[84] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss International Monetary Fund (2012).

3.6.2. Internationale Vernetzung

Bestrebungen für die moderne Vollgeldvariante gibt es wie bereits erwähnt auch in anderen Ländern. In Deutschland beispielsweise engagiert sich die Organisation „Monetative.de“ und „Occupy Money“ für ein Vollgeld-Konzept. Im angelsächsischen Raum setzt sich das American Monetary Institute unter dem Reformnamen „US-money“ für ein neues Geldsystem ein und in Grossbritannien wird die Reform „Positive Money“ verfolgt. Weitere Initianten kommen aus Italien, Island, Belgien, Spanien, wobei die Aufzählung nicht abschliessend ist.[85] Wie realistisch eine Umsetzung in anderen Ländern ist, kann derzeit nicht beurteilt werden.

3.7. Bezug zur ökonomischen Lehre

Mit den wirtschaftlichen Krisenzuständen, die sich seit 2007 verschiedentlich ausgeprägt haben, standen auch zunehmend Wirtschaftswissenschaften in Kritik. Dabei wurden nicht nur konkrete Theorien und Methoden hinterfragt, sondern auch soziologische, wissenschaftspolitische und wissenschaftsphilosophische Fragen behandelt. Mit der Vollgeldreform wird eine Geldordnung und Geldpolitik im Sinne der Tradition der Currency Lehre neu implementiert.[86]

Ausserdem lässt sich Vollgeld als monetäre Grundlage der Finanzwirtschaft am ehesten der ökonomischen Lehre des Ordoliberalismus zuordnen.[87] Ausgangspunkt des ordoliberalistischen Ansatzes waren die Lehren von Adam Smith und anderen Vertretern der klassischen Ökonomie. Der ordoliberalistische Ansatz wurde schliesslich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Alternative zum Neoliberalismus durch den deutschen Ökonomen Walter Eucken (1891-1950) konzipiert.[88]

Ordoliberalismus steht für einen starken und unabhängigen Staat, der im Grundsatz der Wettbewerbsordnung nicht nur für die Herstellung einer funktionsfähigen, sondern auch sozialen gerechten Ordnung zuständig ist. Ausserdem soll der Staat Privateigentum, Vertragsfreiheit sowie Konjunktur- und Geldwertstabilität gewährleisten.[89]

In der Schweiz beruhen nicht nur die Vollgeldidee, sondern auch andere Initiativen wie die Abzocker-Initiative, 1:12 Initiative, Grundeinkommen-Initiative und weitere auf der Theorie des Ordoliberalismus.[90]

---

[85] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung Hrsg. (2013, S. 48).
[86] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 103).
[87] Cashkurs.com (2012).
[88] Söllner (2012, S. 238).
[89] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Naef (2014, S. 44).
[90] Naef (2014b).

4. Kritik und Gegenargumente Vollgeld und Monetative

Im folgenden Kapitel wird aufgezeigt, welche negativen Aspekte der Vollgeldreform aus heutiger Sicht durch Kritiker hervorgebracht werden und somit eine ablehnende Haltung hervorrufen. Anschliessende Stellungnahmen von Befürwortern sollen darlegen, wie die Kritik zum heutigen Zeitpunkt mit Gegenargumenten entkräftet wird. Die Ausführungen basieren einerseits auf literarischen Quellen und Beiträgen aus der Tagespresse, andererseits auf qualitativen Experteninterviews. Die Interviewpartner wurden durch die Autorin frei ausgewählt und persönlich zur Thematik befragt.[91] Die Interviews umfassen drei Expertenmeinungen der Kritiker-Seite sowie zwei Expertenmeinungen der Befürworter-Seite.

4.1. Gegner und Befürworter der Vollgeld Initiative

Ob durch das Sammeln von 100‘000 Unterschriften eine Volksinitiative und somit eine Abstimmung durch das Schweizer Stimmvolk erreicht wird, ist zum heutigen Zeitpunkt unbekannt. Diese Umstände stellen jedoch für die vorliegende Arbeit eine sekundäre Wichtigkeit dar. Klar ist hingegen, dass wenn es zu einem Abstimmungskampf kommt, verschiedenen Akteure sich an einer öffentlichen Debatte beteiligen werden. Folglich sollen zunächst die mutmasslich wichtigsten Befürworter und Kritiker der Vollgeldidee aufgezeigt werden, die bei solchen wirtschaftspolitischen Themen einen entsprechenden Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausüben können. Anzumerken ist hierbei, dass wirtschaftspolitische Themen wie die Vollgeld Initiative sehr komplex sind und deshalb häufig auf Desinteresse stossen oder von der Bevölkerung nicht richtig verstanden werden.

4.1.1. Politische Parteien

Bei Zustandekommen einer Volksinitiative leisten besonders politische Kräfte durch öffentliche Parolen einen wichtigen Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung der einzelnen Schweizer Stimmbürger. Dazu gehören insbesondere die fünf dominierenden Bundesparteien Freisinnig-demokratische Partei (FDP), Schweizerische Volkspartei (SVP), Sozialdemokratische Partei (SP), Christlichdemokratische Partei (CVP) und Grüne Partei der Schweiz (GPS).[92] Tendenzen zu wirtschaftspolitischen Positionen lassen sich auf der linksorientierten Seite (SP und GPS) wie auch auf der rechtsorientierten Seite (SVP) erkennen. Dennoch gibt es innerhalb der Parteien unterschiedliche Haltungen zu spezifische Belangen. Dasselbe gilt für die politische Mitte (FDP und CVP). Deshalb können auf politischer Ebene keine eindeutigen Zuordnungen, sondern lediglich Mutmassungen zur Positionierung der politischen Parteien gemacht werden.

---

[91] Vgl. Kapitel 13.4. „Interviewleitfaden Kritiker“ und Kapitel 13.5. „Interviewleitfaden Befürworter“.
[92] Swissinfo.ch (2014).

In einer Stellungnahme vom September 2013 verweist die GPS auf einen dringend nötigen Beitrag zu mehr sozialer, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit. Dabei betont sie, dass die Vollgeldreform als Lösung auf die Krisenbekämpfung bereits mehrmals von den Grünen aufgegriffen wurde.[93] Auch die SP hat sich mit der Problematik im Zusammenhang mit der Finanzkrise auseinandergesetzt. In der Bankensicherheitsmotion vom 19. September 2013 hat sie beispielsweise ein Trennbankensystem gefordert.[94] Daraus folgt, dass sich sowohl bei der GPS wie auch der SP keine elementaren Widersprüche in ihren Positionen mit den Forderungen der Vollgeldreform ausfindig machen lassen. Nichtsdestotrotz, ist mit kritischen Gegenstimmen innerhalb der Parteien zu rechnen.

Die mit 26.6 Prozent[95] wählerstärkste Partei SVP ist für wirksame Abstimmungskampagnen bekannt. Vertreter der SVP, die als Kritiker der Papiergeldwährungen gelten, sind überzeugt, dass eine Finanzkrise unter dem Goldstandard nicht möglich gewesen wäre. Deshalb lancierte die SVP die Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold“. Die Volksinitiative fordert, dass die SNB mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss. Zudem soll dieses in der Schweiz gelagert werden und unverkäuflich sein.[96]

Durch diese Kombination der starren Prozentregel sowie dem absoluten Verkaufsverbot von Gold, würde die SNB in der Bandbreite der geldpolitisch verfügbaren Instrumente eingeschränkt, was den geldpolitischen Spielraum massiv eingrenzen würde.[97] Somit lässt sich hinsichtlich der Vollgeldidee ein ablehnender Gedanke erkennen. Die SVP kritisiert nämlich regelmässig die steigende Staatsquote und fordert mehr Liberalisierungsmassnahmen und Privatisierungen.[98] Dies kann als Gegenteil zu dem gewertet werden, was die Vollgeld Initiative bezüglich der SNB fordert und anstrebt. Dennoch könnten bei genauer Betrachtung gewisse Parallelen zwischen den beiden Initiativen gefunden werden.

Die politische Mitte mit der FDP und CVP kann nicht zugeordnet werden, da sich die Exponenten teilweise rechts- und teilweise linksorientiert äussern. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass beide Parteien ein Interesse an einer stabilen Wirtschaft haben, da besonders die Wichtigkeit von Arbeitsplätzen in politischen Diskussionen häufig betont wird. Fachkundige Stellungnahmen dürfen somit von beiden Seiten erwartet werden, zumal bankenspezifische Themen bereits mehrmals öffentlich diskutiert wurden.

---

[93] Grüne Partei der Schweiz (2013).
[94] Schweizer Parlament (2013).
[95] Bundesamt für Statistik (2011).
[96] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Goldinitative.ch (2014).
[97] Economiesuisse (2014).
[98] Schweizerische Volkspartei (2011).

4.1.2. Ökonomie als Wissenschaft

Die Wissenschaft spaltete sich bereits früher wie auch heute noch bezüglich monetärer Grundlagen.[99] Somit dürften aus wissenschaftlicher Sicht viele positiv- und negativgesinnte Beiträge zu erwarten sein. Zusätzlich ist anzunehmen, dass die ökonomische Wissenschaft über Medienkanäle versuchen wird, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Aktivistenseite der Wissenschaft zeigt bereits jetzt hohe mediale Präsenz. Befürwortende Vertreter aus der Wissenschaft finden sich vorwiegend im Beirat des Vereins MoMo. Sie gelten als klare Befürworter der Vollgeld Initiative und setzen sich bereits jetzt mit hohem Engagement für den Erfolg der Vollgeldidee ein. Ausführungen dazu in Kapitel 3.3. „Der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)“. Welche wissenschaftlichen Vertreter der Gegnerseite sich für die Ablehnung einer Vollgeld Initiative besonders stark engagieren werden, ist momentan nicht beurteilbar. Allerdings wurden im Rahmen der vorliegenden Arbeit Abklärungen getroffen, welche Aufschluss über mögliche Gegner aus der Wissenschaft gaben. Dabei wurde ein spezifischer Vertreter der Wissenschaft gefunden, welcher im Rahmen eines Experteninterviews aus kritischer Sicht Stellung zur Vollgeldthematik nahm:

Interview 1

Experte:	Prof. em. Dr. Ernst Baltensperger
Firma:	ehem. Universität Bern
Funktion/Tätigkeit:	Wirtschaftswissenschaftler
Position:	Gegner der Vollgeld Initiative

4.1.3. Schweizer Geschäftsbanken

Aufgrund der persönlichen Betroffenheit bei einer Umsetzung der Vollgeldreform stellen auch Schweizer Geschäftsbanken entscheidende Akteure im Reformvorhaben dar. Eine Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeiten, insbesondere die Geldschöpfung, würde den Geschäftsbanken gewisse Freiheiten nehmen. Deshalb ist stark davon auszugehen, dass sie sich gegen eine Vollgeld Initiative stellen würden. Bestätigt wurde diese Annahme in einem Experteninterview mit einem Bankenvertreter:

Interview 2

Experte:	Dr. Martin K. Hess
Firma:	Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg)
Funktion/Tätigkeit:	Leiter Wirtschaftspolitik und Mitglied der Direktion
Position:	Gegner der Vollgeld Initiative

[99] Vgl. Kapitel 3.7. „Bezug zur ökonomischen Lehre“.

4.1.4. Wirtschaftsverbände

Auch wirtschaftspolitische Verbände verkörpern durch ihre Standpunkte wichtige Informationsträger. Für die wissenschaftlichen Untersuchungen der Arbeit wurden zwei Verbände genauer analysiert. Avenir Suisse beispielsweise, vertritt eine marktwirtschaftliche Sichtweise und orientiert sich an einem klassischen liberalen Welt- und Gesellschaftsbild. Nach ihrer Auffassung hat das gegenwärtige Finanzsystem durchaus Schwächen. Eine Analyse führt jedoch zum Schluss, dass die Einführung einer Vollgeldstruktur ein höchst komplexer, aufwändiger und risikoreicher Umbau des Finanzsystems ist mit völlig ungewissem Ausgang. Avenir Suisse bevorzugt stattdessen steuerbare und schrittweise Reformen.[100]

Auch economiesuisse gilt als weiteres Beispiel eines Vertreters mit kritischer Haltung gegenüber der Vollgeldidee. Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft vertritt die Interessen von Unternehmen im politischen Prozess. Die Ergebnisse aus einem Experteninterview haben die Positionierung der economiesuisse auf der Gegnerseite bestätigt:

Interview 3

Experte:	Fabian Schnell
Firma:	economiesuisse – Verband der Schweizer Unternehmen
Funktion/Tätigkeit:	Wissensch. Mitarbeiter allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung
Position:	Gegner der Vollgeld Initiative

4.1.5. Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

Zu den wichtigsten Befürwortern der Vollgeld Initiative gehört in erster Linie der Verein MoMo, welcher als Initiant der Initiative in der Schweiz gilt.[101] Auf dem politischen Parkett gehen die Meinungen, wie bereits erwähnt, sogar innerhalb der Parteien stark auseinander. Deshalb wird im Zusammenhang mit dem Verein MoMo nicht weiter auf die parteipolitische Zugehörigkeit der Vereinsmitglieder eingegangen. Für die Experteninterviews auf der befürwortenden Seite der Vollgeld Initiative wurde sowohl ein Mitglied wie auch ein Vorstandsmitglied des Vereins MoMo ausgewählt. Nachstehend werden die beiden Interviewpartner, welche Stellung zu den kritischen Äusserungen der Gegner nahmen, kurz vorgestellt:

[100] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Avenir Suisse (2014).
[101] Vgl. Kapitel 3.3. „Der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)“.

Interview 4	
Experte:	Ivo Muri
Firma:	Zeit AG
Funktion/Tätigkeit:	Zeitforscher, Geschäftsführer Zeit AG und Mitglied im Verein MoMo
Position:	Befürworter der Vollgeld Initiative

Interview 5	
Experte:	Thomas Brändle
Funktion/Tätigkeit:	Freischaffender Schriftsteller, Ex-Kantonsrat FDP und Vorstandsmitglied im Verein MoMo
Position:	Befürworter der Vollgeld Initiative

4.2. Kritik der Gegner und Gegenargumente der Befürworter

Die nachfolgend aufgeführten Kritiken und Gegenargumente stellen keine abschliessende Aufzählung dar und machen grundsätzlich nur einen Teil der vertretenen Standpunkte bei einer mutmasslich bevorstehenden politischen Debatte aus.

4.2.1. Zusammenhang zur Finanzkrise

Einen direkten Zusammenhang zwischen der jüngsten Finanzkrise und der Vollgeld Initiative sieht Fabian Schnell grundsätzlich nicht. Er stimmt zu, dass frühere Krisen aufgrund der „Bank run“-Problematik durchaus in der Vollgeldreform eine passende Lösung gefunden hätten. Bezüglich der aktuellsten Finanzkrise konnte Fabian Schnell lediglich Tendenzen zur Geldumverteilung durch die Bankkunden beobachten. Er ist aber der Ansicht, dass diese nie zu einem übermässigen Ansturm auf die Geschäftsbanken führten. Die Quelle der Instabilität liegt aus seiner Sicht im Vertrauen zwischen den Geschäftsbanken wie es in Kapitel 2.2.4. dargelegt wurde.[102]

Auch Ernst Baltensberger deutet darauf hin, dass die jüngste Finanzkrise vor allem auf Solvenzprobleme der Geschäftsbanken zurückzuführen ist und nicht auf die Problematik von Liquiditätsengpässen, welche im Zusammenhang mit „Bank runs“ entstehen können. Er ist sogar der Ansicht, dass Vertreter der Vollgeld Initiative ein Scheinproblem lösen wollen.[103]

[102] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Schnell (2014).
[103] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Baltensberger (2014).

Für Thomas Brändle hingegen ist der Zusammenhang zur Finanzkrise klar. Bis zur Finanzkrise hielten die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse beinahe 90 Prozent der Bilanzsummen aller Banken der Schweiz, was dem achtfachen Betrag des Bruttoinlandprodukts (BIP) entsprach. Diese Unverhältnismässigkeit stellte während der Finanzkrise ein grosses Klumpenrisiko dar. Dennoch konnten sich die Grossbanken mit risikoreichen Geschäften auf dem amerikanischen Immobilienmarkt noch stärker verschulden. Die anschliessenden Milliardenverluste auf dem Schweizer Finanzplatz haben zu einer Geiselnahme der Volkswirtschaft geführt, indem Banken gerettet werden mussten. Mit dem Vollgeldsystem würde nach Brändle eine vernünftige Alternative zum heutigen Geld- und Bankensystem geschaffen, um solche Probleme künftig zu vermeiden.[104]

4.2.2. Geldschöpfung der Geschäftsbanken und die heutige Rolle der SNB

Es herrscht eine allgemeine Zustimmung, dass die SNB nicht die volle Kontrolle über die gesamte Geldmenge hat. Allerdings stufen weder Ernst Baltensperger noch Martin Hess oder Fabian Schnell die heutige Geldschöpfung durch Schweizer Geschäftsbanken als problematisch ein und sind der Überzeugung, dass die SNB über hinreichende geldpolitische Mittel zur Steuerung der Geldmenge verfügt.[105] Ernst Baltensperger sieht die Geldschöpfung der Geschäftsbanken sogar als eine wertvolle Errungenschaft, die im Laufe der Zeit geschaffen werden konnte.[106]

Thomas Moser, stellvertretendes Direktionsmitglied der SNB, bestätigt ebenfalls, dass die SNB im bestehenden System nur einen Teil der Geldschöpfung direkt steuert. Eine Obergrenze der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken ist jedoch durch die Mindestreservevorschriften gegeben und wird durch das von der SNB gesteuerte Zinsniveau beeinflusst. Insofern ist Thomas Moser überzeugt, dass die SNB mit ihren zur Verfügung stehenden geldpolitischen Instrumenten die gesamte Geldmenge auf indirekte Weise präzise genug steuern kann.[107]

Nach der Auffassung von Ivo Muri ist Geld das wichtigste Machtmittel zur Steuerung des sozialen Zusammenhaltes. In einer Demokratie darf das Geldsystem folglich niemals nur von Privaten kontrolliert werden, weil es naiv ist anzunehmen, dass private Institutionen die Macht nicht zu eigenen Zwecken missbrauchen würden. Nachhaltig gesundes Geld kann nur durch demokratisch legitimierte Institutionen ausgegeben werden. Er bezeichnet die Geldschöpfungsproblematik nicht als neuzeitliches Phänomen. Sie war bereits vor 150 Jahren ein Problem, als Gottfried Keller in Zürich die Gründung einer Staatsbank (damals

---

[104] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).
[105] Interview Baltensperger (2014), Interview Hess (2014), Interview Schnell (2014).
[106] Interview Baltensperger (2014).
[107] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Hess (2014), Zürcher Hochschule (2013).

Zürcher Kantonalbank) verlangte. Keller verkündete öffentlich: „Wir brauchen diese Staatsbank, um den Wucher zu bekämpfen, den Privatbanken heilsame Konkurrenz entgegenzustellen und den mittleren und kleineren Gewerbestand vor der Ausbeutung durch die in erster Linie auf eigenen Nutzen bedachten Privatbanken zu schützen.“[108] Ivo Muri ist überzeugt, dass es den Kantonalbanken zu verdanken ist, dass eine einzigartige und über Generationen gerechte Verteilung der Einkommen in der Schweiz möglich war.[109] Seinem Kommentar ist anzufügen, dass von heute 24 Schweizer Kantonalbanken, 21 Institute über unbeschränkte Staatsgarantie verfügen.[110] Eine Staatsgarantie wird insbesondere in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten von Bankkunden geschätzt, weshalb das Geschäftsmodell der Kantonalbanken einen wesentlichen Beitrag zur Funktionsfähigkeit und Stabilität des Finanzplatzes Schweiz beitragen kann. Somit scheint auch die Forderung von Ivo Muri klar, dass die Kontrolle der Geldmenge komplett in staatliche Händen gehört.

Thomas Brändle stuft die heutige Geldschöpfung durch Geschäftsbanken als höchst gefährlich ein. Aufgrund der monetären Inflation werden Menschen um ihr Eigentum gebracht. Er verweist hierbei auf Ausführungen von Michael Köhler, einem emeritierten deutschen Professor für Strafrecht, der die Geldschöpfung aus juristischer Sicht diskutiert.[111] Gemäss Köhler hat das Geldschöpfungs-Privileg der Geschäftsbanken keine Grundlage im geltenden Recht und ist deshalb ein Vermögensverschiebungsdelikt, also eine Art Betrug am Bürger. Im Weiteren kritisiert er die inflationäre Tendenz der privaten Geldschöpfung und spricht von einem klaren Zusammenhang zwischen Eigentumsschutz und Geldwertstabilität. Nach ihm muss die Geldschöpfung den Geschäftsbanken entzogen werden, wenn eine demokratisch orientierte Gesellschaft fortbestehen will.[112]

Dass geldpolitische Mittel zur Steuerung der Geldmenge durch die SNB gemäss den Kritikern in ausreichendem Umfang vorhanden sind, stimmt nach Auffassung von Thomas Brändle nicht. Der Finanzsektor hat sich immer stärker spezialisiert und von der Realwirtschaft abgekoppelt. Somit stimmt auch das Verhältnis der realwirtschaftlichen Leistung zur Ausweitung der Geldmenge nicht mehr. Heute zirkuliert 98 Prozent der Geldmenge im Finanzkreislauf, hingegen würde lediglich 2 Prozent der Geldmenge realwirtschaftlich benötigt. Er ist überzeugt, wenn nun alle Zentralbanken in der Lage gewesen wären, die Kaufkraftstabilität zu erhalten und die Geldmenge zu kontrollieren, hätte es nicht zu einer solch starken Ausweitung der Geldmenge geführt.[113]

---

[108] Keller (um 1850, zit. n. Muri 2006).
[109] Interview Muri (2014).
[110] Verband Schweizerischer Kantonalbanken (2012, S. 7).
[111] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).
[112] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Köhler (2013).
[113] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).

4.2.3. Die Rolle der SNB als Monetative

Als vorrangiges Ziel muss die SNB die Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Aufgaben, welche ihr mit der Monetative zusätzlich übertragen würden, könnten gemäss Martin Hess einen Zielkonflikt herbeiführen. Nicht zuletzt, weil andere Ziele der SNB dabei vernachlässigt werden könnten. Ausserdem bezweifelt er, dass die SNB die Aufgaben überhaupt übernehmen möchte, welche ihr durch die Rolle als Monetative übertragen würden.[114] Der Zweifel ist durchaus berechtigt, denn nach Aussage von Thomas Moser, stellvertretendes Direktionsmitglied der SNB, strebt die SNB keine derartige Macht an, welche die Initianten der Vollgeld Initiative ihr übertragen wollen.[115]

Durch ausbleibende Aufklärungsarbeit und Unwissenheit in weiten Teilen der Bevölkerung wird heute bereits davon ausgegangen, dass die SNB das Monopol an der Geldschöpfung trägt. Nach Interpretation von Thomas Brändle würde somit jeder auf der Strasse ohne zu zögern sagen, dass es alleine die Aufgabe der SNB ist, die Geldschöpfung zu betreiben. Zudem ist Brändle überzeugt, dass Geschäftsbanken die Aufgabe der Geldschöpfung nicht besser erfüllen als die SNB und für ihn ist auch klar, dass die SNB in der Rolle als Monetative mehr Verantwortung übernehmen müsste. Dass kritische Stimmen der Meinung sind, die SNB wolle eine solche Machtrolle nicht annehmen, führt Brändle auf das Problem zurück, dass in den Köpfen der Menschen eine gewisse Angst vor Veränderungen vorherrscht. Für ihn steht jedoch ausser Diskussion, dass eine andere institutionelle Organisation für die Monetative nominiert werden sollte.[116]

Ivo Muri fügt an, dass auf Grundlage eines Vollgeldsystems die anderen Ziele der SNB noch besser angegangen werden könnten. Auch er ist der Meinung, dass die SNB als Monetative eine geeignete Institution wäre, jedoch könnte er sich durchaus auch eine andere demokratisch legitimierte Institution als Monetative vorstellen. Eine klare Voraussetzung wäre für ihn, dass das Volk die Vertreter der Institution wählen müsste.[117]

Etwas relativierend scheinen die Ausführungen von Joseph Huber hinsichtlich der Rolle der SNB. Nach ihm würde die SNB durch ihre neue Rolle als Monetative grundsätzlich eine monetäre Gewährleistungsfunktion ausüben. Die bisherigen Aufsichtsfunktionen würden somit weiterhin der Banken- und Finanzmarktaufsicht obliegen.[118]

---

[114] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Hess (2014).
[115] Interview Hess (2014), Zürcher Hochschule (2013).
[116] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).
[117] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Muri (2014).
[118] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 145).

4.2.4. Die Unabhängigkeit der SNB als Monetative

Durch die Monetative wird eine neue vierte Staatsgewalt geschaffen. Ernst Baltensperger und Fabian Schnell bezweifeln, dass die Unabhängigkeit der SNB dadurch langfristig bewahrt werden kann, weil der Druck seitens Politik und Öffentlichkeit stark ansteigen würde.[119] Auch Avenir Suisse nimmt Stellung zur Unabhängigkeit und befürchtet, dass die Schaffung einer unabhängigen, am Gemeinwohl orientierten Geldpolitik durch die Monetative, erhebliche Mühe bereiten dürfte.[120]

Beeinflussbarkeit ist aus Sicht von Ivo Muri sowohl bei privaten als auch bei staatlichen Institutionen immer gegeben. Obwohl er davon ausgeht, dass es von verschiedenen unbefugten Seiten Versuche geben wird die Monetative zu steuern, ist er überzeugt, dass eine öffentlich-rechtliche Anstalt für die Befriedigung ihrer effektiven Interessengruppen bemüht sein wird.[121]

Mark Joób, Forscher am Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen, befürwortet gleichfalls eine Monetative, die der demokratischen Aufsicht unterstellt ist und genau so transparent handeln muss wie andere Staatsorgane. Um allfällige parteipolitische Einflussnahme zu verhindern, müsste gemäss Joób die Monetative gesetzlich verpflichtet werden, die Geldmenge nach dem Wirtschaftswachstum auszurichten, um sowohl eine Inflation wie auch eine Deflation der Konsumgüter- und Vermögenspreise zu vermeiden.[122]

Auch in öffentlichen Stellungnahmen des Vereins MoMo wird es als ausgeschlossen betrachtet, dass die Monetative zu einer Selbstbedienung der Regierung führt. Die SNB lege bereits heute die Geldmenge aus geldpolitischen Überlegungen fest und nicht aufgrund der Bedürfnisse der Regierung. Weil die Arbeit der SNB als seriös und zuverlässig beurteilt wird, kann auch davon ausgegangen werden, dass die SNB nicht plötzlich damit beginnen würde, systematisch die Gesetze zu brechen.[123]

4.2.5. Sicherheit des Geldes

Ein Hauptvorteil des Vollgelds ist es nach Ansicht von Ernst Baltensberger, dass die Einlagen der Kunden zu 100 Prozent sicher sind. Er ist jedoch überzeugt, dass Kunden für eine bessere Dienstleistung und einen tieferen Preis gewisse Unsicherheiten in Kauf nehmen. Als Erklärung stellt er einen Vergleich zum Strassenverkehr an, wo mit ausge-

---

[119] Interview Baltensperger (2014), Interview Hess (2014).
[120] Avenir Suisse (2014).
[121] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Muri (2014).
[122] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Joób (2012).
[123] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).

dehnten Fahrverboten und extremen Tempobeschränkungen ebenfalls eine absolute Sicherheit hergestellt werden könnte, diese jedoch gar niemand wolle.[124]

Die Forderung nach Reformen seit Ausbruch der jüngsten Finanzkrise, verdeutlicht nach Ansicht der Autorin, dass die Bevölkerung durchaus gewillt ist, Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzplatzes Schweiz durchzusetzen. Da Menschen jedoch grundsätzlich zu verschiedenen Risikoneigungen tendieren, kann aus heutiger Sicht keine abschliessende Beurteilung über den Willen der Bevölkerung gemacht werden. Aus wissenschaftlicher Sicht müsste eine qualitative Umfrage durchgeführt werden, welche nicht im Umfang der vorliegenden Arbeit enthalten ist. Auf Gegenargumente wird aus diesen Gründen verzichtet.

4.2.6. Wert des Geldes und Festlegung der Geldmenge

Martin Hess sprach im Interview die Theorie der freien Marktwirtschaft an und hob dabei hervor, dass sich in einer freien Marktwirtschaft der Preis des Geldes frei nach Angebot und Nachfrage entwickeln soll und nicht durch Festlegungen der SNB. Dem fügte er hinzu, dass die SNB den tatsächlichen Kredit- und Geldbedarf in einer Volkswirtschaft nicht genau ermitteln oder bestimmen könne.[125]

Auch die Alternative Bank Schweiz stellt sich unabhängig von ihren politischen Stellungnahmen die technische Frage, ob eine Monetative ihre Kernaufgaben besser erfüllen könnte, als das die heutigen Geschäftsbanken bereits tun. Die Monetative müsste an alle nötigen Informationen gelangen, um die benötigte Geldmenge genau berechnen zu können und entsprechend viel Geld in Umlauf zu halten bzw. zu bringen.[126]

Der Verein MoMo ist der Ansicht, dass der gern zitierte freie Markt der Willkür der Banken unterliegt, die frei nach ihrem Willen Geld schöpfen können. Dieses Machtmonopol müsste bei jedem liberal denkenden Menschen für Empörung sorgen. Denn ohne die Trennung von Geldherstellung und Geldverwendung, also ein Vollgeldsystem, wird echte Demokratie und Wirtschaftsfreiheit nicht ermöglicht.[127]

Diese Auffassung vertreten auch die beiden Interviewpartner Ivo Muri und Thomas Brändle. Sie befürworten eine Marktwirtschaft, die den Wert des Geldes über Angebot und Nachfrage definiert. Jedoch müsste gemäss ihren Kriterien einer freien Marktwirtschaft der Marktplatz frei sein und der Allgemeinheit dienen, was heute nicht den Tatsachen

---

[124] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Baltensperger (2014), Handelszeitung (2014).
[125] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Hess (2014).
[126] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Alternative Bank Schweiz (2013).
[127] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).

entspricht. Es müsste somit eine Wirtschaft geschaffen werden, in der Geld gezwungen wird, über den realen Wirtschaftskreislauf zu zirkulieren, damit Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Die Informationsbeschaffung der Monetative zur korrekten Steuerung der Geldmenge schätzen beide als unproblematisch ein. Sie sind überzeugt, dass diese über alle nötigen Informationen zum gegebenen Zeitpunkt verfügen würde.[128]

4.2.7. Umgehungsmöglichkeiten der neuen gesetzlichen Vorgaben

Fabian Schnell vermutet, dass die Gefahr der Abwanderung in den Schattenbankensektor durch die Umsetzung einer Monetative zunehmen würde. Schattenbanken sind bankenähnliche Gebilde, welche nicht oder kaum reguliert werden. Beispiele sind Hedge-Fonds und Zweckgesellschaften, welche sogenanntes „shadow-banking“ betreiben.[129]

Die Alternative Bank Schweiz hat bezüglich „shadow-banking“ im 2013 einen Bericht veröffentlicht, wonach seit der Finanzkrise immer mehr stärker regulierte Banken gewisse Geschäfte in Schattenbanken auslagern, wo sie weniger regulatorischen Vorschriften unterlegen sind. Trotz Bestrebungen, Schattenbanken angemessen zu überwachen und zu regulieren, ist es schwierig, Risiken zu begrenzen, die ausserhalb des regulierten Bankensystems entstehen. Grund ist vor allem die Ungewissheit, was sich alles in den Grauzonen der globalen Finanzwirtschaft befindet.[130]

Befürchtungen, dass bei der Umsetzung des Vollgeldsystems die Geschäftsbanken das Verbot der privaten Geldemission mit der Kreation neuer Finanzprodukte umgehen und somit Schattenbankengeschäfte zunehmen, haben nicht nur Kritiker sondern auch ein Grossteil der Befürworter. Für Thomas Brändle relativiert sich die Problematik, weil Schattenbankengeschäfte in einem Vollgeldsystem fortan nicht mehr in Schweizer Franken erfolgen könnten und somit nicht mehr Problem der Schweiz wären.[131]

Auch Joseph Huber vermutet eine Umgehung der Geschäftsbanken, indem sie von ihren Kunden sehr kurzfristige und niedrig verzinste Kredite aufnehmen, um die Kundengelder jederzeit ausleihen zu können, wenn auf dem Geldkonto Guthaben ist. Solche Umgehungsversuche würden nach Huber zwar nicht zu zusätzlichem Geld durch Schöpfung der Geschäftsbanken führen, könnte jedoch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wesentlich erhöhen, was wiederum die Aufgabe zur Gewährleistung der Preisstabilität durch die Monetative erschweren würde.[132]

---

[128] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Muri (2014), Interview Brändle (2014).
[129] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Schnell (2014).
[130] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Alternative Bank Schweiz (2013).
[131] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).
[132] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber/Robertson (2008, S. 52).

4.2.8. Geldschöpfungsgewinne und der Zahlungsverkehr

Für ein irreführendes Argument hält Ernst Baltensberger die Milliardengewinne, welche durch die Geldschöpfung künftig an die SNB als Monetative und den Staat zufliessen sollen. Er spricht von unerfüllbaren finanziellen Versprechungen und begründet diese erstens durch Geldschöpfungsgewinne von Geschäftsbanken, welche durch die Initianten überschätzt werden und zweitens durch Kosten von Dienstleistungen im Zahlungsverkehr, welche im Reformvorhaben ausgeblendet werden, jedoch massiv ansteigen würden.[133]

Avenir Suisse fügt dem hinzu, dass Sparer in einem Vollgeldsystem in Anlagemöglichkeiten eingeschränkt wären, auf Kontoguthaben keinen Zins mehr erhalten würden und auf genutzten Dienstleistungen Zusatzgebühren für Sicherheit, Zahlungsverkehr, saubere und effiziente Kontoführung etc. leisten müssten.[134] Auch der Schwyzer Regierungsrat äussert sich kritisch zu den Gewinnen aus der Geldschöpfung. Aufgrund unbekannter Kosten für die Kontoführung und den Zahlungsverkehr vermutet er, dass die Gewinne deutlich geschmälert würden.[135]

Der heutige Zahlungsverkehr funktioniert über das Online-Zahlungssystem Swiss Interbank Clearing (SIC). Damit gleichen die Geschäftsbanken ihre Forderungen und Verbindlichkeiten über SNB-Sichtguthaben untereinander aus. Vollgeld-Konten für den Zahlungsverkehr würden sich nicht mehr in der Bilanz der Geschäftsbanken befinden, sondern nur noch durch Banken verwaltet. Weil das Geld auf dem individuellen Konto nur dem Kunden gehört, hätte auch der Zahlungsverkehr nichts mehr mit den Verrechnungen im Interbankenmarkt zu tun. Folglich würde das SIC-System überfällig.[136] Diese direkte digitale Übertragung von Vollgeld würde auch den Zahlungsverkehr vereinfachen, weshalb Thomas Brändle von sinkenden Kosten für den Zahlungsverkehr ausgeht.[137]

Joseph Huber rechnet nichts desto trotz damit, dass Geschäftsbanken eine Warnung für eine Gebührenerhöhung für Kunden ankünden würden. Ein Argument wäre der entgangene Geldschöpfungsgewinn, der durch die Vollgeldreform den Geschäftsbanken fehlt und anderweitig zu kompensieren ist. Dieses Argument kann nach Huber jedoch nur zu einer eigentlichen Gefahr wachsen, wenn die Geschäftsbanken gemeinsam eine Erhöhung der Gebühren für Kunden beschliessen. In einem solchen Fall müsste die Banken- und Finanzmarktaufsicht intervenieren und für einen Wettbewerb unter Banken sorgen.[138]

---

[133] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Baltensperger (2014), Handelszeitung (2014).
[134] Avenir Suisse (2014).
[135] Neue Luzerner Zeitung (2014).
[136] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).
[137] Interview Brändle (2014).
[138] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber/Robertson (2008, S. 50).

Der Befürworter Thomas Brändle ist wie der Gegner Ernst Baltensberger der Ansicht, dass Versprechungen über Geldschöpfungsgewinne mit Vorsicht zu geniessen sind und deshalb etwas tiefer angesetzt werden sollten, als dies Joseph Huber mit rund 600 Milliarden und der Verein MoMo mit rund 300 Milliarden innerhalb von 15 Jahren zusichert. Brändle ergänzt, dass auch innerhalb des Vereins MoMo Unstimmigkeiten über die betragsmässige Höhe herrschen und Diskussionen geführt werden. Trotzdem ist er der Meinung, dass es keine Rolle spielt wie hoch der Betrag ist, sondern dass es wichtig ist, dass das Parlament über die Gewinnverwendung entscheidet und nicht die Geschäftsbanken.[139]

4.2.9. Reformbedarf

Infolge der Finanzkrise wurde im Rahmen der Too-big-to-fail-Problematik das Basel-III-Abkommen mit Massnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Schweizer Geschäftsbanken durchgesetzt. Ernst Baltensperger hat in diesem Zusammenhang betont, dass solche Ansätze zur Lösung von Solvenz-Problemen der Geschäftsbanken, den wahren Reformbedarf aufzeigen.[140] Thomas Moser geht davon aus, dass durch Vollgeld zwar „Bank runs“ vermieden werden können, jedoch mit der Vollgeldidee ein Problem angegangen wird, das seit Einführung der Einlagesicherung kaum mehr vorhanden ist.[141]

Ivo Muri kann die Ansätze zur Solvenzsicherung durchaus verstehen und geht davon aus, dass sich diese Massnahmen teilweise mit der Vollgeldreform ergänzen. Ein grosses Problem sieht er jedoch im Verständnis der Reformer, die durch die Solvenzsicherung ein falsches System versuchen aufrecht zu erhalten.[142]

Die Ausführungen des Vereins MoMo bestätigen seine Aussagen. Die bisherigen Massnahmen zur Regulierung von Geschäftsbanken sind gemäss dem Verein MoMo sinnvolle Regelungen, ersetzen ein Vollgeldsystem aber nicht. Nach ihnen führt nur Vollgeld zu einer genauen Steuerung der Geldmenge durch die SNB, zu vollumfänglicher Sicherheit des Geldes, zur Beseitigung des heutigen Wachstumsdrucks und zu einer vollständigen Erschliessung aller Geldschöpfungsgewinne für die Allgemeinheit. Ob Eigenkapitalquoten mit Vollgeld noch erhöht werden müssten, ist hingegen fraglich, weil Geschäftsbanken automatisch vom Markt verschwinden, wenn sie zu grosse Risiken eingehen und damit insolvent würden. Bei vorsichtig agierenden Geschäftsbanken dürfte man hingegen dank Vollgeld von einer langfristigen Stabilität ausgehen.[143]

---

[139] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).
[140] Interview Baltensperger (2014).
[141] Zürcher Hochschule (2013).
[142] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Muri (2014).
[143] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).

4.2.10. Verständnis der breiten Bevölkerungsmasse

Nach Jahren der Finanzkrise befinden wir uns heute in einer reformgeprägten Zeit. Nach Erachten von Ernst Baltensperger werden die Argumente der Vollgeld Initiative auf fruchtbaren Boden fallen, so dass es möglich ist, dass die Initiative bis vor das Schweizer Stimmvolk gelangen wird. Eine anschliessende Annahme der Initiative schliesst er jedoch aus verschiedenen Gründen aus. Einerseits entspricht die Initiative nicht dem eigentlichen Reformbedarf, der nach seiner Auffassung in der Bankenregulierung liegt und damit auf Solvenzprobleme ausgerichtet sein muss. Andererseits stellt die Vollgeldthematik einen zu hohen Komplexitätsgrad dar, der dazu führt, dass das Verständnis der breiten Bevölkerung nicht abgeholt werden kann und die Idee somit scheitert.[144] Martin Hess, wie auch Fabian Schnell fügen dem hinzu, dass das Vollgeldanliegen zu radikale Einschnitte in das Finanzsystem zur Folge hätte und deshalb fehlschlagen wird.[145]

Auch der Befürworter der Vollgeld Initiative, Thomas Brändle, erkennt die Problematik bezüglich der Komplexität. Er kann sich durchaus vorstellen, dass die Initiative bei diesem ersten Anlauf scheitern könnte und erst bei erneuten Bemühungen den erwünschten Erfolg bringen wird. Gleichwohl empfindet er es als sehr wichtig, dass die Bevölkerung über die Vollgeldidee spricht und sich tiefgründige Gedanken zur Geldschöpfungsproblematik macht. Auf diese Weise ist er überzeugt, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung gelingt und ein Vollgeldsystem die Zukunft der Schweiz prägen wird.[146]

4.3. Nachteile der Vollgeld Initiative gemäss den Kritikern

Damit die Vorteile gemäss den Initianten der Vollgeld Initiative aus dem Kapitel 3.5. nicht übergewichtet werden, sollen nachstehend die Nachteile aus Sicht der Kritiker zusammengefasst werden. Die Angaben basieren auf dem vorangehenden Kapitel 4.2.

Darstellung 13: Vollgeld Initiative: Nachteile auf einen Blick

Falscher Reformansatz

- Die Vollgeld Initiative verfolgt die Lösung von Problemen bezüglich der Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken. Durch solche Massnahmen wird versucht, ein Scheinproblem zu lösen. Der wahre Reformbedarf liegt jedoch in der Solvenzproblematik, weshalb die bisher angestrebten Massnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Geschäftsbanken, zielführender sind.

Monetative mit Steuerungsschwierigkeiten

- Die SNB verfügt heute bereits über hinreichende geldpolitische Instrumente zur Steuerung der gesamten Geldmenge auf indirekte Weise. Aus technischer Sicht könnte die SNB in der Rolle als Monetative den tatsächlichen Kredit- und Geldbedarf der Schweizer Wirtschaft nicht exakt berechnen, weil ihr nicht alle nötigen Informationen zur Verfügung stehen.

[144] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Baltensperger (2014).
[145] Interview Hess (2014), Interview Schnell (2014).
[146] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).

Fehlender Machtanspruch der SNB

- Die SNB strebt nicht nach der Macht einer Monetative, weshalb sie die Rolle, welche die Initianten der Vollgeld Initiative ihr übertragen wollen, gar nicht ausüben will. Ob eine andere Institution als Monetative überhaupt in Frage käme, bleibt fraglich.

Gefährdete Unabhängigkeit der Monetative

- Die Monetative als neue vierte Staatsgewalt wäre unter starkem Druck seitens der Politik und Öffentlichkeit. Ihre Unabhängigkeit wäre trotz gesetzlicher Verankerung stark gefährdet.

Steigende Kosten für Bankkunden

- Die Sicherheit des Geldes ist an einen hohen Preis gebunden. Obwohl Geldschöpfungsgewinne an den Staat fliessen sollen, wäre der finanzielle Nutzen für die Gesellschaft gering. Denn Bankkunden müssten mit wesentlich höheren Dienstleistungspreisen rechnen, weshalb das Argument der Geldschöpfung nicht stichhaltig ist.

Schaffung neuer Umgehungsmöglichkeiten

- Durch das Vollgeldsystem würden Geschäftsbanken gewisse Geschäftsbereiche ins Ausland oder in sogenannte Schattenbanken auslagern, wo die regulatorischen Vorschriften geringer sind. Dadurch würde die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöht, was wiederum die Aufgabe der Monetative zur Gewährleistung der Preisstabilität erschwert und somit kontraproduktiv wirkt.

Quelle: In Anlehnung an Kapitel 4.2.

4.4. Schlussfolgerungen Kritik und Gegenargumente

Die Schlussfolgerungen basieren auf den hervorgebrachten Argumenten seitens der Gegnern und Befürwortern der Vollgeld Initiative aus Kapitel 4.2. Ziel ist es zu reflektieren, wo die zuvor vorgelegten Gegenargumente durch die Befürworter entkräftet werden konnten, wo zusätzlicher Erklärungsbedarf vorliegt und wo allenfalls sogar gegenseitiger Konsens herrscht.

Hinsichtlich der Sicherheit des Geldes in einem Vollgeldsystem sind sich sowohl Befürworter wie auch Gegner einig; Vollgeld ist sicher. Zudem vertreten beide Seiten die Auffassung, dass die SNB nicht über die volle Kontrolle der Geldmenge verfügt und somit heute Geldschöpfung durch Geschäftsbanken betrieben wird. Diese Aspekte scheinen bislang unumstrittene Argumente der Befürworter zu sein.

Allerdings lassen sich auch viele Diskrepanzen erkennen, welche noch wesentlichen Argumentationsspielraum auf beiden Seiten offen lassen und deshalb nicht abschliessend beurteilt werden können. Beispielsweise, ob die heutige Geldschöpfung durch Geschäftsbanken an sich ein Problem darstellt, ob die SNB bereits heute über hinreichende geldpolitische Instrumente zur Steuerung der Geldmenge verfügt und ob sie die Rolle als Mone-

tative übernehmen will sowie für ihre neuen Aufgaben genügend Informationen zur Erfüllung beschaffen kann.

Einerseits besteht beidseitiges Einvernehmen zwischen Kritikern und Befürwortern, dass Politiker und die Regierung versuchen werden, die Monetative zu beeinflussen, was die Unabhängigkeit der neuen vierten Staatsgewalt gefährden kann. Andererseits soll unter anderem durch gesetzliche Verankerung und Vertrauen in die Monetative ein allfälliges Beeinflussungsrisiko abgewendet werden. Wie gross diese Beeinflussung effektiv sein wird, kann vermutlich erst bei entsprechender Umsetzung konkret beurteilt werden.

Argumente bezüglich der Höhe der Geldschöpfungsgewinne sowie unklaren Effizienz- und Folgekosten durch die Umwandlung vom heutigen Fiat-Money-System in ein Vollgeldsystem und den Erhalt dessen, konnten bislang nicht stichhaltig entkräftet werden. Ein Grund dafür könnte in den bisherigen Berechnungen liegen. Denn diese basieren momentan lediglich auf Annahmen oder Szenarien und können deshalb subjektiv ausgestaltet werden, was Angriffsfläche für Kritiker bietet.

Ein Zusammenhang zur Finanzkrise kann durchaus begründet werden, weshalb auch ein Reformbedarf naheliegend ist. In welcher Form die Massnahmen zur Beseitigung von Ursachen der Finanzkrise ausgestaltet werden müssen und ob die Solvenz- oder die Liquiditätsproblematik stärker angegangen werden soll, bleibt auch zum heutigen Zeitpunkt offen. Dieser Umstand ist auf die unterschiedlichen Standpunkte von Befürwortern und Gegnern der Vollgeld Initiative zurückzuführen.

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Thematik des monetären Systems der Schweiz wird nach Ansicht der Autorin besonders auf der Seite der Befürworter beobachtet. Es darf jedoch davon ausgegangen werden, dass bei Zustandekommen einer Volksinitiative die Widerstände zunehmen und somit die Kritiken ausführlicher und einschneidender vorgelegt werden.

5. Mutmassliche Auswirkungen Vollgeld und Monetative

Mögliche Auswirkungen bei Umsetzung eines Vollgeldsystems können je nach Sichtweise erwünscht oder unerwünscht sein. Deshalb wird nachfolgend versucht, ökonomische und ethische Folgen aus beiden Sichtweisen wiederzugeben. Im Hinblick auf die Zielsetzung der Arbeit stehen vor allem die Auswirkungen auf Schweizer Geschäftsbanken im Zentrum der Betrachtung. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass Auswirkungen in anderen Bereichen weniger wichtig sind.

5.1. Ökonomische Auswirkungen

Weil aus den Expertengesprächen hervorging, dass auch Auswirkungen auf die gesamte Schweizer Volkswirtschaft als besonders relevant gelten, fliessen in die Ausführungen einige gesamtwirtschaftliche Überlegungen hinein.

5.1.1. Beendigung der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken

Durch die Vollgeldreform wird die freie Geldschöpfung unterbunden, womit die Geschäftsbanken den direkten Einfluss auf die verfügbare Geldmenge verlieren. Geschäftsbanken können künftig nur soviel Geld verleihen, wie ihnen als Einlagen zur Verfügung steht. Aus volkswirtschaftlicher Sicht würde damit auch die Staatsfinanzierung aus der Geldschöpfung der Geschäftsbanken stark eingeschränkt. Denn heute erhält der Staat nahezu unbegrenzten Kredit von Geschäftsbanken.[147]

5.1.2. Geldschöpfungsgewinn nicht an Geschäftsbanken, sondern an den Staat

Nach Aussage von Joseph Huber wäre der Wegfall des Geldschöpfungsgewinns für Geschäftsbanken erheblich, jedoch nicht existenzgefährdend.[148] Durch die schuldfreie Ausgabe von neuem Geld durch die Monetative würden nach Huber im Laufe der Jahre sogar die Staatsschulden der Schweiz getilgt und die Schweiz könnte dadurch rund fünf Milliarden Schweizer Franken an Zinskosten einsparen.[149]

5.1.3. Bank runs gehören dank sicherem Geld der Vergangenheit an

Um das Finanzsystem zu stabilisieren, wird immer wieder eine höhere Eigenkapitaldeckung gefordert. Mit Vollgeld wäre dies jedoch nicht mehr notwendig, da das Guthaben auf Vollgeldkonten vollständig gedeckt und somit sicheres unbares Geld wäre. Es bräuchte auch keine staatlichen Interventionen zur Rettung von Banken mehr. Damit würde ein Ansturm auf Banken zur Auflösung der Bankkonten der Vergangenheit angehören.[150]

---

[147] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).
[148] Huber (2013, S. 139).
[149] Verein Monetäre Modernisierung (2014b).
[150] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).

5.1.4. Veränderter Wettbewerb unter inländischen Geschäftsbanken

Nach Joseph Huber profitieren heute besonders Grossbanken von der Geldschöpfung, weil das Potenzial zur Nutzung des Giralgeldes erheblich grösser ist als bei kleineren Banken, die im Vergleich höhere Nationalbankreserven benötigen. Durch Umsetzung eines Vollgeldsystems, würden Geldschöpfungsgewinne der Geschäftsbanken wegfallen und somit die Wettbewerbsverzerrung unter Geschäftsbanken aufgehoben, was die Chancengleichheit der Kleinbanken auf dem Wettbewerbsmarkt erhöhen würde.[151]

5.1.5. Künftige internationale Positionierung von Geschäftsbanken

Obwohl eine staatliche Kontrolle der Geldmenge durch die Monetative nicht zu einer Verstaatlichung der Schweizer Geschäftsbanken führt, könnten inländische Geschäftsbanken negative Auswirkungen eines Vollgeldsystems auf dem internationalen Wettbewerbsmarkt spüren. Zu diesem Ergebnis kommen vor allem Kritiker. Joseph Huber erwidert, dass Geschäftsbanken in einer Vollgeldordnung durchaus auch ohne Extragewinne aus der Geldschöpfung gleichviel Gewinn machen können. Denn Vollgeld wird nicht nur die Finanz- und Realwirtschaft stabilisieren, sondern auch das Bankgeschäft und seine Gewinne und damit auch die internationale Wettbewerbsposition der Geschäftsbanken.[152]

Nach Ernst Baltensberger bewirkt ein Vollgeldsystem einen starken Eingriff in die Geschäftsfelder der Geschäftsbanken. Wenn die Schweiz diese Neuordnung des Geldsystems im Alleingang macht, werden Schweizer Geschäftsbanken auf internationaler Ebene beeinträchtigt und die Konkurrenzfähigkeit wird abnehmen. Er führt dies besonders auf den Umstand zurück, dass die Bankdienstleistungen teurer und somit unattraktiv für ausländische Kunden würden. Auch eine Abwanderung von inländischen Geschäftsbanken ist für ihn vorstellbar, er geht jedoch eher davon aus, dass andere Geschäftsbereiche in der Schweiz an Bedeutung gewinnen könnten.[153] Fabian Schnell hingegen rechnet mit hohem Abwanderungspotenzial der Geschäftsbanken. Er ist überzeugt, dass ein Grossteil der inländischen Bankenaktivitäten zurückgehen wird und damit auch das volkswirtschaftliche Entwicklungspotential sinkt.[154] Auch Martin Hess kann sich vorstellen, dass Grossbanken ihren Sitz in das Ausland verlegen könnten. Er zieht jedoch auch noch in Betracht, dass Auslandanteile von Geschäftsbanken verkauft werden könnten. Nicht zuletzt geht er davon aus, dass die Schweiz ein Vollgeldsystem im Alleingang aufbauen und somit eine ewige Vorreiterrolle einnehmen würde.[155]

---

[151] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 139).
[152] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 143).
[153] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Baltensperger (2014).
[154] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Schnell (2014).
[155] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Hess (2014).

5.1.6. Kleineres Aufgabengebiet für Geschäftsbanken

Durch Schaffung einer Monetative wird die Aufgabe der Bank nicht mehr darin bestehen, die Wirtschaft mit der benötigten Geldmenge zu versorgen oder ihr Geld zu entziehen. Ihre Aufgaben beschränken sich auf das Finanzieren der Wirtschaft, sei es durch Darlehen, Platzierung von Wertpapieremissionen oder Geldanlagen im Auftrag der Kunden. Somit gelten Banken fortan gemäss Joseph Huber nur noch als Vermittler zwischen Geldanbietern und Geldnachfragern.[156] Aus diesem Grund geht Thomas Brändle davon aus, dass das Bankgeschäft insgesamt langweiliger wird als bis anhin.[157] Fabian Schnell kritisiert sogar, dass die Vollgeldidee die Banken um ihr Geschäftsmodell beraubt. Zu vermuten ist deshalb, dass auch Arbeitsstellen abgebaut und Saläre sowie Gratifikationen tiefer angesetzt würden.[158]

5.1.7. Veränderter Hypothekarmarkt und Risiko einer Kreditklemme

Der Eingriff in das Geschäftsmodell der Geschäftsbanken hätte aus Sicht von Ernst Baltensperger negative Auswirkungen auf die Kredittätigkeit. Die Kreditversorgung würde schlechter und die Hypothekarzinsen würden steigen, so dass Bauinvestitionen abnehmen und Immobilienpreise ansteigen könnten.[159] Auch Martin Hess ist überzeugt, dass es zu einer Kreditverknappung kommen wird, was wiederum Investitionsanreize für Unternehmen schmälern könnte.[160] Thomas Brändle leugnet das Argument nicht, dass es vermutlich nicht mehr einfach sein wird, einen Kredit zu erhalten. Er vermutet jedoch, dass die Monetative in der Übergangszeit die Möglichkeit hätte, eine Kreditklemme abzuwenden.[161]

Ivo Muri stuft einen Rückgang der Bauinvestitionen sogar als positiv ein, da auf diese Weise der Hypothekarmarkt nicht mehr für künstliches Wachstum aufrechterhalten und damit der Bauboom gestoppt würde. Bezüglich Preisen geht er davon aus, dass es im Vollgeldsystem keine Inflation mehr gäbe und deshalb auch kein Hypothekarzins mehr geschuldet wäre.[162] Nach Auffassung der Autorin ist davon auszugehen, dass eine solche Argumentation für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar sein wird und deshalb weiteren Erklärungsbedarf haben wird.

---

[156] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 140).
[157] Interview Brändle (2014).
[158] Interview Schnell (2014).
[159] Interview Baltensperger (2014).
[160] Interview Hess (2014).
[161] Interview Brändle (2014).
[162] Interview Muri (2014).

In einer Kommunikation des Vereins MoMo wird die Gefahr einer Kreditklemme durch das Vollgeld komplett ausgeschlossen. Nach der Vollgeldumstellung hätten Geschäftsbanken etliche Möglichkeiten ihre Kredite zu finanzieren. Beispielsweise könnten getilgte bestehende Kredite neu vergeben oder neue Anlagegelder angeworben werden. Auch die Möglichkeit von Geldmarktkrediten zur kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsengpässen würde möglich sein. Falls in der Realwirtschaft doch eine Kreditunterversorgung beobachtet würde, könnte die Monetative zusätzliche Kredite vergeben und somit einen leichteren Zugang zu Geld gewähren. Eine Einschränkung der Kreditvergabe für Finanzspekulationen wäre deshalb hingegen sogar gewollt.[163]

5.1.8. Negativverzinsung als Steuerungsinstrument

Nach Auffassung von Dirk Niepelt, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, würde die Verzinsung von Sichteinlagen nach Abzug der Gebühren wegfallen. Es könnte auch sein, dass bei einem Systemwechsel zu Vollgeld Synergieverluste bei Bankdienstleistungen eintreten, die zu einer Negativverzinsung[164] führen würden. Somit hätten Sparer die Wahl zwischen Bargeldhaltung, dem Halten von staatlich negativ verzinster aber sicherer Sichteinlagen oder der Anlage in risikobehaftete aber unter Umständen rentable Wertschriften und Realwerte.[165] Auch Thomas Brändle gefällt der Ansatz von Negativzinsen; Damit würde die Flucht von vielen ausländischen Anlegern in den Schweizer Franken abnehmen und die Schweizer Geschäftsbanken somit nicht mit zusätzlichen Geldern aus dem Ausland überflutet werden. Um entsprechende Wirkung zu erzielen, müsste der Negativzins gemäss Brändle bei ungefähr 15-20 Prozent liegen.[166]

5.1.9. Handhabung des Zahlungsverkehrs und mögliche Kostenfolgen

Gemäss den Ausführungen in Kapitel 4.2.8. „Geldschöpfungsgewinne und der Zahlungsverkehr“ hat Ernst Baltensperger darauf hingewiesen, dass der Zahlungsverkehr als ökonomische Aktivität enorm kostspielig und ressourcenintensiv ist. Durch ein Vollgeldsystem, in welchem weiterhin die Geschäftsbanken für den Zahlungsverkehr zuständig wären, würden die Transaktionskosten ansteigen. Diese wiederum würden auf die Kunden abgewälzt, was zu höheren Bankdienstleistungsgebühren führen könnte.[167] Joseph Huber stuft die Abwicklung bei Wechsel von Zahlungsmitteln (Bargeld, Devisen) sowie dem bargeldlosen Zahlungsverkehr ebenfalls weiterhin als Aufgaben der Geschäftsbanken ein. Befürchtungen, dass es beim Übergang von Giralgeld zu Vollgeld zu Kostensteigerung der Bankdienstleistungen kommen könnte, schätzt er als unbegründet ein. Auch ein

---

[163] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).

[164] Geldpolitische Intervention, bei der die Vermögenswerte der Bankkunden negativ verzinst werden und deshalb Banksparer finanziell bestraft werden, weil sie das Geld nicht in der Realwirtschaft zirkulieren lassen.

[165] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Finanz und Wirtschaft (2012).

[166] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).

[167] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Baltensperger (2014).

Mehraufwand für die Verwaltung und Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit neuen Vollgeldkonten ist für ihn nicht ersichtlich.[168]

5.2. Ethische Auswirkungen

Ethische Grundwerte sind in allen Kulturen für das Glück des Individuums und das friedliche Zusammenleben von grosser Bedeutung. In fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird deshalb den Wirtschaftsakteuren durch staatliche Zurückhaltung die nötige Freiheit gewährt, ihren eignen Nutzen maximieren zu können und das für sie Richtige zu tun. Zur Erhaltung der Freiheit tragen mehre ethische Grundwerte bei.[169] Beispiele davon sind die ethischen Grundwerte Verantwortung und Gerechtigkeit. Diese und weitere ethische Grundwerte stellen nicht zuletzt die notwendige Grundlage für nachhaltige Veränderungen in Politik, Kultur und Wirtschaft bei Einführung eines Vollgeldsystems dar und werden nachfolgend in Zusammenhang mit ethischen Auswirkungen der Vollgeldreform gebracht. Die ethischen Gesichtspunkte wurden besonders im Rahmen der Experteninterviews angeschnitten. Ihnen obliegt somit keine theoretische Grundlage in vorangehenden Kapiteln der Arbeit, womit die nachfolgenden Ausführungen lediglich einen Abriss von ethischen Auswirkungen darstellen.

5.2.1. Verantwortung

Nach Ivo Muri fühlen sich die Geschäftsbanken durch ihre Geldschöpfung nicht verantwortlich, Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit zu lösen, welche durch Störungen im Geldsystem verursacht werden. Demzufolge darf nur ein demokratischer Rechtsstaat Geldschöpfung betreiben, damit er auch die Verantwortung in wirtschaftlich schlechten Zeiten übernehmen kann, die private Geldschöpfer nicht tragen wollen. Muri ist überzeugt, dass alles nicht so schlimm wäre, wenn Private ihre Verantwortung wahrnehmen würden. Er stellt dazu einen Vergleich zu früher auf, als Könige auch das Recht hatten Geld zu schöpfen und trotzdem verantwortungsvoll für das Volk sorgten.[170]

5.2.2. Gerechtigkeit

Im Spannungsfeld zwischen eigenen und fremden Interessen steht oft die Frage nach der Gerechtigkeit. Eigennutzenmaximierung verdrängt die Gerechtigkeit und endet immer wieder in tiefen Krisen. Marktwirtschaftlicher Wettbewerb soll nicht als Ziel verfolgt werden, sondern den Wohlstand für alle fördern, indem soziale Gerechtigkeit umgesetzt wird.[171] Eine soziale Ordnung wird erst haltbar, wenn kapitalstarke Unternehmen Gewinne nicht mehr privatisieren und Verluste nicht mehr sozialisieren können.[172] Thomas Brändle

---

[168] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Huber (2013, S. 141).
[169] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Naef (2012, S. 177)
[170] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Muri (2014).
[171] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss SonntagsZeitung Hrsg. (2008).
[172] Naef (2010, S. 161).

will deshalb das Geld als wichtiges zentrales Machtmittel unter staatlicher Kontrolle führen und Geldschöpfungsgewinne nicht mehr den Geschäftsbanken, sondern dem Staat zukommen lassen. Auf diese Weise soll der Staat die Ungleichheit bekämpfen und die Gemeinschaft schlussendlich entscheiden können, wie das Zusammenleben in der Schweiz gestaltet werden soll. Die Verfolgung von Eigeninteressen der Geschäftsbanken, die nicht im Dienst der sozialen Gerechtigkeit stehen, soll dadurch verhindert werden.[173]

5.2.3. Ungleichheit

Die Politik stellt die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung zunehmend in Abhängigkeit zum Wirtschaftssystem und erhöht dadurch die Gefahr, dass die soziale Ordnung auseinanderbricht.[174] Beispielsweise findet heute in Umlauf gebrachtes Geld vorwiegend Verwendung für Finanzspekulationen. Denn kreditwürdig sind häufig reiche Menschen, die das zusätzliche Geld nicht für den Konsum benötigen und damit die Realwirtschaft nicht unterstützen. Ärmere Menschen erhalten hingegen kaum einen Kredit, obwohl deren Ausgaben meist vollumfänglich in die Realwirtschaft fliessen.[175] Weil Geld als Machtinstrument immer wichtiger wird, verschärft sich die Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung.[176] Gemäss Verein MoMo zahlen Arme und Mittelständische insgesamt mehr Zinsen, als sie erhalten. Die reale Wirtschaft schafft realen Wohlstand, der vom Finanzsektor wieder abgeschöpft wird, und zu einer Umverteilung des Wohlstands vom Rest der Schweiz hin zu Banken und Vermögenden führt. Daraus folgt, dass die Armen ärmer und die Reichen reicher werden.[177] Mit Hilfe der Zentralisierung und der transparenten Geldmengenkontrolle durch die Monetative sind Befürworter der Meinung, dass eine solche Problematik gelöst werden könnte.

5.2.4. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit

Ein wirtschaftsethisch relevantes Problem im Zusammenhang mit der Vollgeld Initiative und deren Auswirkungen stellt beispielsweise die unfreiwillige Arbeitslosigkeit dar. Eine Bankenwelt im Vollgeldsystem würde gemäss Fabian Schnell negative Auswirkungen für Bankangestellte schaffen. Er spricht hierbei vor allem steigende Arbeitslosigkeit im Bankensektor an.[178] Gegenargumente zur wirtschaftsethischen Vertretbarkeit von steigender Arbeitslosigkeit wurden im Rahmen der Experteninterviews keine genannt.

---

[173] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Brändle (2014).
[174] Naef (2012, S. 120-121).
[175] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2014b).
[176] Naef (2014, S. 12).
[177] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Verein Monetäre Modernisierung (2012b).
[178] Sämtliche Angaben dieses Abschnitts gemäss Interview Schnell (2014).

Für die Autorin stellt sich deshalb die Frage, ob soziale und ethische Werte im Zusammenhang mit steigender Arbeitslosigkeit für kurze Zeit in den Hintergrund gedrängt werden müssen, um das Finanzsystem nachhaltig besserstellen zu können. Denn soziale und wirtschaftsethische Erwartungen der Gesellschaft hinsichtlich der Arbeitsplätze in der Schweiz, könnten vermutlich durch die Vollgeld Initiative nicht erfüllt werden.

5.3. Schlussfolgerungen zu mutmasslichen Auswirkungen

Die Schlussfolgerungen zu den möglichen Auswirkungen basieren auf Aussagen der Gegner und Befürworter der Vollgeld Initiative aus Kapitel 5.1 und 5.2. Nachfolgend wird reflektiert, wo Konsens gebildet wurde und wo es weiterhin Unstimmigkeiten geben wird.

Beide Seiten gehen davon aus, dass das Bankgeschäft durch das Vollgeldsystem aufgrund der verbotenen Geldschöpfung und damit des kleineren Aufgabengebietes der Geschäftsbanken, insgesamt langweiliger würde. Dafür könnten die in der Vergangenheit beobachteten „Bank runs“ nachhaltig verhindert werden. Nicht nur Befürworter, sondern auch Kritiker sind überzeugt, dass eine staatliche Kontrolle der Geldmenge durch die Monetative nicht zu einer Verstaatlichung der Geschäftsbanken führen würde. Die Befürchtungen einer Kreditverknappung werden nicht nur von Kritikern ausgesprochen, sondern sind auch auf Seiten der Befürworter ein Diskussionspunkt.

Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten scheinen zum heutigen Zeitpunkt wesentlich ausgeprägter zu sein, als übereinstimmende Aussagen. Folglich werden deshalb nur einige Aspekte angesprochen. Unter anderem lassen sich Diskrepanzen hinsichtlich der Geldschöpfungsgewinne erkennen. Inwiefern der Wegfall der Geldschöpfungsgewinne für die Geschäftsbanken existenzbedrohend sein könnte, kann nach heutigen Erkenntnissen nicht beurteilt werden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass Gewinneinbussen in anderen Bereichen ausgeglichen und kompensiert werden müssten, was aus Sicht der Kritiker unter anderem zu Preiserhöhungen für Bankdienstleistungen führen könnte. Durch solche Preisanpassungen würde auch die künftige internationale Wettbewerbsposition der Geschäftsbanken verschlechtert, was Befürworter hingegen klar dementieren. Im Zusammenhang mit der internationalen Positionierung wurden auch Negativzinsen erwähnt, welche von den Befürwortern als Steuerungsinstrument der Geldmenge geschätzt und von den Kritikern abgelehnt werden.

Eine Gegenüberstellung der Argumente zu ethischen Auswirkungen ist derzeit nicht möglich, da die Aussagen aus den Experteninterviews fast ausschliesslich durch die Befürworter hervorgebracht wurden. Zudem hat die Autorin festgestellt, dass die Wirtschaftsethik noch zu wenig verankert ist und deshalb aus argumentativer Sicht zum heutigen Zeitpunkt bei Befürwortern und Gegnern eine zweitrangige Rolle spielt.

6. Persönliches Fazit

Zu Beginn der vorliegenden Arbeit stellte ich besonders die mutmasslich negativen Auswirkungen der Volllgeldreform auf Schweizer Geschäftsbanken in den Vordergrund meiner kritischen Überlegungen. Durch die Bereitschaft, mich gegenüber dem Neuen zu öffnen, gelang es mir jedoch rasch, eine neutrale Haltung gegenüber den Argumenten der Befürworter einzunehmen und nicht nur aus der Perspektive der Bankkauffrau, sondern auch als Bankkundin und Schweizer Bürgerin zu denken. Nun ist der passende Moment gekommen, die Vollgeld Initiative aus persönlicher Sicht zu beleuchten und gewisse eigene Schlüsse zu ziehen.

Unabhängig von der Vollgeld Initiative bin ich überzeugt, dass das heutige Finanzsystem Schwächen aufweist und auch künftig vor grossen Herausforderungen stehen wird. Deshalb ist unbestritten Handlungsbedarf vorhanden. Auf Grundlage der bestehenden Ordnung sind Massnahmen, die zur Stabilität des Geld- und Währungssystem beitragen sinnvoll, jedoch sollte damit nicht das komplette Geschäftsmodell der Geschäftsbanken verändert werden. Entscheidend ist dabei aus meiner Sicht eine glaubwürdige und auf lange Sicht ausgerichtete Finanz- und Geldpolitik, die ein beständiges und hinreichend reguliertes Bankensystem unterstützt, ohne es zu stark einzuschränken. Es muss allgemein berücksichtigt werden, dass der Handlungsspielraum auf nationaler Ebene teilweise eingeschränkt ist. Solange die Schweiz ein Vollgeldsystem im Alleingang einführen würde, wäre die internationale Wettbewerbsfähigkeit deshalb stark eingeschränkt. Diese Problematik wurde nach meiner Auffassung durch den Verein MoMo noch zu wenig analysiert.

Ausserdem führen Regulierungsverschärfungen mittel- bis langfristig zu Abwanderungen von Schweizer Geschäftsbanken. Erste Tendenzen erkenne ich beispielsweise bei meinem Arbeitgeber, der Grossbank UBS. Die Bank plant im 2016 eine Tochtergesellschaft für das stark regulierte Bankgeschäft der Schweiz zu gründen. Zugegeben, dank der Unabhängigkeit gegenüber den ausländischen Geschäftsbereichen kann die Grossbank neues Vertrauen der Schweizer Kunden und Mitarbeitenden gewinnen. Dennoch könnte durch die Verschärfung von Regulierungen die Gefahr grösser werden, dass Schweizer Geschäftsbanken im Laufe der Zeit zunehmend vom Finanzplatz Schweiz verschwinden.

Eine Überraschung während der Expertengespräche stellte eine erstaunlich offene Aussage des Vollgeld Befürworters Thomas Brändle dar. Obwohl sich Brändle leidenschaftlich und stark für die Vollgeld Initiative engagiert, kann er sich durchaus vorstellen, dass das Schweizer Stimmvolk diese in einem ersten Anlauf ablehnt. Nach seinem Ermessen wird die aktuelle Vollgeld Initiative vor allem dazu führen, dass sich die Bevölkerung mit der Komplexität der Thematik befasst und versucht, sich einen Überblick zu verschaffen.

Mit realistischen Chancen zur Annahme rechnet er deshalb erst in einem zweiten Schritt. Ich danke Thomas Brändle für seine offene und ehrliche Stellungnahme. Er hat die Situation nach meiner Auffassung korrekt erfasst und bestätigt meinen aufgrund der Arbeit entstandenen Eindruck, dass die Thematik zu komplex ist und sich die breite Bevölkerungsmasse deshalb keine authentische Meinung dazu bilden kann. Somit gehe ich davon aus, dass die Vollgeld Initiative aufgrund der Komplexität und des zu radikalen Denkansatzes auf mehrheitliche Ablehnung stossen wird. Ich schätze es hingegen als durchaus realistisch ein, dass der Verein MoMo die benötigten Unterschriften zusammentragen kann und die Vollgeldidee somit bald als Volksinitiative lanciert wird.

Ziel für Geschäftsbanken sollte es nach meiner Auffassung und unabhängig von Regulierungsvorschriften künftig sein, den Finanzsektor wieder mit den öffentlichen Interessen zu verbinden. Ich bin überzeugt, dass Finanzunternehmen langfristig nur Erfolg haben, wenn ihre Beratung und ihre Produkte den Bedürfnissen der Kunden angepasst sind. Als Schlüsselrolle erkenne ich dabei das Vertrauen der Kunden. Alleine durch das Befolgen und Einhalten von Gesetzen und Regeln kann Vertrauen zwar aufgebaut, aber nicht nachhaltig gesichert werden. Deshalb sollten Geschäftsbanken besonderen Wert auf wirtschaftsethische Aspekte legen und diese fest in ihren Unternehmenskulturen verankern. Dabei geht es aus meiner Sicht auch darum, die Erkenntnisse aus anderen Disziplinen wie beispielsweise der Verhaltensökonomie in geschäftspolitische Entscheidungen miteinzubeziehen.[179] Auf diese Weise könnten auch Interessenkonflikte zwischen den Verkaufszielen der Banken und den Bedürfnissen der Kunden vermieden werden. Dennoch können Geschäftsbanken ihrer Verantwortung nur gerecht werden, wenn sie sich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung bewusst sind und diese Verantwortung auch effektiv wahrnehmen.

Die Stabilität des Geld- und Währungssystems der Schweiz bleibt am Ende für mich ein Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung, gleichgültig welches monetäre System heute oder in der Zukunft verwendet wird. Deshalb wünsche ich mir eine Gesellschaft, in der jedes Individuum sein eigenes Tun hinterfragt und den Mut aufbringt, sich eigene Fehler einzugestehen und fremde inakzeptable Verhaltensweisen nicht toleriert. Auf diese Weise könnten einige Probleme im Banken- und Finanzsystem nachhaltig gelöst werden.

[179] Die Verhaltensökonomie versucht auf Basis von psychologischen Modellen das Verhalten der Menschen zu erklären.

7. Kritische Würdigung der Arbeit

Das Hauptziel[180] der Arbeit, die ökonomischen und ethischen Auswirkungen der Monetative auf die Zukunft von Schweizer Geschäftsbanken aufzuzeigen, wurde mit Hilfe von heranführenden Subzielen erreicht. Die Resultate aus Literaturrecherchen sowie den durchgeführten Interviews mit Experten offenbarten, dass die Befürworter sehr ausgeprägt über die Thematik informieren können, die Kritiker hingegen noch unsicher mit der Vollgeldthematik umgehen. Über die gesamte Arbeit hinweg gesehen, überwiegen deshalb aus Sicht der Autorin die befürwortenden Argumente zur Vollgeld Initiative. Dieser Umstand ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um eine neuartige Idee handelt, die durch Kritiker noch nicht genügend ergründet werden konnte und deshalb zu noch etwas wagen Aussagen führte. Der Autorin ist entsprechend bewusst, dass sich kritische Äusserungen erst bei Zustandekommen einer Volksinitiative herausbilden und vermutlich erst dann weiteren substanziellen Wert gewinnen werden. Trotzdem gelang es mit der vorliegenden Arbeit, bereits vor einer mutmasslich bevorstehenden politischen Debatte, mögliche Tendenzen aufzuzeigen und zu skizzieren, in welche Richtung die Argumente der Befürworter und Gegner gehen werden und wo konkreter Diskussionsspielraum vorliegt.

Teilziel Sensibilisierung

In politischen Debatten ist es besonders wichtig, dass die breite Bevölkerungsmasse hinreichend über komplexe Themen aufgeklärt wird, damit keine Desinformationen und das Ausnützen von Unwissenheit auf die Meinungs- und Willensbildung einwirken. Aus diesem Aspekt heraus wurde das Teilziel „Sensibilisierung der Bevölkerung“ für die vorliegende Arbeit definiert. Durch Reduktion der Komplexität und das Aufzeigen von Hintergründen, welche in einer derart komprimierten und objektiven Form bislang nicht vorliegen, wurde dieses Subziel der Arbeit ganz klar erreicht. Dennoch muss erwähnt sein, dass sich die Vorstellung zur Zielerreichung durch die Autorin während der Erarbeitung der Inhalte etwas verändert hat. Anfänglich wurde von einer wesentlich geringeren Komplexität der Thematik ausgegangen. Deshalb sollte der Fokus besonders auf Kritiken und Gegenargumenten sowie mutmassliche Auswirkungen durch Vollgeld und die Monetative gelegt werden. Zunehmend wurde der Autorin jedoch bewusst, dass hinter dem Thema eine wesentlich höhere Komplexität liegt, so zum Beispiel, dass der Gedanke bereits historisch in der ökonomischen Lehre und ähnlichen Reformansätzen wiederzufinden ist. Um die breite Bevölkerung auf den Vollgeldansatz sensibilisieren zu können, erschien Aufklärungsarbeit und das Aufzeigen von Hintergründen somit wesentlich wichtiger, als einer politischen Debatte bereits zu stark vorzugreifen.

Teilziele Reformbedarf und Reformansatz

Durch die Veränderung der Zielvorstellung konnte eine stärkere Fokussierung auf das Zustandekommen des Reformbedarfs (Teilziel) sowie auf den Vollgeldansatz als Solches (Teilziel) gelegt werden. Auf diese Weise konnten auch die beiden Teilziele besser erfüllt werden.

Teilziel Reformanalyse

Im Teilziel der Reformanalyse lagen die grössten inhaltlichen Unsicherheiten vermutlich in der Ausarbeitung der Interviewleitfäden für die Gegner und Befürworter der Vollgeld Initiative. Damit möglichst umfangreiche Stellungnahmen in den Interviews erreicht werden konnten, mussten besonders die Fragen an die Kritiker offen und ohne jegliche Vorurteile und Suggestion formuliert werden. Diese Umstände bereiteten allerdings zu Beginn etwas Mühe, weil die Autorin bereits eine eigene kritische Meinung zur Vollgeldidee aufgebaut hatte. Durch entsprechende Hinweise des Referenten Prof. Dr. Josef Naef gelang es ihr dann aber rasch, erneut eine offene Haltung einzunehmen und diese in der Arbeit wiederzugeben. Die fachliche Vorbereitung in der Erstellung der Interviewleitfäden stellte sich dank vorgängiger vertiefter Konsultation der Literatur von Joseph Huber und des Vereins MoMo als Schlüsselfaktor zum Erfolg der Experteninterviews heraus. Nicht zuletzt wurde dadurch die Möglichkeit geschaffen, wichtige Anschlussfragen zu stellen, die Ernsthaftigkeit der Thematik zu unterstreichen und ein sicheres Auftreten während den Interviews zu gewährleisten. Die anschliessende Auswertung der Interviews stellte eine besondere Herausforderung für die Autorin dar, weil die teilweise sehr ausführlichen Antworten der Interviewpartner zu kurzen und prägnanten Aussagen gebündelt werden mussten. Aber nur durch diese konkreten Gegenüberstellungen konnte schlussendlich auch das Ziel in der Reformanalyse, eine eigene Meinungsbildung zu ermöglichen, erfüllt werden.

Über die gesamte Arbeit hinweg gesehen, konnten die Inhalte aufgrund des beschränkten Gesamtumfangs der Arbeit nur oberflächlich wiedergegeben werden. Vertiefte Einblicke innerhalb der jeweiligen Kapitel wären durch die Autorin erwünscht gewesen, mussten jedoch konsequent eingeschränkt werden. Besonders dem Teil der Ethik ist dadurch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Für künftige Arbeiten sollte vermutlich eine noch stärkere Abgrenzung vorgenommen werden, damit alle Inhalte in gewünschtem Detaillierungsgrad erfasst werden können.

[180] Vgl. Kapitel 1.3. „Zielsetzung der Arbeit“.

8. Deklaration

Die Länge des vorliegenden Textes ab und inklusive Kapitelüberschrift 1 bis vor diesen Abschnitt beträgt 15‘137 Wörter.

Ich bestätige, die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst zu haben. Sämtliche Textstellen, die nicht von mir stammen, sind als Zitate gekennzeichnet und mit dem genauen Hinweis auf ihre Herkunft versehen. Die verwendeten Quellen (gilt auch für Abbildungen, Grafiken u.ä.) sind im Literatur- bzw. Quellenverzeichnis aufgeführt.

Bern, 15. Mai 2014

.....

Sonja Hofer

9. Quellen

9.1. Literatur

Brown, Ellen, 2008: Der Dollar-Crash, 1. Auflage, Rottenburg: Kopp.

Brunetti, Aymo, 2009. Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung für die Schweiz, 2. Auflage, Bern: hep verlag AG

Brunetti, Aymo, 2012. Wirtschaftskrise ohne Ende?, 3. Auflage, Bern: hep verlag ag.

Ferguson, Niall, 2008. Der Aufstieg des Geldes. Die Währung der Geschichte, 1. Auflage, Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH.

Fisher, Irving, 1935. 100% Money, 1. Auflage, New York: Adelphi Company.

Huber, Joseph, 1998. Vollgeld. Beschäftigung, Grundeinkommen und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung, Berlin: Duncker & Humblot.

Huber, Joseph, 2010. Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative, 1. Auflage, Marburg: Metropolis Verlag.

Huber, Joseph, 2013. Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative, 3. Auflage, Marburg: Metropolis Verlag.

Huber, Joseph/Robertson, James, 2008. Geldschöpfung in öffentlicher Hand - Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter, Kiel: Gauke.

Mankiw, N. Gregory/Taylor, Mark P., 2008. Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 4. Auflage, Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.

Muri, Ivo, 2006. Kleptokratisches Manifest: Raubzug auf die Demokratien Europas im Übergang zum 21. Jahrhundert - dargestellt am Beispiel der Schweiz, 2. Auflage, Sursee: Zeit AG

Naef, Josef, 2010. Eine Management Ethik. Für eine verantwortungsbewusste Unternehmensführung, München: Herbert Utz Verlag.

Naef, Josef, 2012. Ethik für Führungspersonen, München: Herbert Utz Verlag.

Naef, Josef, 2014. Wirtschaftsliberalismus. Wird Freiheit zur Fata Morgana?, München: Herbert Utz Verlag.

Peukert, Helge, 2011. Die grosse Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung, 3. Auflage, Marburg: Metropolis Verlag.

Schmidt, Susanne, 2010. Markt ohne Moral. Das Versagen der internationalen Finanzelite, 1. Auflage, München: Droemer Verlag.

Senf, Bernd, 2004. Der Tanz um den Gewinn, Kiel: Gauke Verlag für Sozialökonomie.

SonntagsZeitung (Hrsg.), 2008: Gier und Angst sind keine tauglichen Leitmotive, Ausgabe 11.05.2008, Zürich: Verlag Sonntagszeitung.

Söllner, Fritz, 2012. Die Geschichte des ökonomischen Denkens, 3. Auflage, Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.

Treacy, Michael/Wiersma, Fred, 1995. The Discipline of Market Leaders. Choose Your Customers, Narrow Your Focus, Dominate Your Market, New York: Perseus Books Group.

Verein Monetäre Modernisierung (Hrsg.), 2013. Die Vollgeld-Reform. Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können, 3. Auflage, Darmstadt: Synergia Verlag und Mediengruppe.

9.2. Internet

Alternative Bank Schweiz (2013): Moneta: Zeitung für Geld und Geist, Nr. 1/2013, Wie Banken gesünder wirtschaften könnten, Online: http://www.abs.ch/fileadmin/absch/34_moneta/DE/moneta_1_2013.pdf (Stand: 27. April 2014).

Avenir Suisse (2013): Diskussionspapier: Zentralbanker als Zauberlehrlinge?, Zum Ausstieg aus der ultraexpansiven Geldpolitik, Online: http://www.avenir-suisse.ch/wp-content/uploads/2013/07/as_diskussionspapier_geldpolitik.pdf (Stand: 5. März 2014).

Avenir Suisse (2014): Avenir Standpunkte 4: Leere Vollgeldhoffnungen: Warum das Finanzsystem durch kontrollierte Schritte zuverlässiger reformiert werden kann als durch einen kühnen Salto, Online: http://www.avenir-suisse.ch/wp-content/uploads/2014/03/as_vollgeld.pdf (Stand: 20. April 2014).

Bertelsmann Stiftung (2009): Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Online: http://www.pro-wirtschaft-gt.de/fileadmin/media/bilder/Veranstaltungen/EDI/09_03_27_Finanzkrise_Petersen.pdf (Stand: 5. März 2014).

Bundesamt für Statistik (2011): Politik: Die wichtigsten Zahlen, Parteistärke, Online: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/01/key.html (Stand: 20. April 2014).

Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Anatomie der Weltwirtschaftskrise: Ursachen und Schuldige, Online: http://www.bpb.de/apuz/31998/anatomie-der-weltwirtschaftskrise-ursachen-und-schuldige?p=4 (Stand: 5. März 2014).

Cashkurs.com (2012): Die Monetative – Im Gespräch mit Prof. Dr. Huber (Teil 1-3), Newsletter 187+188, Online: http://vollgeld.files.wordpress.com/2012/01/cash-kurs_huber-interview_zur_monetative2.pdf (Stand: 1. Mai 2014).

Dohmen, Caspar (2013): Vollgeld statt Buchgeld: Eine alte Idee taucht wieder auf, Online: http://www.deutschlandfunk.de/vollgeld-statt-buchgeld.724.de.html?dram:article_id=233065 (Stand: 20. März 2014).

Economic and Social History online (2014): Geldwesen, Schweizer Franken und die Nationalbank: Der lange Weg zur Schweizer Nationalbank, Online: http://www.eso.uzh.ch/modul2/GeldBank.html?lesson.section=unit&section.label=GeldBank_4 (Stand: 10. März 2014).

Economiesuisse (2014): Sondersession Nationalrat 5.-8. Mai 2014, Gold-Initiative: grosses Schadenpotenzial für die schweizerische Volkswirtschaft, Online: http://www.economiesuisse.ch/de/PDF%20Download%20Files/Sessionsbericht_VorschauSondersession_Nationalrat_20140425.pdf (Stand: 25. April 2014).

Eidgenössische Finanzverwaltung (2008): Bundesblatt BBI 2008 Nr. 48 vom 2. Dezember 2008, Quelle 8943: Botschaft zu einem Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems, Online: http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2008/8943.pdf (Stand: 7. März 2014).

Finanz und Wirtschaft (2012): Banken und Staaten: Der Schweiz steht eine interessante Debatte über eine Vollgeldreform bevor. Ein Kommentar von Wirtschaftsprofessor Dirk Niepelt. Online: http://www.fuw.ch/article/banken-und-staaten/ (Stand: 2. April 2014).

Gabler Wirtschaftslexikon (2014): Bretton-Woods-System. Definition, Online: http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/bretton-woods-system.html (Stand: 2. Mai 2014).

Goldinitiative.ch (2014): Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold“, Online: http://www.goldinitiative.ch/initiative/index.html (Stand: 20. April 2014).

Grüne Partei der Schweiz (2013): Grüne Post Ostschweiz, September 2013, Mitteilungsblatt der grünen Parteien St. Gallen und Appenzell, Online: http://www.gruene-sg.ch/fileadmin/dokumente/Gruene_Post/Gruene_Post_2013/Gruene_Post_September13.pdf (Stand: 20. April 2014).

Handelszeitung (2014): Sturm und Drang: Die Finanzkrise hat das Vertrauen in Geld beschädigt. Jetzt fordern Kritiker den radikalen Umbau. Was ist von den Alternativen zu halten?, Zeitung Nr. 2 vom 9. Januar 2014, Online: http://www.vollgeld- initiative.ch/fa/img/Pressespiegel_deutsch/Handelszeitung___Vollgeld_9.Januar_2014.pdf (Stand: 27. April 2014).

International Monetary Fund (2012): IMF Working Paper WP/12/202, The Chicago Plan Revisited, Prepared by Jaromir Benes and Michael Kumhof, Online: http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2012/wp12202.pdf (Stand: 15. April 2014).

Joób, Mark (2012): Warum eine Vollgeldreform dringend notwendig ist, Online: http://www.rat-kontrapunkt.ch/geld-und-finanzmarktverfassung/geld-und-finanzmarktverfassung-weitere-texte-der-redaktion/warum-eine-vollgeldreform-dringend-notwendig-ist/#comment-214 (Stand: 27. April 2014).

Köhler, Michael (2013): Humes Dilemma – oder: Was ist Geld?, Geldschöpfung der Banken als Vermögensrechtsverletzung, Online: http://static.squarespace.com/static/515eaee9e4b0daad6e7d3fac/t/5334475ee4b0dd151d449fc2/1395935070367/Humes%20Dilemma%20v%20K%C3%B6hler.pdf (Stand: 27. April 2014).

Mayer, Thomas (2014): Kampagnen und Finanzplanung: Vollgeld-Initiative, Online: http://www.vollgeld-initiative.ch/fa/img/Kampagne/2014_03_17_Vollgeld-Initiative_Kampagnen-_und_Finanzplan.pdf (Stand: 15. April 2014).

Nationalrat (2012): Sommersession 2012: Interpellation 12.3305 Müller Geri, Geldschöpfung in der Schweiz, Antwort des Bundesrates vom 25. April 2012, Online: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20123305 (Stand: 17. März 2014).

Neue Luzerner Zeitung (2014a): Vollgeld-Reform keine Lösung für Finanzprobleme, Online: http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/sz/schwyz/Vollgeld-Reform-keine-Loesung-fuer-Schwyzer-Finanzprobleme;art96,362084 (Stand: 27. April 2014).

Neue Zürcher Zeitung (2013): Verfügung der Nationalbank: Die ZKB wird systemrelevant, Online: http://www.nzz.ch/aktuell/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/die-zkb-wird-systemrelevant-1.18183128 (Stand: 7. März 2014).

Neue Zürcher Zeitung (2014b): Vom Buchgeld zum Vollgeld, Online: http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/vom-buchgeld-zum-vollgeld-1.18215158 (Stand: 20. März 2014).

Neue Zürcher Zeitung (2014c): Ungewissen Kosten- und Effizienzfolgen, Online: http://www.nzz.ch/meinung/debatte/ungewisse-kosten--und-effizienzfolgen-1.18234531 (Stand: 30. März 2014).

Schweizerische Nationalbank (1995): Grundlagen zur Revision der Geldaggregate im Jahre 1995: Quartalsheft der Schweizerischen Nationalbank, Geld, Währung und Konjunktur, Online: http://www.snb.ch/de/mmr/reference/histz_geldmengen_book/source (Stand: 10. März 2014).

Schweizerische Nationalbank (2006): Die Nationalbank und das liebe Geld, Online: http://www.snb.ch/d/welt/contact/pdf/bro_b_d.pdf (Stand: 17. März 2014).

Schweizerische Nationalbank (2008): Finanzierung von Hypotheken: Verbriefungen und Pfandbriefe im Lichte der Finanzkrise, Referat an der Generalversammlung der Pfandbriefbank Schweizerischer Hypothekarinstitute durch Thomas Jordan, Online: http://www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20080515_tjn (Stand: 1. März 2014).

Schweizerische Nationalbank (2009): Globale Krise: Wie ist die Schweiz betroffen?, Referat von Jean-Pierre Roth, Online: http://www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20090302_jpr/source/ref_20090302_jpr.de.pdf (Stand: 2. Mai 2014).

Schweizerische Nationalbank (2010a): Schlüsselfaktoren für die Schweizer Volkswirtschaft: Finanzmarktregulierung in der Schweiz, Referat am Swiss Economic Forum durch Philipp Hildebrand, Online: http://www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20100604_pmh/source/ref_20100604_pmh.de.pdf (Stand: 1. März 2014).

Schweizerische Nationalbank (2010b): Bankenregulierung: Was ging schief? Was wird besser?, Referat am Forum für Universität und Gesellschaft durch Thomas Jordan, Online: http://www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20100324_tjn/source/ref_20100324_tjn.de.pdf (Stand: 1. März 2014).

Schweizerische Nationalbank (2013): Die Finanzkrise im sechsten Jahr: Ende in Sicht?, Referat am Geldmarkt-Apéro durch Fritz Zurbrügg, Online: http://www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20130321_zur/source/ref_20130321_zur.de.pdf (Stand: 1. März 2014).

Schweizerische Nationalbank (2014): Glossar, Online: http://www.snb.ch/de/system/glossary#__G (Stand: 10. März 2014).

Schweizerische Volkspartei (2011): Parteiprogramm der Schweizerischen Volkspartei 2011-2015: Mehr den Privaten, weniger dem Staat, Online: http://www.svp.ch/de/assets/File/positionen/parteiprogramm/svp_parteiprogramm_d.pdf (Stand: 25. April 2014).

Schweizer Parlament (2013): Curia Vista – Geschäftsdatenbank, Motion Nr. 13.3743: Bankensicherheitsmotion, Swissness-Trennbankensystem, Online: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133743 (Stand: 20. April 2014).

Swissinfo.ch (2014): Politik: Parteien, Online: http://www.swissinfo.ch/ger/specials/klick_auf_die_schweiz/politik/Parteien.html?cid=28977748 (Stand: 20. April 2014).

Verband Schweizerischer Kantonalbanken (2012): Eine Schweizerische Bankengruppe: Die Kantonalbanken, Online: http://www.kantonalbank.ch/pdf/d/mediencenter/publikationen/2012/RZ_Bro_Gruppenportrait_A4_Einzel_D.pdf (Stand: 30. April 2014).

Verein Monetäre Modernisierung (2011): Statuten Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) vom 6. Mai 2011, Online: http://vollgeld.files.wordpress.com/2011/09/statuten-momo-6-mai-2011.pdf (Stand: 10. März 2014).

Verein Monetäre Modernisierung (2012a): 100%-Money und Vollgeld im Vergleich, Online: http://vollgeld.files.wordpress.com/2012/11/vergleich_100-money_vs-_vollgeld_inkl-medienmitteilung.pdf (Stand: 15. April 2014).

Verein Monetäre Modernisierung (2012b): Vollgeld-Reform - Einleitung für Normalsterbliche, Online: http://vollgeld.files.wordpress.com/2012/06/a5-vollgeldreform_juni2012.pdf (Stand: 1. April 2014).

Verein Monetäre Modernisierung (2013): Eine Jahrhundertreform steht bevor: Ja zu krisenfestem Geld und 300 Milliarden für Staat und BürgerInnen!, Online: http://vollgeld.files.wordpress.com/2013/08/kurzinfo-vollgeld-initiative.pdf (Stand: 17. April 2014).

Verein Monetäre Modernisierung (2014a): Einladung zur MoMo-Generalversammlung, Online: http://www.vollgeld.ch/attachments/article/1662/MoMo-GV2014_Einladung-Programm-Traktanden.pdf (Stand: 15. April 2014).

Verein Monetäre Modernisierung (2014b): Fragen und Missverständnisse, Online: http://www.vollgeld-initiative.ch/fragen.html (Stand: 27. April 2014).

Verein Monetäre Modernisierung (2014c): Initiativtext, Online: http://www.vollgeld-initiative.ch/initiativtext/ (Stand: 2. Mai 2014).

Zürcher Hochschule (2013): Competence, das Magazin der ZHAW School of Management and Law, Ausgabe 04/2013, Geld.Macht.Glücklich, Online: http://www.sml.zhaw.ch/fileadmin/user_upload/management/ueber_uns/publikationen/competence/pdf/Competence_Nr_5_2013.pdf (Stand: 27. April 2014).

9.3. Gesetzestexte

BankenG: Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 (Stand am 1. Januar 2013), SR 952.0.

BV: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 3. März 2013), SR 101.

NBV: Verordnung zum Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank, Nationalbankverordnung vom 18. März 2004 (Stand am 1. Juli 2013), SR 951.131.

WZG: Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel vom 22. Dezember 1999 (Stand am 1. Januar 2007), SR 941.10.

9.4. Interne Dokumente

Naef, Josef (2013): Wirtschaftsethik 7, Makrotheorie - Ordoliberalismus, Folienpräsentation im Fachmodul Wirtschaftsethik , Berner Fachhochschule für Wirtschaft und Verwaltung, Bern.

9.5. Interviews

Brändle, Thomas, freischaffender Schriftsteller und Vorstandsmitglied Verein Monetäre Modernisierung MoMo (2014): Thema: Befürwortung Monetative, Interview vom 10.4.2014.

Dr. Hess, Martin, Leiter Wirtschaftspolitik und Direktionsmitglied der Schweizerischen Bankiervereinigung (2014): Thema: Kritik Monetative, Interview vom 13.3.2014.

Muri, Ivo, Zeitforscher und Inhaber Zeit AG (2014): Thema: Befürwortung Monetative, Interview vom 4.4.2014.

Prof. em. Dr. Baltensperger, Ernst, Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern (2014): Thema: Kritik Monetative, Interview vom 11.3.2014.

Schnell, Fabian, wissenschaftlicher Mitarbeiter allgemeine Wirtschaftspolitik und Bildung economiesuisse (2014): Thema: Kritik Monetative, Interview vom 3.4.2014.

10. Darstellungsverzeichnis

Darstellung 1: Hauptziel der Arbeit 7
Darstellung 2: Subziele der Arbeit 8
Darstellung 3: Methodik der Arbeit 9
Darstellung 4: US-Aktien: Was treibt die Märkte? 11
Darstellung 5: Zusammensetzung Geldaggregate: M0, M1, M2 und M3 18
Darstellung 6: Geldschöpfung: Zusammenspiel der Wirtschaftsakteure 22
Darstellung 7: Quantitätstheorie: Gleichung 23
Darstellung 8: SNB: Geldpolitische Instrumente 24
Darstellung 9: Verein MoMo: Aufgaben im Zusammenhang mit der Zweckerfüllung 26
Darstellung 10: Verein MoMo: Logo Vollgeld Initiative 27
Darstellung 11: Vollgeld Initiative: Vorteile auf einen Blick 30
Darstellung 12: Vollgeld und 100%-Money: Gemeinsamkeiten und Unterschiede 32
Darstellung 13: Vollgeld Initiative: Nachteile auf einen Blick 47
Darstellung 14: Finanzkrise: Chronologie 74
Darstellung 15: Auswirkungen der Finanzkrise auf die Schweiz: Finanzwirtschaft 75
Darstellung 16: Auswirkungen der Finanzkrise auf die Schweiz: Realwirtschaft 76

11. Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset-backed security
CVP	Christlichdemokratische Partei
FDP	Freisinnig-demokratische-Partei
Fed	Federal Reserve (Amerikanische Zentralbank)
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht
GPS	Grüne Partei der Schweiz
IWF	Internationaler Währungsfonds
SIC	Swiss Interbank Clearing
SNB	Schweizerische Nationalbank
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei
TBTF	Too-big-to-fail
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
Verein MoMo	Verein Monetäre Modernisierung
ZKB	Zürcher Kantonalbank

12. Glossar

Begriff	Erläuterung
ABS-Wertpapier	ABS als Abkürzung für „Asset-backed security“. Durch ein reales Objekt gesichertes Wertpapier, welches regelmässigen Ertrag abwirft (z.B. Hypotheken).[181]
Bank run	Situation, in der die meisten Bankkunden ihre Einlagen bzw. Kontoguthaben gleichzeitig abheben möchten, die Bank jedoch wegen mangelnder Liquidität nicht in der Lage ist auszuzahlen.[182]
Basel-III	Im 2010 verabschiedetes Reformpaket vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht zur Lösung der mit Basel II aufgetretenen Probleme während der jüngsten Finanzkrise.[183]
Bretton-Woods-System	Auch Gold-Devisen-Standard genannt. Begriff für das internationale Währungssystem nach dem zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1970er Jahre. Ziel war eine von Handelsbarrieren befreite Abwicklung des Welthandels unter Einhaltung von festen Wechselkursen zur Leitwährung (Goldstandard).[184]
Fiat-Money-System	Auch System von Papierwährungen genannt. Nachfolger des Bretten-Woods-Systems ab 1973.[185]
Geldschöpfung	Geldschöpfung ist der Prozess, in dem Geld geschaffen wird. Zum einen kann die SNB und zum anderen können Geschäftsbanken Geld schaffen.[186]
Geschäftsbanken	Privatrechtlich organisierte Banken, die eine umfassende Palette an Bankgeschäften im In- sowie im Ausland anbieten. Sie gehören zu den Universalbanken.[187]
Immobilienblase	Eine besondere Form der Spekulationsblase, wobei Anlagen im Immobilienbereich betroffen sind. Ausgelöst wird eine Immobilienblase durch vermehrte Käufe, welche zu steigenden Preisen führen und dadurch eine Preisspirale auslösen. Diese führt zu Überbewertungen der Immobilien und in Folge zu einem starken Preisrückgang.[188]
Kreditklemme	Allgemeine Begrenzung des Kreditangebots, welche auf Liquiditätsprobleme der Banken zurückzuführen sind.[189]
Monetative	Neue vierte Staatsgewalt, die bei Annahme der Vollgeld Initiative geschaffen wird und das alleinige Geldschöpfungsmonopol hält.[190]

[181] Brunetti (2012, S. 151).
[182] Brunetti (2012, S. 151).
[183] Brunetti (2012, S. 152).
[184] Gabler Wirtschaftslexikon (2014).
[185] Economic and Social History online (2014).
[186] Schweizerische Nationalbank (2014).
[187] Schweizerische Nationalbank (2014).
[188] Brunetti (2012, S. 4).
[189] Brunetti (2012, S. 152).
[190] Verein Monetäre Modernisierung (2014b).

Begriff	Erläuterung
Moral Hazard	Zu grosse Risikobereitschaft, die auf Schaffung von zu hohen Anreizen zurückzuführen ist. Beispielsweise ein Wirtschaftsakteur, der bei Erfolg alle Gewinne für sich behält, die Kosten bei allfälligen Verlusten jedoch nicht selber tragen muss.[191]
Schattenbanken	Finanzinstitute, die zwar gewisse Bankenfunktionen wahrnehmen, aber juristisch nicht als Banken klassifiziert und damit auch nicht als solche reguliert sind; z.B. Hedgefonds, Private Equity-Gesellschaften, Pensionsfonds, Versicherungen oder sonstige nicht regulierte Zweckgesellschaften.[192]
Schweizerische Nationalbank (SNB)	Die Zentralbank der Schweiz. Sie führt als unabhängige Institution die Geldpolitik des Landes und muss gemäss Bundesverfassung und Nationalbankgesetz das Gesamtinteresse des Landes wahren. Als vorrangiges Ziel muss sie die Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen.[193]
Seigniorage	Auch Geldschöpfungsgewinne genannt. Seigniorage umschreibt Erträge, die aus der Geldausgabe erzielt werden. Zentralbanken beispielsweise erzielen aufgrund des Notenbankmonopols Seigniorage und Geschäftsbanken aufgrund der Geldschöpfung durch Kreditvergabe.[194]
Subprime-Hypotheken	Hypotheken, die an Kreditnehmer mit schlechter bzw. niedriger Bonität vergeben werden und damit ein Risiko darstellen.[195]
Too-big-to-fail (TBTF)	Einfach übersetzt: „Zu gross, um zu scheitern“. TBTF bezieht sich auf Banken, die bei einem Ausfall das Funktionieren des inländischen oder weltweiten Finanzsystems sowie die Volkswirtschaft gefährden. Als Konsequenz wäre ein Staat im Falle einer Krise faktisch gezwungen, rettend einzugreifen. Empfehlungen zur Entschärfung der TBTF-Problematik stehen im Zentrum der Reformvorschläge des Financial Stability Board (FSB). Die Schweiz hat im Rahmen des Basel-III-Abkommen bereits Schritte dazu eingeleitet.[196]
Vollgeld	Vollwertiges und gesetzliches Zahlungsmittel, das allein von der Monetative erzeugt wird und damit zu 100 Prozent gedecktes bzw. sicheres Geld ist.[197]
Zentralbank	Die Zentralbank ist die Währungsbehörde eines Staates. Die Zentralbank der Schweiz ist die SNB.[198]

[191] Brunetti (2012, S. 157).
[192] Schmidt (2010, S. 111).
[193] Schweizerische Nationalbank (2014).
[194] Verein Monetäre Modernisierung (2014b).
[195] Brunetti (2012, S. 159).
[196] Schweizerische Nationalbank (2014).
[197] Verein Monetäre Modernisierung (2014b).
[198] Schweizerische Nationalbank (2014).

13. Anhang

13.1. Chronologie der wichtigsten Ereignisse seit Ausbruch der Finanzkrise

Nachstehend eine chronologische Aufzählung der bedeutendsten Entwicklungen seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007:

Darstellung 14: Finanzkrise: Chronologie

Immobilienkrise 2006/2007	
2006-2007	Preise auf dem US-Immobilienmarkt beginnen erstmals seit Jahrzenten zu fallen und erweisen sich nur als der Anfang einer langen negativen Preisspirale.
2007	Preise von ABS-Wertpapieren, die auf Bündelung von Hypotheken beruhen, brechen ein, was zu grossen Verlusten bei international tätigen Banken führt.
Bankenkrise 2007/2008	
August 2007	Das Vertrauen zwischen den Banken ist erschüttert und die Banken vergeben sich deshalb gegenseitig weniger Kredite.
2007-2008	Zentralbanken fluten den Markt mit Liquidität, die Situation kann etwas beruhigt werden. Einzelne Banken müssen jedoch durch staatliche Hilfe unterstützt oder gar gerettet werden.
Herbst 2008	Die Investmentbank Lehmann Brothers geht Konkurs, was eine Welle dramatischer Ereignisse auslöst und in einer globalen Finanzkrise endet.
Wirtschaftskrise 2008/2009	
Ende 2008	Aktienkurse von Unternehmen im Finanzsektor, aber auch in anderen Branchen, beginnen zunehmend zu fallen.
2009	Die weltweite Konjunkturlage verschlechtert sich und etliche Länder erleiden den schwerwiegendsten Wirtschaftseinbruch seit der Grossen Depression in den 1930er Jahren.
2009-2010	Durch eine stark expansive Geld- und Fiskalpolitik bekämpfen die Zentralbanken und Regierungen den Konjunktureinbruch. Vor allem durch Ausweitung der Geldmenge und Erhöhung der Staatsausgaben.
2010	Von vielen Rückschlägen gekennzeichnet, erholt sich die Wirtschaft in vielen Ländern, wobei jedoch die Arbeitslosigkeit meist hoch bleibt. Zudem lösen die Ereignisse eine Staatsschuldenkrise in Europa aus, welche bis heute anhält und versucht wird zu bekämpfen

Quelle: In Anlehnung an Brunetti (2012, S. 14-17).

13.2. Auswirkungen der Finanzkrise auf die Schweiz

Die Folgen der Finanzkrise auf die Schweiz können aus real- sowie finanzwirtschaftlicher Sicht betrachtet werden. Nachfolgend ein Abriss der wichtigsten Auswirkungen:

Darstellung 15: Auswirkungen der Finanzkrise auf die Schweiz: Finanzwirtschaft

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen
• Der Konkurs der Investmentbank Lehmann Brothers in den USA führte zu massiven Vertrauensverlusten zwischen den Banken und verschonte auch die Schweizer Finanzinstitute nicht. Betroffen waren vor allem die international tätigen Grossbanken.
• Die daraus entstandenen Unsicherheiten führten vor allem bei Grossbanken zu hohen Abflüssen an Kundengeldern. Nicht betroffene Banken (vor allem Regionalbanken) wurden hingegen mit Liquidität überschwemmt und wollten diese aufgrund von Vertrauensverlusten nicht an andere Banken verleihen.
• Die Grossbanken UBS und Credit Suisse mussten nicht nur aufgrund der Vermögensabflüsse, sondern vor allem durch die hohen Engagements im US-Immobilienmarkt, hohe Abschreibungen vornehmen.
• Anfänglich verfügten sie über eine überdurchschnittliche Kapitalisierung, weshalb angenommen wurde, dass die Banken die Finanzkrise ohne grösseren Schaden überstehen würden. Als allerdings das tatsächliche Ausmass erkannt wurde, musste sich die UBS an den Staat wenden und Unterstützung beantragen.
• Mit der Gründung der Zweckgesellschaft SNB StabFunds im Herbst 2008, wurden die illiquiden UBS-Aktiven übernommen. Ziel des Massnahmenpakets sollte sein, die UBS von den illiquiden Wertpapieren zu befreien und damit die Finanzstabilität der Schweiz zu sichern.
• Zusätzlich hat die SNB geldpolitische und liquiditätstechnische Massnahmen getroffen. Unter anderem wurde das Zinszielband des 3-Monate-Libor gesenkt und zusätzliche Liquidität den Banken zur Verfügung gestellt.
• Seit dem Sommer 2007 hat sich der Wechselkurs gegenüber dem Euro stark aufgewertet. Deshalb intervenierte die SNB mit einem Mindestkurs und versucht in seither mittels geldpolitischen Instrumenten (Devisen-Käufen) zu halten.
• Als Ansatz zur Lösung der Probleme seit der Finanzkrise 2007, ist in der Gesellschaft ein starker Reformbedarf ausgelöst worden, der bereits zu regulatorischen Massnahmen im Finanzsektor geführt hat.

Quelle: In Anlehnung an die Schweizerische Nationalbank (2009).

Darstellung 16: Auswirkungen der Finanzkrise auf die Schweiz: Realwirtschaft

Realwirtschaftliche Auswirkungen
• Trotz solidem Wirtschaftswachstum im Jahr 2008, konnte bei genauerer Betrachtung zunehmend ein Rückgang in der Schweizer Wirtschaft festgestellt werden.
• Im internationalen Vergleich zeigte sich der Schweizer Konsum jedoch robust, was nicht zuletzt auf die Immigration (besonders aus Deutschland) zurückzuführen war.
• Negative Entwicklungen konnten jedoch rasch im Exportsektor beobachtet werden.
• Kurze Zeit später nahmen auch die Entlassungen und die Kurzarbeit im Industriesektor zu. Grund war der starke Rückgang der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, die zu Unterauslastungen in der Produktion führten.
• Aufgrund der hohen Verluste der Schweizer Grossbanken und des Nachfragerückgangs von Finanzdienstleistungen im Ausland, reagierten auch die Banken mit Umstrukturierungen und Personalabbau.

Quelle: In Anlehnung an die Schweizerische Nationalbank (2009).

13.3. Initiativtext Vollgeld Initiative

Verfassungstext-Entwurf vom 8.1.2014[199]

Art. 99 Geld- und Finanzmarktverfassung (neu)

(1) Der Bund gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Finanzdienstleistungen. Er kann dabei vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen.

(2) Der Bund allein schafft Münzen, Banknoten und Buchgeld als gesetzliches Zahlungsmittel.

(3) Die Schaffung und Verwendung anderer Zahlungsmittel ist zulässig, soweit sie mit dem gesetzlichen Auftrag der Schweizerischen Nationalbank vereinbar sind.

(4) Das Gesetz ordnet den Finanzmarkt insbesondere nach folgenden Grundsätzen:

a) Treuhandpflichten der Finanzdienstleister

b) Aufsicht über die Geschäftsbedingungen der Finanzdienstleister

c) Bewilligung und Beaufsichtigung von Finanzprodukten

d) Hinreichende Eigenmittel

e) Begrenzung des Eigenhandels.

(5) Die Finanzdienstleister führen Zahlungsverkehrskonten der Kunden ausserhalb ihrer Bilanz. Diese fallen nicht in die Konkursmasse.

Art. 99a Schweizerische Nationalbank

(1) Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank eine Geld- und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient; sie steuert die Geldmenge und gewährleistet das Funktionieren des Zahlungsverkehrs sowie die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten durch die Finanzdienstleister.

(2) Die Schweizerische Nationalbank kann Mindesthaltefristen für Finanzanlagen setzen.

(3) Die Schweizerische Nationalbank bringt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages neu geschaffenes Geld schuldfrei durch den Bund, die Kantone oder die direkte Zuteilung an die Bürgerinnen und Bürger in Umlauf. Sie kann den Banken befristete Darlehen gewähren.

(4) Die Schweizerische Nationalbank bildet aus ihren Erträgen ausreichende Währungsreserven; ein Teil dieser Reserven wird in Gold gehalten.

(5) Der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank geht zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone.

(6) Die Schweizerische Nationalbank ist in der Erfüllung ihrer Aufgaben nur dem Gesetz verpflichtet.

---

[199] Verein Monetäre Modernisierung (2014c).

Übergangsbestimmungen zu Art. 99 und 99a

(1) Die Ausführungsbestimmungen sehen vor, dass am Stichtag des Inkrafttretens alles Buchgeld auf Zahlungsverkehrskonten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln wird und entsprechende Verbindlichkeiten der Finanzdienstleister gegenüber der Schweizerischen Nationalbank begründet. Diese sorgt dafür, dass die Verbindlichkeiten aus der Buchgeld-Umstellung innerhalb zumutbarer Frist getilgt werden. Bestehende Kreditverträge bleiben unberührt.

(2) Insbesondere in der Übergangsphase sorgt die Schweizerische Nationalbank dafür, dass weder Geldknappheit noch Geldschwemme entsteht. Während dieser Zeit kann sie den Finanzdienstleistern erleichterten Zugang zu Darlehen gewähren.

(3) Tritt die Bundesgesetzgebung nicht innerhalb von 2 Jahren nach Annahme von Art. 99 und Art. 99a in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen innerhalb eines Jahres auf dem Verordnungsweg.

13.4. Interviewleitfaden Kritiker

Interviewleitfaden Monetative

Einführung:

- Wer bin ich und was studiere ich?
- Zu welchem Thema schreibe ich meine Bachelor Thesis?
- Was ist das Ziel der Arbeit?
- Was ist das Ziel des Interviews?
- Darf das Interview mittels Tonband aufgenommen werden?
- Sprachform: Mundart oder Hochdeutsch?

Allgemeine Angaben:

Datum/Ort:	xxx
	Beginn: xx:xx Uhr Ende: xx:xx Uhr
Experte:	xxx
Firma:	xxx
Funktion/Tätigkeit:	xxx
Position:	Kritik Monetative
Gattung:	Qualitatives Leitfadeninterview
Medium:	Tonbandaufnahme
Ziel:	Kritik, Folgen und Auswirkungen der Monetative aufzeigen

Allgemein

1. Der überparteiliche Verein MoMo (Monetäre Modernisierung) verfolgt das Ziel, eine öffentliche Diskussion über die Vollgeldreform nach Joseph Huber zu entfachen und eine Volksinitiative für die Schweiz zu lancieren. Wie und wann kamen Sie zum ersten Mal in Berührung mit den Schlagwörtern „Vollgeldreform", „Monetative" und „MoMo"?

   (Ziel: Eröffnungsfrage)

2. Wie stark und in welchem Zusammenhang setzen Sie sich seither oder überhaupt mit dieser Thematik auseinander?

   (Ziel: Gewandtheit und Vertrautheit mit der Thematik herausfinden)

3. Teilen Sie die Meinung des Vereins MoMo, dass das gegenwärtige Geldsystem überdacht und entsprechend angepasst werden sollte? Bitte begründen Sie.

   (Ziel: Betrachtung des Geldsystems)

4. Beurteilen Sie die tatsächliche Geldschöpfung durch Schweizer Geschäftsbanken als problematisch und in welchem Zusammenhang steht sie mit der Finanzkrise seit 2007? Bitte begründen Sie.

   (Ziel: Einschätzung der Problematik sowie Zusammenhänge)

Vollgeldreform / Monetative

5. Die Vollgeldreform bezweckt, das Monopol der Geldschöpfung an die Nationalbank zu übertragen. Weil die Geldschöpfung mit enormer Macht verbunden ist, schlägt der geistige Vater der Vollgeldreform, Joseph Huber, eine eigene staatliche Gewalt vor, die unabhängig von der Regierung ist. Diese neue vierte Gewalt nennt sich Monetative. Was halten Sie von einer Festigung des Machtanspruchs der SNB innerhalb der Schweizer (Wirtschafts-) Politik?

   (Ziel: Monetative in Bezug auf die SNB beleuchten)

6. Gehen wir von einer Annahme der Vollgeldreform aus: Welche Folgen aus objektiver Sicht hätte dies für die Schweizer Geschäftsbanken?

   (Ziel: Folgen für Schweizer Geschäftsbanken aufzeigen)

7. Der Verein MoMo betont stark, dass eine staatliche Kontrolle der Geldmenge durch die Monetative nicht zu einer Verstaatlichung der Schweizer Geschäftsbanken führt. Welche Positionierung könnten Schweizer Geschäftsbanken bei einer Umsetzung der Vollgeldreform künftig national und international einnehmen?

   (Ziel: Künftige Positionierung der Schweizer Geschäftsbanken aufzeigen)

8. Aus ökonomischer Sicht: Welche negativen sowie positiven Auswirkungen auf Schweizer Geschäftsbanken könnten durch die Vollgeldreform resultieren?

   (Ziel: Ökonomische Auswirkungen auf Schweizer Geschäftsbanken aufzeigen)

9. Aus ethischer Sicht: Welche negativen sowie positiven Auswirkungen auf Schweizer Geschäftsbanken könnten durch die Vollgeldreform resultieren?

   (Ziel: Ethische Auswirkungen auf Schweizer Geschäftsbanken aufzeigen)

10. Wird Ihrer Meinung nach ein Gegenvorschlag zur Vollgeldreform eingereicht? Wenn ja, durch wen und wie müsste der Gegenvorschlag aussehen?

    (Ziel: Potentielle Gegenbewegungen aufzeigen)

11. Fällt Ihnen in Bezug auf die bisherigen Fragen noch etwas ein, das wichtig im Zusammenhang mit diesem Thema ist oder was Sie noch loswerden möchten?

    (Ziel: Zusatzwissen erlangen)

12. Wie schätzen Sie die Chancen zur Annahme der Vollgeld-Initiative ein?

    (Ziel: Erfolgseinschätzung der Initiative)

Dank und Verabschiedung

13.5. Interviewleitfaden Befürworter

Interviewleitfaden Monetative

Einführung:

- Wer bin ich und was studiere ich?
- Zu welchem Thema schreibe ich meine Bachelor Thesis?
- Was ist das Ziel der Arbeit?
- Was ist das Ziel des Interviews?
- Meine Interviewpartner der Gegnerseite:
  - Prof. Dr. Ernst Baltensperger (ehemaliger Professor für VWL an der Uni Bern)
  - Dr. Martin Hess (Leiter Wirtschaftspolitik und Direktionsmitglied der SBVg)
  - Fabian Schnell (Wissensch. Mitarbeiter Wirtschaftspolitik der economiesuisse)
- Welche Überzeugung vertrete ich bezüglich der Thematik Monetative?
- Darf das Interview mittels Tonband aufgenommen werden?
- Sprachform: Mundart oder Hochdeutsch?

Allgemeine Angaben:

Datum/Ort:	xxx
	Beginn: xx:xx Uhr Ende: xx:xx Uhr
Experte:	xxx
Firma:	xxx
Funktion/Tätigkeit:	xxx
Position:	Befürwortung Monetative
Gattung:	Qualitatives Leitfadeninterview
Medium:	Tonbandaufnahme
Ziel:	Argumente für die Monetative und Entkräftung von Gegnerargumenten seitens Kritiker

Eröffnungsfragen

1. Wie und wann kamen Sie zum ersten Mal in Berührung mit den Schlagwörtern „Vollgeld", „Monetative" und „Verein MoMo"?

2. Welche Gründe bewegen Sie seither dazu, sich vertieft mit der Thematik auseinanderzusetzten und wie lässt sich ihr persönliches Engagement für die Monetative beschreiben?

Fragen zur Monetative

3. Inwiefern stellt die heutige Geldschöpfung durch Schweizer Geschäftsbanken ein Problem aus Sicht der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Ethik dar?

4. In welchem Zusammenhang steht die Geldschöpfung durch Schweizer Geschäftsbanken mit der Finanzkrise seit 2007?

5. Aus ökonomischer Betrachtung: Welche positiven Auswirkungen auf Schweizer Geschäftsbanken und auf die Volkswirtschaft als Ganzes könnten durch die Monetative resultieren?

6. Aus ethischer Betrachtung: Welche positiven Auswirkungen auf Schweizer Geschäftsbanken und auf die Volkswirtschaft als Ganzes könnten durch die Monetative resultieren?

7. Weder Ernst Baltensperger noch Martin Hess und Fabian Schnell stufen die heutige Geldschöpfung durch Schweizer Geschäftsbanken als problematisch ein und sind der Überzeugung, dass die Schweizer Nationalbank (SNB) über genügend geldpolitische Mittel zur Steuerung der Geldmenge verfügt. Wie lautet Ihr Kommentar zu diesen Aussagen?

   Mögliche Anschlussfragen:
   - Durch die Monetative wird eine neue vierte Staatsgewalt geschaffen. Ernst Baltensperger und Fabian Schnell zweifeln an, dass die Unabhängigkeit der SNB dadurch langfristig bewahrt werden kann, weil der Druck seitens Politik und Öffentlichkeit stark ansteigen würde. Wie schätzen Sie die Bewahrung der Unabhängigkeit der SNB ein?
   - Als vorrangiges Ziel muss die SNB die Preisstabilität gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Aufgaben, welche ihr mit der Monetative zusätzlich übertragen würden, könnten nach Auffassung von Martin Hess einen Zielkonflikt herbeiführen. Nicht zuletzt, weil andere Ziele dabei vernachlässigt werden könnten. Stimmen Sie dem zu?

8. Infolge der Finanzkrise wurde im Rahmen der Too-big-to-fail-Problematik das Basel-III-Abkommen mit Massnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Schweizer Geschäftsbanken durchgesetzt. Ernst Baltensperger hat in diesem Zusammenhang betont, dass solche Ansätze zur Lösung von Solvenz-Problemen der Geschäftsbanken den wahren Reformbedarf aufzeigen. Führen solche Massnahmen Ihrer Meinung nach nicht weit genug, um das Banken- und Finanzsystem der Schweiz nachhaltig zu stabilisieren? Bitte begründen Sie.

   Mögliche Anschlussfragen:
   - Inwiefern müssten die Massnahmen ausgeweitet werden, damit Nachhaltigkeit im Schweizer Banken- und Finanzsystem erreicht werden kann?
   - Wie begründen Sie, dass die Gewaltenteilung um eine monetative Instanz erweitert werden sollte?
   - Die Too-big-to-fail-Massnahmen zielen vor allem auf die Lösung von Solvenz-Problemen, die Monetative hingegen auf die Lösung von Liquiditäts-Problemen der Geschäftsbanken ab. Inwieweit ergänzen sich die beiden Ansätze oder wirken sie einander entgegen? Bei welchem Ansatz steckt der grössere Handlungsbedarf?
   - Fabian Schnell vermutet, dass die Gefahr der Abwanderung in den Schattenbankensektor durch die Umsetzung einer Monetative zunehmen würde. Wie beurteilen Sie das „shadow-banking" hinsichtlich der Monetative?
     (Begriff: bankähnliches Gebilde, welches nicht oder kaum reguliert sind, z.B. Hedge-Fonds und Zweckgesellschaften)

9. Martin Hess sprach im Interview die Theorie der freien Marktwirtschaft an und hob dabei hervor, dass in einer freien Marktwirtschaft der Preis des Geldes sich frei nach Angebot und Nachfrage entwickeln soll und nicht durch Festlegungen der SNB. Dem fügte er hinzu, dass die SNB den tatsächlichen Kredit- und Geldbedarf in einer Volkswirtschaft nicht genau ermitteln oder bestimmen könne. Welche Meinung haben Sie zu dieser Theorie der freien Marktwirtschaft betreffend der Monetative?

10. Im Zusammenhang mit möglichen Folgen, warnt Ernst Baltensperger davor, dass unerfüllbare finanzielle Versprechungen für den Staat und den Steuerzahler gemacht werden. Er begründet dies einerseits durch Geldschöpfungsgewinne, welche überschätzt werden und andererseits durch steigende Kosten für den Zahlungsverkehr und die Kreditgewährung, welche zu wenig analysiert wurden. Was halten Sie von dieser Kritik?

Abschlussfragen

11. Wird Ihrer Meinung nach ein Gegenvorschlag zur Initiative Monetative eingereicht? Wenn ja, durch wen und wie könnte der Gegenvorschlag aussehen?

12. Fällt Ihnen in Bezug auf die bisherigen Fragen noch etwas ein, das wichtig im Zusammenhang mit diesem Thema ist oder was Sie noch loswerden möchten?

13. Gehen wir davon aus, dass die Initiative erfolgreich lanciert werden kann. Nennen Sie drei stichhaltige Argumente, wieso der Schweizer Stimmbürger die Volksinitiative Monetative annehmen soll.

Mögliche Anschlussfrage:

- Wieviel Prozent des Stimmvolks wird die Initiative Monetative für sich gewinnen?

Dank und Verabschiedung

13.6. Elektronischer Anhang

Auf der beiliegenden CD sind folgende Dokumente abgelegt:

- Elektronische Version der Bachelor Thesis
- Eingabe zur Bachelor Thesis
- Tonbandaufnahmen zu den Experteninterviews
    - Prof. em. Dr. Ernst Baltensperger (Dauer: 36 Minuten 23 Sekunden)
    - Dr. Martin Hess (Dauer: 34 Minuten 39 Sekunden)
    - Fabian Schnell (Dauer: 25 Minuten 49 Sekunden)
    - Ivo Muri (Dauer: 1 Stunde 19 Minuten 27 Sekunden)
    - Thomas Brändle (Dauer: 57 Minuten 27 Sekunden)